

Stenografischer Bericht

51 ao. Sitzung des Landtages Steiermark

XVIII. Gesetzgebungsperiode 01. Dezember 2023

Beginn: 10.00 Uhr

Entschuldigt: LTAvg. Ahrer, LTAvg. Dirnberger, LTAvg. Grubesa, LTAvg. Mag.(FH) Hofer, LTAvg. Dipl.-Ing. Kinsky und LTAvg. Dipl.-Ing.(FH) Köck.

M.

Mitteilungen (§ 39 GeoLT)

Betreff: *Mitteilungen gem. § 39 GeoLT*

D1. Einl.Zahl 3557/1

Dringliche Anfrage der FPÖ an Landeshauptmann Mag. Drexler

Betreff: *Landesrechnungshofbericht zur Nachnutzung des Spitals in Eisenerz bis hin zum Verkaufsprozess des SIM CAMPUS belegt massives politisches Versagen der schwarz-roten*

Begründung der Dringlichen Anfrage: LTAvg. Triller, BA MSc (10605)

Beantwortung der Dringlichen Anfrage: Landeshauptmann Mag. Drexler (10611)

Wortmeldungen: LTAvg. Schönleitner (10622), LTAvg. Dr. Murgg (10626), LTAvg. Triller, BA MSc (10629), LTAvg. Royer (10631), LTAvg. Forstner, MPA (10632), LTAvg. Schönleitner (10634), LTAvg. Reif (10636), KO LTAvg. Klimt-Weithaler (10638), KO LTAvg. Riener (10639), Landeshauptmann Mag. Drexler (10642)

Beschlussfassung: (10644)

D2. Einl.Zahl 3558/1

Dringliche Anfrage der Grünen an Landesrätin Mag. Lackner

Betreff: A9: *Verkehrslösungen mit Weitsicht statt altes Denken!*

Begründung der Dringlichen Anfrage: KO LTAbg. Krautwaschl (10645)

Beantwortung der Dringlichen Anfrage: Landesrätin Mag. Lackner (10651)

Wortmeldungen: KO LTAbg. Krautwaschl (10654), LTAbg. Mag. Hermann, MBL (10657), LTAbg. Schönleitner (10661), LTAbg. Fartek (10665), LTAbg. Mag. Dr. Dolesch (10669), KO LTAbg. Krautwaschl (10672)

Beschlussfassung: (10674)

Erste Präsidentin Khom: Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich bitte Sie, Ihre Sitzplätze einzunehmen und die Gespräche am Rande ebenfalls einzustellen.

Hohes Haus!

Es findet heute die 51. Sitzung des Landtages Steiermark in der laufenden XVIII. Gesetzgebungsperiode statt. Ich bitte noch einmal darum, die Gespräche einzustellen. Es wäre 10.00 Uhr und die Sitzung hat begonnen. Vielen Dank.

Ich begrüße alle Anwesenden, die Vertreterinnen und Vertreter der Medien sowie alle Zuseherinnen und Zuseher vor Ort und jene, die der heutigen Sitzung des Landtages via Livestream beiwohnen.

Im Besonderen begrüße ich die Mitglieder der Steiermärkischen Landesregierung mit Herrn Landeshauptmann Mag. Christopher Drexler an der Spitze.

Entschuldigt sind: LTAbg. Ahrer, LTAbg. Dirnberger, LTAbg. Grubesa, LTAbg. Mag.(FH) Hofer, LTAbg. Dipl.-Ing. Kinsky und LTAbg. Dipl.-Ing.(FH) Köck.

Am 28. November 2023 wurde von Abgeordneten der FPÖ und Grünen beantragt, eine außerordentliche Sitzung des Landtages Steiermark innerhalb der Tagung einzuberufen.

Gemäß Art 15 Abs. 5 L-VG iVm § 40 Abs. 6 GeoLT ist der Landtag binnen fünf Werktagen zu einer außerordentlichen Sitzung einzuberufen, wenn dies von wenigstens einem Fünftel der Mitglieder verlangt wird.

Der vorliegende Antrag entspricht den Bestimmungen der Landesverfassung und der Geschäftsordnung. Aus diesem Grunde wurde die heutige Sitzung einberufen.

D1.

Am Dienstag, dem 28. November 2023 wurde um 19.31 Uhr von Abgeordneten der FPÖ und Grünen eine Dringliche Anfrage, Einl.Zahl 3557/1, an Herrn Landeshauptmann Mag. Christopher Drexler betreffend **„Landesrechnungshofbericht zur Nachnutzung des Spitals in Eisenerz bis hin zum Verkaufsprozess des SIM CAMPUS belegt massives politisches Versagen der schwarz-roten Verantwortungsträger!“** eingebracht.

D2.

Ebenfalls am Dienstag, dem 28. November 2023 wurde um 19.45 Uhr von Abgeordneten der Grünen eine Dringliche Anfrage, Einl.Zahl 3558/1, an Frau Landesrätin Mag. Ursula Lackner betreffend **„A9: Verkehrslösungen mit Weitsicht statt altes Denken!“** eingebracht.

Bekanntgabe der Anfragen und Anfragebeantwortungen

Es wurden vier Anfragen gemäß § 66 Abs. 1 GeoLT eingebracht. Weiters wurden sieben Anfragebeantwortungen gemäß § 66 Abs. 3 GeoLT von Mitgliedern der Landesregierung eingebracht. Die Anfragen sowie die Anfragebeantwortungen sind gem. § 78 Z 4 GeoLT auf der Homepage des Landtages Steiermark veröffentlicht.

Tagesordnung

Ich gehe nunmehr zur Tagesordnung im Sinne des § 39 Abs. 3 GeoLT über.

D1.

Ich rufe nun die Dringliche Anfrage von Abgeordneten der FPÖ und Grünen, Einl.Zahl 3557/1, an Herrn Landeshauptmann Mag. Christopher Drexler betreffend **„Landesrechnungshofbericht zur Nachnutzung des Spitals in Eisenerz bis hin zum Verkaufsprozess des SIM CAMPUS belegt massives politisches Versagen der schwarz-roten Verantwortungsträger!“** auf.

Ich erteile Herrn LTAbg. Marco Triller das Wort zur Begründung dieser Dringlichen Anfrage und verweise darauf, dass für die Begründung eine Redezeitbegrenzung von 20 Minuten gilt. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

LTAbg. Triller, BA – FPÖ (10.03 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Herr Landeshauptmann, Mitglieder der Landesregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Zuseher hier im Plenum und vor den Bildschirmen, vor allem ein herzliches Glück auf an alle Eisenerzer, die heute diesen Livestream auch folgen!

Erlauben Sie mir auch eingangs noch eine spezielle Begrüßung vorzunehmen. Es ist immer etwas Besonderes, wenn die Bevölkerung diesen historischen Ort der Demokratie besucht und die Sitzungen auch verfolgt. Es befinden sich zwei Personen hier unter uns in der Galerie, die den weiten Weg aus dem schönen und verschneiten Eisenerz auf sich genommen haben. Es sind beide politische Vertreter aus der Eisenerzer Kommune. Herzlich willkommen, Herr Gemeinderat Harry Gölz und Herr Gemeinderat Lukas Wöhre aus Eisenerz. Schön, dass Sie bei der Sitzung heute dabei seid. *(Allgemeiner Beifall)*

Die politische Geschichte des ehemaligen Krankenhauses Eisenerz ist, wenn wir uns den Weg von 2015 bis heute betrachten, von reinen Misserfolgen und Problemen geprägt. Fest steht jedoch, dass diese Probleme noch lange nicht abgeschlossen sind und es nicht, einfach gesagt, im Gesamten um einen außerordentlichen Skandal handelt. Um diesen Skandal jedoch aufzuarbeiten, darf ich Sie auf eine Reise in die Vergangenheit, in die junge Vergangenheit einladen. Es begann ja bereits alles im Jahr 2015 mit den Einschränkungen der chirurgischen Ambulanzzeiten im damaligen Krankenhaus in Eisenerz. Viele politische Vertreter der Gemeinde sowie der Region demonstrierten sogar um den Erhalt der chirurgischen Ambulanz. Die ÖVP in Eisenerz sammelte sogar Unterschriften. Kurz darauf wurde jedoch unter der Federführung von keinem anderen als dem damaligen Gesundheitslandesrat und jetzigen Landeshauptmann Christopher Drexler das Krankenhaus geschlossen. Es wurde dann unter der Federführung vom damaligen SPÖ-Chef Michael Schickhofer das Gebäude für eine Nachnutzung ausgewiesen mit einem Simulationskrankenhaus. Das war Mitte 2019. Diese Idee klang durchaus sinnvoll, wobei man natürlich sagen muss, dass ein Simulationskrankenhaus kein vollwertiges Krankenhaus und keine Gesundheitsversorgung vor Ort ersetzen kann. Aber aus Sicht der Nachnutzung, die wir auch als Oppositionsparteien immer wieder gefordert haben, war es zumindest, klang es zumindest, sehr vielversprechend. Aber es passierte dann nicht viel. Es fanden ein paar Kurse statt und im Grunde genommen

hat dieses Unternehmen auch kein Plus geschrieben. Bis am 13. August 2021 dann eine Regierungsvorlage bekannt wurde, die eben die Veräußerung der Geschäftsanteile der SIM CAMPUS GmbH zum Ziel hatte. Die Begründung für den Verkauf der SIM CAMPUS GmbH führte hauptsächlich an, dass eine Fortführung mit hohen Kosten für das Land Steiermark verbunden wäre. Daher wäre sogar die Option einer Liquidation der Gesellschaft in Betracht gezogen, die jedenfalls einen erheblichen Mehraufwand auch gefordert hätte. Da schien für die Landesregierung ein Verkauf als sinnvolle Alternative. Der damalige Bieter, der Herr Schlager, versicherte gemäß der Regierungsvorlage, dass das Simulationskrankenhaus im Sinne seiner ursprünglichen Ziele weitergeführt werden sollte. Sein Kaufangebot Ende Juli 2021 beinhaltete die Pläne zur Fortführung der SIM CAMPUS GmbH gemäß ihrer gemeinnützigen Zwecke. Diese Pläne umfassten vor allem die Erhaltung der bestehenden Arbeitsplätze vor Ort und die Förderung der Entwicklung der Region und den steirischen Erzberg. Zusätzlich beabsichtigte er die Gründung einer neuen, nicht-gemeinnützigen GmbH sowie die Erweiterung des Portfolios der Gesellschaft und die Übernahme aller bestehenden Verbindlichkeiten. Nach einem Telefonat am 9. August 2021 erhöhte er sogar den Angebotspreis von 550.000 Euro auf 650.000 Euro im Falle einer sofortigen Veräußerung. Die Käuferin wäre die Firma Alpinresort GmbH, die sich auch im Besitz des Bieters befindet. Den Verkauf, den die Landesregierung geplant hätte, wurde letztlich am 28. September 2021 in einer Landtagssitzung mit Zustimmung von ÖVP und SPÖ genehmigt. Die Oppositionsparteien, alle Oppositionsparteien kritisierten den Kauf von Anfang an sehr stark, da es vor allem gar keine Garantie dafür gab, dass der Bieter die Versprechungen, das so weiterzuführen, wie der Ursprung es vorgesehen hätte, so zu tun. Die einzige Gewissheit bestand darin, dass das Land Steiermark mit dem Verkauf sämtliche Einflussmöglichkeiten auf eine zukünftige Nutzung des ehemaligen Krankenhausstandortes aufgab, was eine mögliche Nutzung im Bereich der Gesundheitsversorgung immer unwahrscheinlicher machte. Im Frühjahr 2022 berichtete die Kleine Zeitung, dass die Alpinresort Präbichl GmbH den vereinbarten Kaufpreis noch nicht an das Land Steiermark gezahlt hatte. Stattdessen strebte der Bieter Verhandlungen über den Kaufpreis an, da er der Meinung war, dass das Spitalsgebäude in der Bilanz zu hoch bewertet wurde. Aufgrund dieser beunruhigenden Entwicklung stellte der Freiheitliche Landtagsklub Ende April 2022 zwei Schriftliche Anfragen an den damaligen Landeshauptmann Hermann Schützenhöfer und Gesundheitslandesrätin Juliane Bogner-Strauß. Ziel war es, Details zur Kaufabwicklung sowie zu den Maßnahmen des Landes seit dem Verkauf zu erfahren. Die Antworten auf diese

Anfragen kamen dann am 28. Juni 2022 und zeigten durchaus fragwürdige Vorgänge rund um den Verkauf der SIM CAMPUS GmbH auf. Diese wurden dann später in einer Dringlichen Anfrage der Freiheitlichen Partei in der Landtagssitzung vom 5. Juli 2022 thematisiert, nachdem dann Landeshauptmann Christopher Drexler für die Angelegenheiten zuständig wurde. Die Antworten vom Herrn Landeshauptmann konnten die Kritikpunkte der Freiheitlichen an den Ereignissen seit der Schließung des Krankenhauses in Eisenerz nicht entkräften. Es verstärkte sich sogar der Verdacht, dass die Landesregierung nicht im Einklang mit den Prinzipien der Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit gehandelt hat, insbesondere im Hinblick auf die Suche nach einer geeigneten Nutzung des ehemaligen Spitalgebäudes. Der gesamte Verkaufsprozess des SIM CAMPUS gestaltet sich als irrsinnig problematisch. Die steirischen Oppositionsparteien beantragten eine Prüfung der Angelegenheit durch den Landesrechnungshof, um eine unabhängige und gründliche Untersuchung von allen Ereignissen seit der Schließung des Eisenerzer Krankenhauses bis zur ausstehenden Zahlung des Kaufpreises für den SIM CAMPUS sicherzustellen. Die Prüfer haben am 22. November dieses Jahres ihre Ergebnisse vorgelegt und die von der Opposition vorgebrachten Kritikpunkte bestätigt. Das Kontrollorgan bezeichnete den Verkaufsprozess des SIM CAMPUS als mangelhaft und kritisierte das Fehlen angemessener Konzepte für das Eisenerzer Projekt. Insgesamt zahlte das Land Steiermark 2,62 Millionen Euro an die SIM CAMPUS GmbH aus. Die von drei Beratungsunternehmen vorgelegten Pläne für die Prüfung für die Gründung der Gesellschaft beinhalteten weder eine Analyse des volkswirtschaftlichen Nutzens für die Region noch eine Kosten-Nutzen-Bewertung für die Beteiligung an der GmbH. Aufgrund entfallener Einnahmen während der Pandemie, der erforderlichen Sanierung des Standortes in Eisenerz und anderer Faktoren geriet die SIM CAMPUS GmbH in die Nähe der Insolvenz. Obwohl eine Liquidation in Betracht gezogen wurde, wurde aufgrund des Erscheinens eines potenziellen Käufers kurzfristig darauf verzichtet. Die Prüfer des Landesrechnungshofes bezeichneten den anschließenden Verkaufsprozess ebenfalls als mangelhaft. Es gab keine angemessene Bewertung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des Käufers und es wurde keine Sicherstellung des Kaufpreises gefordert. Wir alle, vor allem die Oppositionsparteien, waren vom Anbeginn dieses Vorhabens sehr stutzig. Es gab ja nicht einmal eine Ausschreibung. Man muss sich das vorstellen. Da hat sich eine Person angeboten, der dieses Gebäude und die Gesellschaft kauft, aber da gab es nicht einmal eine Ausschreibung, dass man das ausschreibt und vielleicht auch seriöse Bieter in Betracht sieht. Und die Abwicklung dieses Projektes war mehr als dilettantisch. *(Beifall bei der FPÖ)* Wenn

wir uns den Privatbereich anschauen: Bei nahezu jedem Immobiliengeschäft ist der Käufer verpflichtet, den Kaufpreis innerhalb von einer Frist von ein paar Wochen auf ein Treuhandkonto einzuzahlen. Bei Verzug erwachsen dem Käufer nicht nur Zinskosten, sondern der Käufer hat auch das Recht vom Kaufvertrag zurückzutreten. Dass aber die Landesregierung, die Steiermärkische Landesregierung, unser höchstes Organ in unserem Bundesland, nicht einmal die simpelsten Standards in der gängigen Vertragsabwicklung kennt oder diese, aus welchen Gründen auch immer, bewusst ignoriert hat, konnte der Herr Landeshauptmann bis heute nicht schlüssig erklären und das ist einfach nur bezeichnend. *(Beifall bei der FPÖ)* Der Bericht des Landesrechnungshofes hat ein weiteres Problem aufgedeckt, das der Steierkrone zufolge, sogar strafrechtliche Konsequenzen haben könnte. Eine Steuerberatungsfirma hat eine Liegenschaft im Auftrag des Landes Steiermark bewertet und einen maximalen Wert von 454.000 Euro festgestellt. Dennoch wurden die Anteile später für 650.000 Euro verkauft. Das wirft die Frage auf, ob da wichtige Informationen bewusst verschwiegen wurden, um ein insolventes Unternehmen relativ rasch loszuwerden. Die Richterin hat dann die Verhandlung unterbrochen aufgrund des aufgetauchten Gutachtens und ja, das wird auch in weiterer Folge dann wahrscheinlich auch noch Thema sein. Dass aber die jüngsten im Raum stehenden Vorwürfe hinsichtlich möglicher Strafdelikte, das sind nur ein Nebenstrang oder ist nur ein Nebenstrang des Hauptproblems, nämlich, dass ÖVP und SPÖ ein gut funktionierendes Spital geschlossen und Millionen Euro in ein politisches Luftschloss gepumpt haben, zum Nachteil der lokalen Bevölkerung und des steirischen Steuerzahlers. *(Beifall bei der FPÖ)* Das fragwürdige Verkaufsprozedere beim SIM CAMPUS setzte natürlich dem Ganzen noch die Krone auf. Die steirische Bevölkerung erwartet, dass der Herr Landeshauptmann die Verantwortung für diese schockierenden Entwicklungen nach der Schließung des Spitals in Eisenerz übernimmt. Christopher Drexler war nicht nur Gesundheitslandesrat und für die Schließung des Krankenhauses im Jahr 2018 politisch verantwortlich, er ist auch, ja, und er ist auch jener, der ohne Kompromisse das Krankenhaus in Eisenerz geschlossen hat und somit auch mitverantwortlich ist für die Verschlechterung der Gesundheitsversorgung in der Region rund um den Erzberg. Und das braucht niemand behaupten: Wenn ein Krankenhaus geschlossen wird, in einer Gemeinde, in einer Stadt, dass danach die Versorgung besser ist. In Eisenerz hat es eine Entwicklung angenommen, dass sie nur mehr zwei Hausärzte drüben haben. Bald gibt es vielleicht nur mehr einen Hausarzt in ganz Eisenerz und für die Region. *(KO LTAbg. Riener: „Notwendige Versorgung ist das.“)* Also die Versorgung kann nicht besser geworden sein, wenn man ein Krankenhaus schließt.

Also jeder, der das behauptet, der ist meines Erachtens nicht mehr ganz bei Sinnen. (*Beifall bei der FPÖ*) Ja, und seit der Übernahme der Zuständigkeiten von Landeshauptmann Hermann Schützenhöfer liegen auch die Abwicklungen des Verkaufsprozesses im Verantwortungsbereich von Christopher Drexler. Daher wird es auch für den Herrn Landeshauptmann schwierig sein, die Verantwortung auf den ehemaligen SPÖ-Chef Michael Schickhofer abzuwälzen. Enttäuscht ist aber vor allem die örtliche Bevölkerung in Eisenerz und darüber hinaus, natürlich auch über die Sozialdemokratie, allen voran von Landeshauptmannstellvertreter Anton Lang, der als Abgeordneter und danach als Regierungsmitglied alle diese Vorhaben und Maßnahmen mitgetragen hat, sowie auch von der gebürtigen Eisenerzerin und Abgeordneten Helga Ahrer, die ebenfalls zu den Unterstützerinnen dieser Schließungspolitik gilt. Im Großen und Ganzen ist diese Situation in Eisenerz ein einziges Trauerspiel und von reinem Dilettantismus der Landesregierung geprägt. Dass eine Stadt, die 12.000 Einwohner gehabt hat, von ÖVP und SPÖ in den letzten Jahrzehnten so ausgedünnt wurde, ist ein Zeichen von Desinteresse und dass ihnen anscheinend die Region nix wert ist. Ich darf aber überleiten zur Dringlichen Anfrage, die irrsinnig wichtig ist, um diesen ganzen Prozess auch vielleicht mehr aufdecken zu können. Und Herr Landeshauptmann, ich darf daher folgende Fragen an dich stellen:

1. Warum erfolgte bei der Gründung der SIM CAMPUS GmbH keine Kosten-Nutzen-Analyse im betriebswirtschaftlichen Sinn durch das Land Steiermark?
2. Warum lagen der beteiligungsverwaltenden Stelle keine Daten betreffend die Angebote, die Auslastung und die Buchungslage der SIM CAMPUS GmbH im Zeitraum von 2019 bis 2021 vor?
3. Haben Sie sich bei der beteiligungsverwaltenden Stelle in den Jahren 2019 bis Sommer 2021 jemals erkundigt, wie sich Angebote, Auslastung und Buchungslage der SIM CAMPUS GmbH im Zeitraum von 2019 bis 2021 darstellten?
4. Falls ja, wie stellten sich Ihre Erkenntnisse dar?
5. Falls nein, warum sahen Sie dazu keine Notwendigkeit?
6. Warum verzichtete das Land Steiermark beim Verkauf der Unternehmensanteile an der SIM CAMPUS GmbH ausdrücklich auf sämtliche (nachvertragliche) Gesellschafterrechte, insbesondere auf Bucheinsicht und dergleichen, weswegen der Landesrechnungshof keine umfassende Prüfung der Gebarung (insbesondere der Finanzbuchhaltung) der SIM CAMPUS GmbH vornehmen konnte?

7. Was entgegnen Sie bzw. Ihr Ressort dem Kritikpunkt des Landesrechnungshofs, wonach sich aus den vorliegenden Bilanzen der Käuferin nicht ergeben habe, dass die Bieterin für die SIM CAMPUS GmbH in weiterer Folge in der wirtschaftlichen Lage sei, das Unternehmen positiv weiterzuführen bzw. die damit verbundenen Zahlungsverpflichtungen an das Land Steiermark sowie jene an die KAGes leisten zu können?
8. Wie rechtfertigen Sie als nunmehr zuständiger Landeshauptmann, dass bis zum Verkauf der Gesellschaft seitens des Landes Steiermark insgesamt 2,62 Millionen Euro an die SIM CAMPUS GmbH geflossen sind, ohne dass die Gesellschaft laut Landesrechnungshof die Beteiligungszwecke jemals vollständig erfüllt hat?
9. Wie stellt sich der aktuelle Stand bei der zivilrechtlichen Klage gegen die Käuferin dar?
10. Wie viele Verhandlungstermine fanden bisher statt?
11. Welche Kosten sind dem Land Steiermark bisher durch das zivilrechtliche Verfahren erwachsen?
12. Wann rechnen Sie bzw. die zuständige Abteilung mit einem (rechtswirksamen) Abschluss des Verfahrens?
13. Wie schätzen Sie bzw. Ihr Ressort die Wahrscheinlichkeit der Einbringung des Kaufpreises ein?
14. Welche Informationen liegen Ihnen bzw. der zuständigen Abteilung hinsichtlich der laut medialer Berichterstattung im Raum stehenden strafrechtlichen Vorwürfe (insbesondere hinsichtlich der Delikte Insolvenzverschleppung, Bilanzfälschung und Amtsmissbrauch) vor?
15. Inwiefern wurde umgehend eine interne Aufarbeitung der Vorwürfe veranlasst?
16. Inwiefern wurde bereits eine externe rechtliche Beratung seitens des Landes veranlasst?
17. Werden Sie eine tiefergehende Überprüfung der in der Causa SIM CAMPUS GmbH erstellten Bewertungsgutachten veranlassen?
18. Falls ja, wie stellen sich Ihre dahingehenden Pläne dar?
19. Falls nein, warum sehen Sie dazu keine Notwendigkeit?
20. Hat sich das Land Steiermark am Insolvenzverfahren des SIM CAMPUS GmbH beteiligt?
21. Wie stellt sich Ihrer Kenntnis nach der aktuelle Stand des Insolvenzverfahrens dar?
22. Welche Kosten sind dem Land Steiermark bisher durch die Beteiligung am Insolvenzverfahren erwachsen?

23. Wie viele Arbeitsstunden sind gemäß der internen Leistungsverrechnung des Landes Steiermark im Zusammenhang mit dem Verkaufsprozess bzw. der Klage gegen die Käuferin bisher geleistet worden und welchen internen Kosten entspricht dies?
24. Welche Lehren wurden aus den Vorkommnissen mittlerweile gezogen bzw. welche weiteren Konsequenzen werden derzeit geprüft?
25. Können Sie garantieren, dass es im Falle weiterer Spitalsstandortschließungen, wie sie ÖVP und SPÖ etwa im Bezirk Liezen planen, nicht zu ähnlichen Missständen bei den Nachnutzungskonzepten kommen wird?
26. Falls ja, wie begründen Sie diese Annahme?
27. Falls nein, wird die Landesregierung vom eingeschlagenen Weg des Kahlschlags im steirischen Spitalswesen folglich endlich abgehen?

Und wer heute ein wenig im Internet geschmökert hat oder dem Radio beim Herfahren hier in das Landhaus zugehört hat, hat auch den Bürgermeister von Eisenerz gehört oder im Internet gelesen und der ist, wenn man das so herausliest, ebenfalls enttäuscht von seiner eigenen Partei, der ÖVP, die ihn und auch die gesamte Region im Stich lässt. Also, man sieht die Landesregierung, vor allem die ÖVP, hat kein Interesse, irgendwas Notwendiges im Bereich der Nachnutzung oder einer flächendeckenden Gesundheitsversorgung in Eisenerz zu unternehmen. Herr Landeshauptmann, ich ersuche um Beantwortung der Fragen. Danke.
(Beifall bei der FPÖ, KPÖ und den Grünen – 10.23 Uhr)

Erste Präsidentin Khom: Ich erteile Herrn Landeshauptmann Mag. Christopher Drexler das Wort zur Beantwortung dieser Dringlichen Anfrage und verweise darauf, dass für die Beantwortung eine Redezeitbegrenzung von 30 Minuten gilt. Bitte schön, Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Mag. Drexler – ÖVP (10.24 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen auf der Regierungsbank, meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete, werte Zuseherinnen und Zuseher!

Sehr gerne werde ich in die Beantwortung einsteigen und darf mir einige wenige Vorbemerkungen erlauben. Zum einen, bitte um Verständnis, die Redezeitbeschränkung von 30 Minuten ist angesichts von 27 Fragen dazu angetan, knapp über eine Minute pro Frage zu veranschlagen. Das ist ob der Komplexität des gesamten Ansinnens suboptimal, wenn ich das ganz ehrlich einmal sagen darf. Aber wir werden ja in der Debatte dann möglicherweise auch

später noch Möglichkeit haben, das eine oder andere Argument auszutauschen. Ganz grundsätzlich möchte ich auch hinzufügen, dass ich sowohl für den Landesrechnungshofbericht, als auch für die Debatte im Landtag außerordentlich dankbar bin. Ich habe jedenfalls immer den Zugang zu Berichten des Rechnungshofs und des Landesrechnungshofs, dass diese Kontrollberichte deswegen von entscheidender Bedeutung sind, weil man tatsächlich auf Umstände kommen kann, wo das eine oder andere noch verbesserungsfähig ist oder optimierbar ist. Das ist ja das Schöne daran, dass wir als erstes österreichisches Bundesland einen unabhängigen Landesrechnungshof eingeführt haben, weil das im Wechselwirken der Staatsgewalten auch dazu angetan ist, die Regierung immer wieder zu ermuntern, einzelne Prozesse, Abläufe und Handlungen zu optimieren. Und natürlich ist es auch wichtig, solche Berichte oder Themen von allgemeiner Relevanz im Rahmen von Dringlichen Anfragen oder anderen Möglichkeiten im Landtag zu diskutieren. Ich möchte aber dennoch zuerst im Sinne einer korrekten Einordnung dieses Themas in aller gebotenen Kürze Folgendes zusammenfassen: Das sogenannte SIM CAMPUS und die dazugehörige GmbH wurde im Jahr 2019 vom damaligen Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Michael Schickhofer initiiert. Ziel der Initiative war die Etablierung eines Ausbildungs- und Trainingszentrums in Eisenerz am Standort des früheren Landeskrankenhauses, wie Abgeordneter Triller ja bereits trefflich auseinandergesetzt hat. Es galt die Absicht der Umsetzung einer nachhaltigen Strukturpolitik für die Region. Der Erfolg der Ursprungsidee, ein solches Simulationszentrum zu etablieren, hat sich aber, insbesondere aufgrund der Zuspitzung während der Corona-Pandemie bis zum Juli 2021, nicht in der erhofften Form eingestellt. Wie auch dem Prüfbericht zu entnehmen ist, lag gemäß Geschäftsverteilung der Steiermärkischen Landesregierung im Juli 2019 die politische Zuständigkeit für Katastrophenschutz und Landesverteidigung sowie die Zentralstelle Notfall- und Katastrophenmedizin beim damaligen stellvertretenden Landeshauptmann Michael Schickhofer. Auch in den weiteren Jahren und während des gesamten Verkaufsprozesses der SIM CAMPUS GmbH oblag mir persönlich, es ist mir nur wichtig, das auch noch einmal klarzustellen, weil man sonst möglicherweise hier die nötige Klarheit nicht gewinnen kann, oblag mir keinerlei Ressortzuständigkeit für dieses Projekt. Seit meiner Wahl zum Landeshauptmann im vergangenen Jahr, am 4. Juli, darf ich mich für Katastrophenschutz und Landesverteidigung sowie für das Rettungs- und Notarztwesen im Korreferat mit dem Gesundheitslandesrat als Hauptreferenten verantwortlich zeichnen und werde deshalb gerne Ihren umfangreichen Fragenkatalog versuchen zu beantworten. Ganz besonders mit einem

Hauptvorwurf Ihrerseits möchte ich aber aufräumen: Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, ich versichere Ihnen, dass zu jedem Zeitpunkt, zu dem ich in unterschiedlichsten Funktionen Verantwortung für dieses Land übernommen habe, die Grundsätze der Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit aller höchste Berücksichtigung bei jeder Entscheidung gefunden haben. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)* In diesem Zusammenhang, meine sehr verehrten Damen und Herren, erlaube ich mir auch, meiner Verwunderung Ausdruck zu verleihen, dass Abgeordnete dieses Hauses dem Land Steiermark vorwerfen, einen allenfalls zu hohen und somit eigentlich wirtschaftlicheren Preis erzielt zu haben, wenn Sie darauf abstellen, dass der Verkaufspreis dieses Komplexes höher gelegen ist als das Wertgutachten. Dies insbesondere in Anbetracht dessen, dass beispielsweise der Herr Abgeordnete Triller, der heute die Anfrage eingebracht hat, in der Landtagssitzung vom 28. September 2021 noch die Frage gestellt hat, ob nicht ein höherer Preis zu erzielen gewesen wäre. Zitat: „Um 650.000 Euro bekommt man heute ein Einfamilienhaus mit einem Grund gerade einmal und da ist ein Krankenhauskomplex, der halt dementsprechend mehr Anzahl an Quadratmetern und vielleicht zukünftiger Wohnfläche hat.“ Also ich nenne es einmal jedenfalls eine besondere Chuzpe, dass man am heutigen Tag hergeht und sagt, uns vorwirft, dass wir es zu teuer verkauft haben und im September 2021 uns vorgeworfen hat, dass wir es zu billig verkauft haben, meine sehr verehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)* Aber auch hier sage ich, meine politische Lebenserfahrung, meine bisherige, zeigt mir, dass natürlich, insbesondere, wenn Wahljahre anstehen, die Exaktheit der Argumentation mancher Oppositionskräfte im Schwinden begriffen sind.

Komme nun zur Beantwortung der Fragen: Kollege Hermann ist zutiefst erheitert, obwohl es sich um eine solch ernste Angelegenheit handelt.

Zu Frage 1:

Da ich selbst zum damaligen Zeitpunkt keine Ressortverantwortung für diese Angelegenheit hatte, kann ich nur auf die Stellungnahme im Landesrechnungshofbericht verweisen. Dort wird zum angesprochenen Punkt ausgeführt, dass das Konzept der SIM CAMPUS GmbH zumindest in Österreich einzigartig war und dass damals zuständige Regierungsmitglied, Landeshauptmannstellvertreter Mag. Michael Schickhofer, mit der Gründung des SIM CAMPUS GmbH keine betriebswirtschaftlichen, sondern vor allem ideelle und regionalpolitische Ziele verfolgte. Eine betriebswirtschaftliche Bewertung im herkömmlichen Sinne war daher für ein derartiges Projekt nur schwer möglich.

Zu Frage 2:

Wie im Landesrechnungshofbericht seitens der beteiligungsverwaltenden Stelle, Fachabteilung für Katastrophenschutz, zu diesem Punkt ausgeführt wird, wurden keine Kennzahlen über Angebote, Auslastungs- und Buchungslagen eingefordert, da sich die Relevanz dieser Daten vor dem Hintergrund der zu dieser Zeit vorliegenden Corona-Lage relativierte. Außerdem informierte der damalige Geschäftsführer die Fachabteilung Katastrophenschutz fernmündlich darüber, dass kein regulärer Betrieb, mit Ausnahme von einigen kleineren Lehrveranstaltungen der Medizinischen Universität Graz, möglich war - auch das der damaligen Situation geschuldet.

Zu den Fragen 3 bis 5:

Als im fraglichen Zeitraum nicht zuständiges Regierungsmitglied hatte ich persönlich weder Veranlassung noch Möglichkeit, Daten von der Fachabteilung Katastrophenschutz einzufordern.

Zu Frage 6:

Nach dem Verkauf der GmbH verliert der Verkäufer seine Anteile an der Gesellschaft und damit auch seine Stellung als Gesellschafter. Alle Rechte und Pflichten werden auf den Käufer übertragen. Aufgrund gesetzlicher Bestimmungen kann lediglich noch die Verpflichtung zur vollständigen Einzahlung der Stammeinlage beim verkaufenden Gesellschafter verbleiben, wenn der verkaufende Gesellschafter diese noch nicht voll einbezahlt hat, aber den vollen Anteil veräußert. Dass sich ein, seine Geschäfts-Gesellschaftsanteile verkaufender Gesellschafter noch Einsichtsrechte nach dem Verkauf ausbedingt, ist als extrem unüblich zu bezeichnen und stellt sozusagen einen Misstrauensvorschuss dar, der geeignet ist, fast jeden potenziellen Käufer zu vertreiben, da kein Unternehmer Interesse daran hat, seine Geschäftsgebarung über die gesetzlich vorgeschriebenen Maße hinaus Dritten offen zu legen, es sei denn, er erhält im Gegenzug zur Offenlegung erhebliche Geldzuwendungen vom Einsichtsberechtigten. Da das Land Steiermark aber gerade nicht beabsichtigte, nach der Abtretung der Geschäftsanteile noch ein finanzielles Engagement zu betreiben, wäre eine solche Auflage im Verkaufsvertrag wohl eher als kontraproduktiv einzustufen gewesen. Eine gesetzliche Verpflichtung zur Einräumung von Einsichtsrechten, auf die das Land hätte ausdrücklich verzichten müssen, gibt es nicht und ist dementsprechend auch keine Klausel im Vertrag über den Verkauf der Geschäftsanteile enthalten, gemäß der das Land auf irgendetwas verzichten würde.

Zu 7:

Diesbezüglich kann ich wiederum nur auf den Landesrechnungshofbericht verweisen, in dem ausgeführt wird, dass die Verkaufsverhandlungen mit dem Bieter als natürliche Person geführt wurden. Erst unmittelbar vor der Vertragsunterzeichnung teilte der Bieter mit, dass als Käufer nicht er selbst als natürliche Person, sondern die Alpinresort Präbichl GmbH auftritt. Zu diesem Zeitpunkt war eine tiefere Überprüfung der Liquidität der Käuferin nicht mehr möglich. Allerdings ergab eine Abfrage in der Ediktsdatei, dass keine Einträge vorhanden waren. Also zumindest diese Prima-Vista-Überprüfung verlief positiv. Eine Verzögerung des Vertragsabschlusses, um tiefere Nachforschungen betreiben zu können, stellte keine Option dar, weil die Gehälter der Beschäftigten mit den vorhandenen Eigentüermitteln nur noch bis 31. August 2021 gezahlt werden konnten. Die damals zuständigen Entscheidungsträger standen vor der Alternative, das Unternehmen für 650.000 Euro an eine Gesellschaft zu verkaufen oder aber für die Liquidation des Unternehmens gutachterlich ermittelte Kosten in Höhe von zumindest 167.000 Euro in Kauf zu nehmen. Nochmals, mögliche Einnahmen von 650.000 Euro stand optional also einem sicheren Kostenaufwand in Höhe von zumindest 167.000 Euro gegenüber.

Zur Frage 8:

Wie in der Beantwortung, der am 5. Juli 2022, an mich gerichteten Dringlichen Anfrage erklärt, darf ich wiederum ausführen: Der SIM CAMPUS wurde im Jahr 2019 vom damaligen Landeshauptmannstellvertreter Michael Schickhofer initiiert und mit einem Gesellschafterzuschuss von 2,5 Millionen Euro ausgestattet. Ziel war es, das damalige Landeskrankenhaus Eisenerz als Ausbildungs- und Trainingszentrum zu etablieren. Aufgrund der Corona-Pandemie war die erfolgreiche Umsetzung der Ursprungsidee aber bis zum Juli 2021 nicht möglich. Zu diesem Zeitpunkt war der gesamte Gesellschafterzuschuss für die Bezahlung des Kaufpreises des ehemaligen LKH Eisenerz, die notwendigen Investitionen in das Gebäude und dessen Ausstattung sowie den laufenden Betrieb aufgebraucht. Eine vom Eigentümerversorger beauftragte Fortführungsstudie kam zum Ergebnis, dass bis zum Jahr 2025 ohne massive Konsolidierungsmaßnahmen ein weiterer Finanzbedarf von ca. 4,9 Millionen Euro entstehen würde. Selbst bei sofortiger Umsetzung diverser Konsolidierungsmaßnahmen würde der Finanzierungsbedarf bis zum Jahr 2025 noch mit zumindest 1,5 Millionen Euro beziffert. Vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie und der damit verbundenen budgetären Herausforderungen schien dem Eigentümerversorger eine dermaßen kostenintensive Fortführung unverantwortlich. In einem Schreiben vom 25. Juni

2021 hatte der damalige Geschäftsführer der SIM CAMPUS GmbH mitgeteilt, dass die Insolvenz drohe. Am 20. Juli 2021 wurde daher eine Generalversammlung anberaumt, bei der die Absetzung des Geschäftsführers und die Einleitung der Liquidation des Unternehmens auf der Tagesordnung stand. Zuvor hat die Landesregierung mit Regierungssitzungsbeschluss vom 15. Juli 2021 einen letztmaligen Gesellschafterzuschuss in Höhe von 84.000 Euro beschlossen, um den laufenden Betrieb und die Bezahlung der Gehälter bis zur Abwicklung der Liquidation sicherzustellen.

Zu Frage 9:

Am 30. Juni 2022 wurde seitens des Landes Steiermark beim Landesgericht Leoben die Klage auf Kaufpreiszahlung gegen die Käuferin der Geschäftsanteile der SIM CAMPUS GmbH, nämlich, die bereits genannte Alpinresort Präbichl GmbH eingereicht. Am 14. Oktober 2022 fand die erste Tagsatzung und am 20. Jänner 2023 sowie am 27. November 2023 zwei weitere Tagsatzungen zur Beweiserhebung am Landesgericht Leoben statt. In der letzten Tagsatzung vom 27. November 2023 wurde von der klagenden Partei der Auftrag zur Vorlage der vom Land Steiermark beauftragten Gutachten erteilt. Im bisherigen Verfahren wurden umfangreiche Beweise erhoben und seitens des vom Gericht bestellten Buchsachverständigen festgestellt, dass der Unternehmenswert in der zum Verkaufszeitpunkt letztgültigen Bilanz nach den allgemein anerkannten Regeln der ordnungsgemäßen Buchführung ermittelt und richtig, richtig wiedergegeben worden ist. Der vom Gericht bestellte Sachverständige geht in seinem Gutachten vom 25. Juli 2023, welches er auch nach der eingehenden Gutachtenserörterung am 27.11.2023 voll inhaltlich aufrecht erhält, von einem Unternehmenswert von rund 887.000 Euro zum Bewertungsstichtag 13. August 2021 aus.

Zu Frage 10:

Bisher fanden drei Verhandlungstermine statt, wie zuvor bei der Beantwortung zu Frage 9 sich bereits ergeben hat.

Zu Frage 11:

Bisher wurde seitens des Landes Steiermark im Zuge der Klagseinbringung die gerichtliche Pauschalgebühr in Höhe von 12.003 Euro sowie ein vom Gericht beauftragter Kostenvorschuss für allfällig anfallende Zeugengebühren in Höhe von 500 Euro bezahlt. In Summe wurden somit bisher 12.503 Euro zur Auszahlung gebracht. Ob diese Kosten endgültig vom Land Steiermark zu tragen sind, ist natürlich vom Ausgang des Verfahrens abhängig.

Zu 12:

Da seitens des Gerichts noch kein Termin für die Fortsetzung des Verfahrens angesetzt wurde, ist mit einer erstinstanzlichen Entscheidung frühestens im ersten Quartal des Jahres 2024 zu rechnen.

Zu Frage 13:

Nach einer Einschätzung der Fachabteilung Verfassungsdienst ist die Chance, den Prozess erfolgreich zu beenden, auf Grund des vorliegenden Sachverständigengutachtens hoch. Ganz grundsätzlich sind Prognosen über den Ausgang von Gerichtsverfahren natürlich schwierig anzustellen.

Zu Frage 14:

Ausgehend von der Feststellung des vom Gericht bestellten Buchsachverständigen, dass der Unternehmenswert der SIM CAMPUS GmbH in der zum Verkaufszeitpunkt letztgültigen Bilanz nach den allgemein anerkannten Regeln der ordnungsgemäßen Buchführung ermittelt und richtig wiedergegeben worden ist, war zum Verkaufszeitpunkt von einem Unternehmenswert von rund 887.000 Euro auszugehen, weshalb die genannten Vorwürfe auch aus Sicht der Fachabteilung Verfassungsdienst nicht haltbar sind.

Zu Frage 15:

Was die Vorwürfe per se angeht, verweise ich nochmals auf die Beantwortung zu Frage 14. Den erhobenen Vorwürfen nachgehend wurde festgestellt, dass das Gutachten, das im Landesrechnungshofbericht genannt wird und Basis eben dieser Vorwürfe ist, aufgrund eines redaktionellen Fehlers des Gutachters falsch datiert wurde. Die Ausfertigung des Gutachtens trägt das Datum 5. April 2021 statt des eigentlich korrekten Datums der Gutachtensausfertigung, nämlich 5. August 2021. Der Gutachter hat gegenüber der Fachabteilung Katastrophenschutz schriftlich erklärt, dass er jederzeit bereit ist, diesen Umstand auch an Eides statt zu versichern. Außerdem führt er in seinem Schreiben aus, dass die örtliche Befundnahme am 3. August 2021 stattgefunden hat und sich hieraus schon logischerweise ergibt, dass der 5. April ein Fehler gewesen sein muss.

Zu Frage 16:

Ausgehend von der streitwertbedingten Anwaltpflicht ist das Land Steiermark im Verfahren vor dem Landesgericht Leoben anwaltlich vertreten.

Zu den Fragen 17 bis 19:

Da im Zivilprozess bereits ein gerichtlich beideter Sachverständiger bestellt wurde, der das Bewertungsgutachten eingehend überprüft, darüber selbst ein Gutachten erstellt hat und dieses auch nach der eingehenden Gutachtenserörterung voll inhaltlich aufrecht hält, ist eine weitere Überprüfung nicht notwendig.

Zu Frage 20:

Offene Forderungen des Landes Steiermark bestehen im gegenständlichen Fall gegenüber der Alpinresort Präbichl GmbH, weswegen sich das Land mangels Parteistellung im Insolvenzverfahren der SIM CAMPUS GmbH nicht beteiligen kann. Offene Forderungen gegenüber dem seinerzeitigen Käufer, nicht gegenüber der verkauften Gesellschaft, kurzgefasst.

Zu Frage 21:

Das Land Steiermark hat keine über die aktuelle Medienberichterstattung hinausgehenden Informationen. Es wurde lediglich durch Einsichtnahme in das öffentliche Versteigerungsedikt in Erfahrung gebracht, dass die Liegenschaft und die Baulichkeiten von dem vom Insolvenzgericht beauftragten Liegenschaftssachverständigen mit einem Wert von 1,924 Millionen Euro bewertet worden ist.

Zu Frage 22:

Das Land Steiermark ist nicht am Insolvenzverfahren betreffend die SIM CAMPUS GmbH beteiligt, daher sind dem Land auch keine wie immer gearteten Kosten aus diesem Verfahren entstanden.

Zu Frage 23:

Im Zusammenhang mit dem Verkauf und der Klage gegen die Käuferin wurden in den mir gemäß Geschäftsverteilung zugeordneten Abteilungen seit dem bekannt werden des Kaufanbots am 20. Juli 2021 rund 150 Arbeitsstunden gemeldet.

Zu Frage 24:

Eine wichtige Frage. Der Bericht des Landesrechnungshofs enthält eine Reihe von Empfehlungen, die die Fachabteilung Katastrophenschutz betreffen. Ich habe die Anweisung gegeben, dass die Umsetzung dieser Empfehlungen umgehend in Angriff zu nehmen und bis spätestens Ende Februar 2024 abzuschließen ist. In diesem Zusammenhang habe ich außerdem die interne Revision des Amtes der Steiermärkischen Landesregierung beauftragt, die korrekte Umsetzung und Implementierung dieser Empfehlungen anschließend zu

überprüfen. Außerdem prüft die interne Revision seit 28. November 2023 das Risikomanagement und die internen Kontrollsysteme der Fachabteilung Katastrophenschutz.

Zu Frage 25 und 26:

Kleine Anmerkung. Die Fragesteller sind Gott sei Dank rechtzeitig darauf gekommen, dass der Fehlerteufel zugeschlagen hat bei der Erstformulierung der Dringlichen Anfrage. Zumal ich mir nicht erklären konnte, die ursprüngliche Fragestellung, wonach ich garantieren sollte, dass es auch in Zukunft Missstände geben soll, das hätte ich mit Sicherheit nicht getan. Ich bin sehr froh, dass die Fragestellung natürlich nun in die Richtung geht, ob ich garantieren kann, dass es nicht zu Missständen kommt. An sich eine Kleinigkeit, aber, wenn ich mir anschau, welcher Sorgfaltsmaßstab immer wieder von der Opposition an die Arbeit der Regierung gelegt wird, erlaube ich mir diese kleine Spitze ohne den kleinsten Anflug von, wenn Sie so wollen, Boshaftigkeit. Ich möchte ganz grundsätzlich etwas sagen, weil Sie ja mit diesen Fragen mehr implementieren und ja auch der Abgeordnete Triller in seiner Begründung der Dringlichen Anfrage und in der Fragestellung immer wieder darauf zu reden gekommen ist, dass diese ganze Angelegenheit ja in einem größeren Zusammenhang gesundheitspolitischer Natur zu sehen ist. Und hier möchte ich Ihnen eines sagen: Wenn Sie von einem Kahlschlag im steirischen Gesundheitssystem oder in der steirischen Spitalslandschaft sprechen, dann möchte ich diese Formulierung auf das Entschiedenste zurückweisen. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)* Der gesamten Steirischen Landesregierung, und wie ich im Übrigen auch annehme allen Abgeordneten dieses Hauses, geht es um die Sicherstellung eines qualitativvollen, zeitgemäßen, dem Stand der Wissenschaft entsprechenden und flächendeckenden Gesundheitsangebots für alle Steirerinnen und Steirer meine sehr verehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)* Beispielsweise investieren wir in alle drei Standorte des Landeskrankenhauses Hochsteiermark, weil wir von dieser Region sprechen. Ich darf Ihnen nur sagen, am Standort Bruck: Die Errichtung der Erwachsenenpsychiatrie mit 100 Betten rund 46 Millionen Euro, der Bau eines Parkdecks rund fünf Millionen Euro, sowie die Neugestaltung des stationären und ambulanten Bereichs für die Pneumologie, rund zehn Millionen Euro. Am Standort Leoben Adaptierung der Kinderambulanz, ganz was Wichtiges, rund sechs Millionen Euro. Einrichtung acht neuer Hospizbetten, rund drei Millionen Euro, sowie die Anschaffung eines zweiten OP-Roboters, eines OP-Roboters, Leonardo heißen die Dinger glaube ich, oder heißt es da Vinci? Gut, wie auch immer, aber zweiter OP-Roboter am Standort Leoben. Am Standort Mürzzuschlag, Zubau und Umbau der AG Rem in Mürzzuschlag, rund zehn Millionen Euro. „Akutgeriatrie

Remobilisation“ heißt die Abkürzung, weil ich immer gerne Abkürzungen beim ersten Mal aussprechen, damit alle wissen, worum es geht. Akutgeriatrie Remobilisation rund zehn Millionen Euro am Standort Mürzzuschlag. Ich darf auch darüber hinweg oder darüber hinaus Ihnen sagen, ja bitte, auch das von Ihnen so herzhafte kritisierte Leitspital in Liezen ist in Wahrheit die größte Investition in die Gesundheitsversorgung für die Region Liezen mit einer Erweiterung des medizinischen Angebots, Erweiterung des medizinischen Angebots in dieser Region. Also, meine sehr verehrten Damen und Herren, und ich weiß schon, dass da Einzelne wieder lachen, weil, wenn ich von Erweiterung des medizinischen Angebots spreche, rede ich von den Fächern, die angeboten werden. Natürlich ist die bloße Anzahl von Standorten eine geringere, aber es ist ein breiteres medizinisches Angebot. Und ich würde mir gerade von den Grünen, die so einen ambitionierten Gesundheitsminister derzeit stellen, der so viele Reformen von den Ländern einfordert, der sagt, die Länder sollen endlich zu reformieren beginnen. Endlich Reformen, die eingefordert werden. Tut euch mit dem Bundesminister Rauch einmal darüber unterhalten, welche Reformen er denn so meint. Und das, meine sehr verehrten Damen und Herren, meine ich. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)* Wir sind natürlich genau guten Willens auf die medizinische Entwicklung zu antworten, auf die demografische Entwicklung zu antworten und Sie werden doch wohl hoffentlich nicht ernsthaft irgendeinem der verantwortlichen Regierungsmitglieder in dieser Landesregierung unterstellen wollen, dass wir nicht das Beste im Schilde führen. Wir wollen die beste Versorgung für die Steirerinnen und Steirer heute und in Zukunft. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)* Und meine sehr verehrten Damen und Herren, meine sehr verehrten Damen und Herren, weil natürlich auch ein anderes Thema angesprochen ist, mit zwischen den Zeilen angesprochen ist. Und weil sich der Abgeordnete Triller ja sogar aus meiner Sicht fast dazu verstiegen hat, zu erklären, die Landesregierung wäre sozusagen auch noch im Alleingang dafür verantwortlich, wie die Bevölkerungsentwicklung in Eisenerz gewesen wäre. Das erscheint mir schon keck. Lieber Marco Triller, das erscheint mir schon keck. Weil, dass in Eisenerz heute, glaube ich, nicht einmal mehr 3.000 Einwohner sind und am Höhepunkt des Erzbergs 12.000 Einwohner sind, das, meine Lieben, hat nicht nur mit dem Wirken der Landesregierung zu tun, das sind einfach Effekte, dass es eben der Bergbau heute in einer anderen Manier, in einem kleineren Umfang, personell kleineren Umfang stattfindet, als in den 50er oder 60er Jahren. Also, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bin für jede Debatte über den ländlichen Raum zu haben. Ich habe gesagt, ich möchte keine Steiermark der Zweientwicklungsgeschwindigkeiten, sondern einen gemeinsamen Sprung nach vorne. Ja,

aber da müssen wir ernsthafte Diskussionen führen. Da sollten wir nicht in zugespitzte Reflexe verfallen, sondern da lade ich alle, insbesondere die Freiheitlichen, ein, mit konkreten Ideen, mit guten Konzepten an einer Stärkung des ländlichen Raums mitzuwirken, meine Damen und Herren. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)* Und weil der Abgeordnete Triller so getan hat, als würde die Landesregierung Eisenerz vergessen, mitnichten, mitnichten. Gerade in der Region Eisenerz haben in den letzten Jahren ganz besondere Investitionen des Landes Steiermark stattgefunden. Denken Sie an das nordische Ausbildungszentrum in der Eisenerzer Ramsau. Allein die letzte Investition, die wir vor voriges Jahr oder vorvoriges Jahr eröffnet haben, neun Millionen Euro. Ein Musterbeispiel für den nordischen Skisport, ein Musterbeispiel für die Ausbildung junger Menschen, ein Musterbeispiel für die Vorbereitung künftiger sportlicher Erfolge und das alles mitten in Eisenerz in der Region. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)* Denken Sie daran, dass wir erinnerlich ca. 36 Millionen Euro in das Zentrum am Berg investiert haben. Jenes von der Montan Universität Leoben betriebene modernste und größte Tunnel-Forschungszentrum Europas, ja, der Welt. Das sind Investitionen in die Zukunft, meine sehr verehrten Damen und Herren. Und das sind die Beweise dafür, dass uns diese Region, wie jede andere in der Steiermark, am Herzen liegt, meine Damen und Herren. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)* Landeshauptmannstellvertreter hat mich gerade informiert, auch die Infrastruktur liegt uns dort besonders am Herzen. Fünf Millionen werden derzeit in die Ortsdurchfahrt in Eisenerz investiert, um sie zeitgemäß und adäquat auszugestalten. Also, meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie sehen, mit vereinten Kräften sind wir dabei, auch in dieser Region die nötigen Impulse zu setzen, wie wir insgesamt eine möglichst gute Entwicklung des ländlichen Raums im Auge haben. Herzlichen Dank. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 10.55 Uhr)*

Erste Präsidentin Khom: Nachdem der Herr Landeshauptmann angesprochen hat, dass es um die Zukunft in diesem Land geht, freue ich mich außerordentlich, junge Menschen in diesem Haus begrüßen zu dürfen, die daran interessiert sind: Wie wird die Zukunft in diesem Land gestaltet? Darum herzlich Grüß Gott, die Schülerinnen und Schüler der 3. Klasse HAK Voitsberg, Zweig „Industrial Business“ unter der Leitung von Frau Helle Parnell. Sehr herzlich willkommen in unserem Haus. *(Allgemeiner Beifall)*

Ich eröffne nunmehr die Wechselrede zu dieser Dringlichen Anfrage und weise auf die Bestimmungen der Geschäftsordnung hin, wonach Regierungsmitglieder sowie Abgeordnete nicht länger als zehn Minuten sprechen dürfen. Als Erstes zu Wort gemeldet ist der Herr Kollege Lambert Schönleitner. Bitte schön Herr Abgeordneter.

LTAbg. Schönleitner – Grüne (15.56 Uhr): Ja, danke, Frau Präsidentin! Herr Landeshauptmann, Herr Landeshauptmannstellvertreter, werte Regierungsmitglieder auf der Regierungsbank, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer, sehr geehrte Damen und Herren!

Es war am Schluss ja feurig und emotional vom Landeshauptmann. Man muss nur aufpassen, dass man nicht vom Thema abkommt, was das heutige Thema eigentlich ist. Eisenerz jedenfalls – da können wir uns wahrscheinlich einigen – Eisenerz liegt uns auch allen am Herzen (*KO LTAbg. Riener: „Schön, Lambert.“*), ganz sicher, das nehme ja jeden ab. Aber die Frage ist schon: Was ist heute auf der Tagesordnung, ja? Und ich bin ja schon eine Zeit im Haus und ich weiß, dann, wenn Regierungsmitglieder – in dem Fall der Landeshauptmann – den Landesrechnungshof besonders loben, ja, (*KO LTAbg. Riener: „Ist am Dienstag auf der Tagesordnung!“*) besonders loben, dann ist meistens ziemlich viel im Argen, liebe Kolleginnen und Kollegen. (*Beifall bei den Grünen, der FPÖ, der KPÖ und den NEOS – KO LTAbg. Riener: „Eine Unterstellung sondergleichen.“*) Und so ist es auch in diesem Fall. Es war ja dann noch eine kleine Freude des Landeshauptmannes dazwischen, weil ein Formulierungsfehler in der Dringlichen Anfrage war, (*KO LTAbg. Riener: „Hast sie gar nicht gelesen.“*) das hat er uns auch noch mitgeteilt, obwohl er dann fast Da Vinci mit dem Leonardo – das ist im Übrigen der Hubschrauber aus Aigen, den wir dort angeschafft haben – verwechselt hat, geht es, glaube ich, schon um eine Sache, und das muss uns klar sein, die für das Land Steiermark alles andere als erfreulich war. Und Herr Landeshauptmann, wenn du schon den Rechnungshof so lobst, was wir ja immer tun, wie du weißt und wie wir alle wissen, so musst du auch dazusagen: Diesen Rechnungshofbericht hat es nicht gegeben, weil ihr in euch gewünscht habt, sondern weil ihn die Opposition beantragt hat. Wir haben das durchgesetzt und es liegt schwarz auf weiß am Tisch (*Beifall bei den Grünen, der FPÖ, der KPÖ und den NEOS*), dass alles das, was die Opposition seit langer Zeit, seit Monaten, seit zwei, drei Jahren, hier herinnen in diese Richtung sagt, letztendlich an Kritik bestätigt wurde. Nicht von Parteien, sondern vom unabhängigen Rechnungshof, vom Organ des Landtages und das muss man schon einmal würdigen. Darum war ich schon etwas erstaunt, dass man

grundsätzlich halt wieder versucht, über die Grundproblematik hinweg zu gehen. *(KO LTAvg. Riener: „In der Dringlichen vor einem Jahr ist das Gleiche.“)* Der Kollege Triller hat schon vieles im Detail gesagt, ich werde nicht alles wiederholen, was in dem Bericht steht, aber Herr Landeshauptmann, um was ist es denn gegangen oder auch in Richtung – jetzt ist der Gesundheitslandesrat nicht mehr da. Die Frage war ganz grundsätzlich: Ist dieses Projekt überhaupt – und das ist bisher noch nicht gesagt worden – seinerzeit ernst genommen worden? Erinnern wir uns einmal zurück, was das war. Aus meiner Sicht war das eine absolute Schimäre. Man hat der Eisenerzer Bevölkerung weis machen wollen, man tut alles, um eine Top-Regionalentwicklung auf die Beine zu bringen, um etwas hinzustellen, damit etwas weitergeht und dann hat man halt noch ganz schnell, husch-husch, wenige Wochen vor der Landtagswahl, weil so war es ja im Oktober, *(KO LTAvg. Riener: „Und dann haben wir die Pandemie bestellt, gell.“)* im November war dann die Landtagswahl und im Oktober ist dieser SIM CAMPUS schnell noch eröffnet worden, Würstel gegessen, Bändchen durchgeschnitten, damit man irgendetwas hat und in Wirklichkeit, Herr Landeshauptmann, du weißt das ja genau, war nichts da. *(Beifall bei den Grünen, der FPÖ und der KPÖ)* Die Eisenerzer Bevölkerung hat uns berichtet, sie hätten gesehen, ich weiß nicht ob das stimmt, aber das war ein Second-Hand-Patientenattrappen, die man dort hingeführt hat, damit man ein paar Bilder machen kann für die Medien, aber es war kein Projekt vorhanden und das ist das Ergebnis des Rechnungshafterberichtes, *(LTAvg. Eisel-Eiselsberg: „Das ist eine Wortwahl der Sonderklasse.“ – KO LTAvg. Reiner: „So redet man nicht über Leute.“)* das man in vielen Details ablesen kann. Das ist letztendlich ganz sicher festgehalten, Herr Landeshauptmann. *(Beifall bei den Grünen)* Weil es ist ja wichtig, in Regionen, wo es schwierig ist, – und da bin ich bei dir, da gebe ich dir recht –, muss man schauen: Wie geht es weiter? Und das ist nicht einfach. Wir Grüne sind auch nicht der Meinung, man hätte das Krankenhaus dort in der Form weiterführen können, sind wir nicht dieser Meinung. Das muss ganz klar ausgesprochen werden, eine derartige Einrichtung in dieser Form ist nicht haltbar gewesen, ich kann das nur unterstützen. Aber die Frage ist ja dann, was kommt in der Folge? Was macht man, wenn es um eine Umnutzung geht? Was kommt dann, wenn das Nächste das kommt ein fatales Projekt ist, wo ja in keiner Weise – um noch was Wichtiges zu sagen – die steirische Beteiligungsrichtlinie eingehalten war. Man hat ja überhaupt nicht gewusst, warum gibt es das Projekt eigentlich? Was ist der Zweck dieses Projekts? Es hat auch keine seriöse Machbarkeitsstudie des Projekts gegeben. Am Ende war klar, es hat eigentlich, *(KO LTAvg. Riener: „Der Landesrechnungshof hat den Zweck erkannt. Muss man halt lesen.“)* – Barbara,

du kannst dich dann zu Wort melden, liebe Kollegin Barbara Riener – und das hat nur wenige Wochen gedauert bis sich die Nebel gelichtet haben, und nichts war vorhanden. Keine Kosten-Nutzen-Analyse und der Herr Landeshauptmann, du hast dich heute mehrfach redlich bemüht, Kindesweglegung zu machen und zu sagen: „Das war ja alles der seinerzeitige Landeshauptmannstellvertreter“, das ist schon richtig von der Zuständigkeit. Das ist auch richtig, aber wir wissen ja, dass diese beiden Parteien dieses Land seit geraumer Zeit gemeinsam regieren. Manchmal mehr schlecht wie recht, dass wir sechs Milliarden Schulden haben, ihr sitzt gemeinsam in der Landesregierung, ihr trifft die Entscheidungen im Einstimmigkeitsprinzip. Und darum ist mir das schon ein bisschen zu wenig, wenn du einfach sagst: „Das waren ja nicht wir, das war alles der seinerzeitige Landeshauptmannstellvertreter!“ Du warst seinerzeit Gesundheitslandesrat, ihr habt das Ganze mitgetragen, obwohl letztendlich kein schlüssiges Projekt am Tisch gelegen ist. (*Beifall bei den Grünen, der KPÖ und der FPÖ*) Und das kann man demnach ja auch nicht wegdiskutieren. Kann man zum Beispiel lesen, auf der Seite 42, Stellungnahme Landeshauptmann Drexler: „Es wird festgehalten, dass das Konzept der SIM CAMPUS GmbH in Österreich einzigartig war, jedenfalls, auch in der Finanzierung und in dem wie es umgesetzt worden ist und dass das damals zuständige Regierungsmitglied“, also wieder Verweis auf den ehemaligen Landeshauptmannstellvertreter, „mit der Gründung des SIM CAMPUS keine betriebswirtschaftlichen, sondern vor allem ideelle Ziele verfolge.“ So wird das weggeschoben von Seiten der Regierung. Er war sicher hauptverantwortlich, keine Frage, aber ihr habt es letztendlich mitgetragen und das war am Ende fatal. Das ist dann schiefgegangen. Das war der erste Teil. Man hat gesagt: „Für Eisenerz gibt es ein super Projekt.“ Man hat dann gesehen: Keines war vorhanden. Dann hat man gesehen: Es wird finanziell eng. Und dann kommt der zweite Teil und für den ward ihr ja schon mit zuständig, in jeder Weise. Das war dann der Verkaufsprozess. Ja bitte, wer kann denn glauben, wenn ihr keine Sicherstellungen macht, wenn ihr nicht hergeht, treuhändisch das Ganze in einer professionellen Form abzuwickeln, dass ihr irgendwie auch nur professionell gearbeitet habt, Herr Landeshauptmann. Das war ja nicht der Fall. Und dann hier heraußen zu sagen: „Das war ja nicht der eigentliche Käufer, sondern das war eine GmbH, eine Gesellschaft von ihm, dann haben wir das alles nicht mehr sicherstellen können!“ Das ist ja unglaublich. Jeder Häuslbauer, jeder Private weiß, wenn er verkauft oder kauft, was die Grundlagen sind an einer kaufmännischen Sorgfaltspflicht. Und dazu gehören Sicherstellungen, dazu gehören Bürgschaften unter Umständen, dazu gehört jedenfalls eine Bonitätsprüfung des Käufers.

Alles das war nicht vorhanden. Und da muss ich dann schon ein bisschen lachen, wenn du hier herinnen sagst: „Ja, ihr werdet uns doch nicht vorwerfen, dass der Kaufpreis jetzt in dem Gutachten höher war.“ Ja, darf ich dir sagen: Es ist noch kein Euro im Positiven im Land Steiermark angekommen. Wir haben noch nichts zurückbekommen. Das Ganze war fatal. *(Beifall bei den Grünen)* Wenn es denn so wäre, dass wir den Kaufpreis bekommen hätten, dann wäre wahrscheinlich jetzt eh Ruhe. Aber es war ja zweimal was Tragisches. Einmal ist das Projekt schiefgegangen und einmal habt ihr den Verkaufsprozess – man kann es nicht anders sagen, Herr Landeshauptmann – hinuntergeleert. Ein Totalversagen von vorne bis hinten war dieses Projekt. Wenn man den Rechnungshofbericht dann noch anschaut, möchte ich schon auf ein Detail jedenfalls jetzt eingehen, das tut mir auch weh, weil das ist was Gravierendes. Der Rechnungshof stellt nämlich auch fest – darauf bist du meines Wissens nicht eingegangen, außer ich hätte es überhört –, dass der Verkauf quasi von dem, dass der Bestand übertragen wurde, gemacht wurde, bevor der Landtag hier den Beschluss gefasst hat. Das ist aus meiner Sicht was Gravierendes. Denn wenn der Landtag umgangen wird, und man sagt: „Na ja, die werden uns dann schon zustimmen, wir haben ja eh unsere Mehrheiten im Landtag, dann gehen wir hinein und lassen darüber abstimmen“, aber schon vorher erfolgt die rechtmäßige Übertragung, dann ist es gravierend. Wir haben eine Rechtsordnung, wir haben eine Landesverfassung, wir haben eigentlich gesetzliche Grundlagen, die genau sagen, wie mit Landesvermögen und Landeseigentum umzugehen ist und bei Entscheidungen aber, wenn der Landtag ignoriert wird, weil man einfach sagt: „Wir machen das gleich, wir übertragen das, den Beschluss machen wir erst einen Tag später“, dann ist etwas im Argen, dann ist das ganz sicher nicht normal und als solches hinzunehmen, Herr Landeshauptmann. *(Beifall bei den Grünen)* Ihr habt damals ja wunderbar angekündigt, was das für ein tolles Projekt ist, unter der Schirmherrschaft der UNO, ja, also, wenn man sich das durchliest, was damals alles gesagt worden ist, da muss man wirklich sagen: Es ist eigentlich absolut unseriös gewesen, was von Beginn an diesbezüglich vorgelegen wurde. Ich würde mir ganz einfach wünschen – und das ist der letzte Teil, Herr Landeshauptmann, meiner Rede –, dass alles, was jetzt geschieht, ja, in Zukunft in Eisenerz und diesen Standard anlangt und an Regionalentwicklung passiert, dass das etwas ist, was seriös ist, was auf ein Fundament steht, was man der Bevölkerung sagen kann, dass sie dann nicht wieder mit leeren Händen dasteht. Wir haben heute den Eisenerzer Bürgermeister gehört, der Marco Triller hat es schon gesagt, was er davon hält, wie das Ganze gelaufen ist, dass in Zukunft was am Tisch liegt, wo man sagt: „Wenn wir Geld hinein investieren, was gut ist, dann muss für die Bevölkerung was

Bleibendes, etwas was Bestand hat, rauskommen!“ Und weil du die Gesundheitspolitik am Ende angesprochen hast, nur einen Satz: In diesem Rechnungshofbericht ist auch ein Teil die Primärversorgungseinheit, die wir grundsätzlich begrüßen, es ist auch gescheit, solche zu machen. Aber dass wir in diesem Rechnungshofbericht, Herr Landeshauptmann, wieder lesen müssen: „Die Primärversorgungseinheit in Eisenerz entspricht derzeit noch nicht dem Standard einer solchen“, da muss man schon sagen, nach so langer Zeit, diesen Satz im Rechnungshofbericht sollten wir nicht übersehen, denn der zeigt nämlich zusätzlich zur Regionalentwicklung, dass auch im Gesundheitsbereich das Ziel einer Primärversorgung, einer wohnortnahen Versorgung für die Bevölkerung nicht erreicht wurde. Ich würde mir ganz einfach wünschen, diesen Rechnungshofbericht zu würdigen und vielleicht gibt es heute ja noch Antworten von dir, wie es in Zukunft weitergeht. Letzter Satz: Wenn die jetzigen Verkäufer oder jene, die sich für das Objekt interessieren, schon wieder sagen: „Nur wenn alle Parteien da zustimmen, steigen wir ein“, dann ist das gröbsten unseriös. (*Erste Präsidentin Khom: „Herr Kollege, ich bitte dich zum Schluss zu kommen!“*) Ich bin gleich fertig, Frau Präsidentin. Jeder, der weiß, der in der Wirtschaft ist, ein Käufer sagt bis zum Schluss gar nichts. Und wenn, dann geht er nicht so an die Öffentlichkeit. Also bitte um Vorsicht, damit euch das Ganze nicht noch einmal entgleitet. Danke, Frau Präsidentin. (*Beifall bei den Grünen, der KPÖ, der FPÖ und der NEOS – 11.07 Uhr*)

Erste Präsidentin Khom: Als Nächstes zu Wort gemeldet ist der Herr Kollege Dr. Werner Murgg. Bitte schön Herr Abgeordneter.

LTAbg. Dr. Murgg – KPÖ (11.07 Uhr): Frau Präsidentin, geschätzte Landesregierung, Herr Landeshauptmann, Herr Landeshauptmannstellvertreter!

Ich habe ein paar Worte auch von unserer Seite. Im Wesentlichen, die Genese dieses – ich sage einmal sehr vorsichtig ausgedrückt, weil ja Vorweihnachtszeit ist – nicht sehr geglückten Projektes ist jetzt ja vom Kollegen Triller und auch von Ihnen, Kollege Schönleitner, geschildert worden. Ich möchte von meiner Seite noch ein paar Gedanken einbringen. Fakt ist, dass hier ein Skandal passiert ist. Aber der wirkliche Skandal war eigentlich die Schließung dieses Spitalstandortes. Ich erinnere mich noch genau, wie unter großer Beteiligung der Eisenerzerinnen und Eisenerzer seinerzeit hier eine Versammlung war im Ort Eisenerz, wo die damalige Bürgermeisterin Holzweber gesprochen hat. Schon ein bisschen, ich sage einmal, mit angezogener Handbremse, weil sie schon gewusst hat, dass von der

Landesregierung bald der Nackenschlag kommen wird und das Krankenhaus geschlossen wird. Da hat der Kollege Triller dort gesprochen, da habe ich gesprochen, ich erinnere mich nicht genau wer, aber es war wichtig, damals schon aufzuzeigen, was diese Schließung des Krankenhauses eigentlich für die Gesundheitsversorgung in Eisenerz bedeuten würde. Und um das geht's. Ich gebe Ihnen, Herr Landeshauptmann, vollkommen recht, dass da in Eisenerz viele Sachen passiert sind im positiven Sinne, aber was uns als Opposition unter den Nägeln brennt, ist, dass die Gesundheitsversorgung vollkommen heruntergefahren worden ist. (*Beifall bei der KPÖ und FPÖ*) Und wenn heute gesagt wurde, dass es da irgendein Primärversorgungszentrum gibt – meines Wissens ist dort ein praktischer Arzt und der steht in Schweben, weil ich höre, der geht irgendwie bald einmal in Pension oder ist er vielleicht schon und wie das dann überhaupt weitergeht, ob man dort einen Arzt findet, das steht in den Sternen. Und es hat ja auch Anträge gegeben von der FPÖ, dass man einen Notarztstützpunkt dort macht. Es hat von uns, von unserer seinerzeitigen Vizebürgermeisterin und jetzigen Stadträtin Anna Skender genug Vorschläge gegeben, dieses Spital, wie dieser SIM CAMPUS als Idee aufgekommen ist, eigentlich für ein Reha-Zentrum zu nutzen. Das sind Vorschläge, die alle samt vom Tisch gewischt wurden und jetzt steht Eisenerz eigentlich ohne ärztliche Versorgung da. Und das ist der Skandal. Der zweite Skandal ist – ich will nicht sagen ein Skandalchen, es ist auch ein Skandal, aber es ist für mich der mindere Skandal, dieser Landesrechnungshofbericht. Also nicht der Bericht natürlich, Herr Hofrat, Verzeihung, sondern der Inhalt dieses Berichtes. Wir werden ihn ja hoffentlich noch ausführlich im Landtag diskutieren und dann können wir auf diese Argumente, weil es auch mehr Zeit gibt, ausführlicher eingehen. Ich möchte nur so viel sagen: Dieser SIM CAMPUS, wie er sich für mich darstellt, und ich glaube der Lambert Schönleitner hat es auch ähnlich ausgedrückt, war von Anfang an eine verpfuschte Geschichte. Und sich jetzt auf die Corona-Pandemie auszureden, halte ich eigentlich für eine sehr schwache Ausrede. (*Beifall bei der KPÖ und der FPÖ*) Wir waren alle als Oppositionsparteien gegen diesen Verkauf an die damalige „Alpin-irgendwie-Gesellschaft“, ob das jetzt da mit dem Hauptgesellschafter zuerst allein diskutiert worden ist und dann die Gesellschaft gekauft hat, das sind Nebenfragen, aber da muss ich sagen, bin ich eigentlich nicht, kommt ja selten vor, aber da bin ich eigentlich mit den Worten des Herrn Landeshauptmanns d'accord, weil jetzt gesagt wird: „Ja eigentlich haben wir uns ja mehr oder weniger schon am Rande des Strafrechts bewegt, weil wir statt 424.000 625.000 verlangt haben!“ Ich habe jetzt genau zugehört, es war die Frage 9 bei der Beantwortung und da – höre und staune – wird jetzt das Gutachten, gibt es ein Gutachten, und das sagt, dass es

ein bisschen über 800.000 eigentlich wert ist. Und ich habe noch gehört, dass die Liegenschaft – und der hat ja die Liegenschaft gekauft und nicht nur ein Luftkeusche – 1,9 Millionen wert ist. Jetzt weiß ich schon: Das ist ein altes Gebäude und wenn man den Abriss und so weiter wegrechnet, ist das weniger wert. Aber jetzt zu sagen: „Eigentlich sind wir alle „Plattler“, weil man statt auf 625.000 420.000 oder so irgendwie verlangen hätte sollen, das halte ich schon also eigentlich für eine sonderbare Argumentation. Ich höre ja, wir kriegen nicht einmal einen Cent oder einen Euro, wird wahrscheinlich sein, weil wo nichts ist, hat der Kaiser sein Recht verloren, wie wir wissen. Aber ich kann ja nicht von vorn herein schon annehmen, dass ich mit einem ein Geschäft mache, der möglicherweise ein Bankrotteur ist und deswegen verkaufe ich das nur um 20 Euro. Also diese Argumentation muss mir dann von der FPÖ und auch von Lambert Schönleitner noch erklärt werden, wie gesagt, wir werden ja dann bei der Landesrechnungshofdebatte darüber diskutieren. Ja, ich kann das eigentlich zusammenfassen: Für mich ist das Erschütternde, dass auch für die geschlossenen Spitalstandorte in Wahrheit die Landesregierung keine Konzepte hat, was man mit diesen Objekten macht: Notarzt-Stützpunkt, ich habe gesagt, Reha-Zentrum, jetzt haben wir eine, ich will nicht sagen, eine Bauruine, oder eine leere Bauhülle dort stehen, wir wissen nach wie vor nicht, was passiert. Und wenn ich so in die Zukunft schaue, es ist ja heute schon genannt worden, Erschließung der Spitalstandorte in Liezen, wenn wir eben das neue sogenannte Leitspital haben sollten, ein großes Spital steht jetzt dort, Rottenmann, also ich fürchte mich schon davor, ob da nicht dort eine riesige Betonruine irgendwann im Palten-Liesing-Tal stehen wird und wir keine effektive Nachnutzung haben. Ja, lange Rede, kurzer Sinn, so wie es sich für uns darstellt: Das SIM CAMPUS von Anfang an ein nicht durchdachtes Projekt, ein Schnellschuss – es ist ja eh gesagt worden –, um die Bevölkerung vor den Landtagswahlen irgendwie ruhig zu stellen, der wirkliche Skandal, die Schließung des Standortes Eisenerz und dadurch das Zurückfahren der dortigen Gesundheitsversorgung und schließlich keine vernünftige Nachnutzungskonzepte für geschlossene Spitäler. Danke.
(Beifall bei der KPÖ – 11.15 Uhr)

Erste Präsidentin Khom: Als Nächstes zu Wort gemeldet ist noch einmal der Kollege Marco Triller. An dieser Stelle herzliche Gratulation zum Geburtstag. *(Allgemeiner Beifall)*

LTabg. Triller, BA, MSc – FPÖ (11.15 Uhr): Ja, vielen Dank, Frau Präsidentin!

Vielleicht geht sich danach noch ein Glas oder so aus, schauen wir mal. Aber wir müssen trotzdem noch debattieren, es ist wichtig, es geht um ein ernstes Thema. Und ja, Herr Landeshauptmann, ich sage mal vorweg herzlichen Dank auch für die Beantwortung der Dringlichen Anfrage. Ja, sie bestätigt eigentlich die dilettantische Vorgehensweise der Landesregierung. Was Anderes kann man dazu eigentlich gar nicht sagen. Und weil du die Zahlen angesprochen hast: Ja, das ist richtig, dass ich das damals in Verbindung des Gebäudewertes gesagt habe. Der Gebäudewert kann natürlich keine 650.000 haben, der muss wesentlich mehr sein. Aber das wurde uns damals nicht gescheit aufgeschlüsselt. Und außerdem sind diese 650.000, wie es der Lambert Schönleitner angesprochen hat, ja rein eine fiktive Zahl. Weil was ist eingenommen worden? Null, gar nichts! Also das ist eigentlich die Zahl, von der wir reden. Und wenn wir schon bei Zahlen sind, Herr Landeshauptmann, dann ist mit Stand 30.11. des heurigen Jahres die Einwohnerzahl der Stadtgemeinde Eisenerz bei 3.452 Einwohner, und nicht irgendwo unter 3.000. Vielleicht sollte man sich als Landeshauptmann diesbezüglich auch erkundigen. Ja, es sind 3.452, es ist doch ein bisschen mehr. Über die 3.000er-Grenze, da sind wir bei den Ertragsanträgen dann doch wieder ein bisschen höher. Also schauen wir, dass wir zumindest diese Anzahl erhalten können. Und da bringe ich dann danach eh noch was ein. Ja, dass Eisenerz ausgedünnt wurde in der Vergangenheit, das ist Fakt, Herr Landeshauptmann. Und mir ist schon klar, dass nicht alleine die Landesregierung auch verantwortlich dafür ist, dass die Einwohnerzahl von 12.000 Einwohnern jetzt auf 3.500 geschrumpft ist, keine Frage. Aber man hätte in der Vergangenheit durchaus Maßnahmen setzen können, und da haben wir als Oppositionsparteien in der Vergangenheit auch viele eingebracht. Aber es wurde nur keine angenommen. Dass die Schließung des Krankenhauses nicht gerade förderlich war für eine Weiterentwicklung der Stadtgemeinde Eisenerz, das ist ganz klar. Dass das Gesundheitszentrum nicht das ist, was es eigentlich sein sollte, nämlich wirklich mehrere Stücke spielt und jetzt ein Arzt dieses Gesundheitszentrums betreibt, noch dazu hat dieser Allgemeinmediziner seine eigene Praxis, dann ist das auch nicht gerade förderlich für eine flächendeckende Gesundheitsversorgung vor Ort, wenn man sich die demographische Entwicklung da auch anschaut. Und da wurden in der Vergangenheit einfach viele, viele Fehler gemacht. Und es wurde aus unserer Sicht einfach viel zu wenig investiert. Es hätte da von Seiten des Landes natürlich Unterstützungen gebraucht, keine Frage. Es ist wichtig, Herr Landeshauptmannstellvertreter, dass infrastrukturell da jetzt investiert wird. Aus unserer Sicht

natürlich auch viel zu spät. Da hätte man früher ansetzen können. Und es ist, wenn man die Landesregierung oder wenn man sich das immer anschaut, es ist alles immer viel zu spät. Sei es jetzt da allgemein um die Erhöhung der Gehälter im Gesundheitsversorgungsbereich, auch das kommt viel zu spät. Maßnahmen hätten viel früher getroffen werden können. Die Oppositionsparteien haben das auch schon vor Jahren immer wieder auch gepredigt. Wir haben immer darauf aufmerksam gemacht, dass Maßnahmen notwendig sind, um das Gesundheitsversorgungssystem in der Steiermark zu verbessern.

Ich darf einen Entschließungsantrag einbringen, wo es eben darum geht, die Nachnutzung eben einer Pflege- und Gesundheitseinrichtung sicherzustellen. Weil, ich glaube, das haben sich die Eisenerzerinnen und Eisenerzer redlich verdient: Sie brauchen eine flächendeckende Gesundheitsversorgung. Es geht ja nicht nur um die Einwohner in Eisenerz, sondern auch um die Einwohner darüber hinaus. Aber nachdem das Gebäude jetzt da einfach verkauft wurde, hat halt das Land Steiermark einfach keinen Einfluss mehr darauf. Entweder wird das irgendwann juristisch geregelt, dass beispielsweise das Land Steiermark das Gebäude sogar aufgrund einer rechtlichen Situation vielleicht wieder sogar zurückbekommt. Man wird sehen, wie das Ganze ausgeht, dann wäre es vielleicht wieder in der Hand des Landes Steiermark. Wenn nicht, dann sollte sich das Land Steiermark aber um Investoren bemühen, um seriöse Investoren bemühen, die nachhaltig gemeinsam mit dem Land Steiermark Gesundheits- und Pflegekonzepte umsetzen. Das ist ganz, ganz wichtig für die Region. Ich darf diesbezüglich einen Antrag einbringen.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag bekennt sich zur Schaffung einer im Pflege- bzw. Gesundheitsbereich angesiedelten Einrichtung am ehemaligen Krankenhausstandort Eisenerz.
2. Die Landesregierung wird aufgefordert, alle erforderlichen Maßnahmen auf Basis der Kriterien der Sparsamkeit, Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit zu treffen, um eine positive Entwicklung des ehemaligen LKH-Standortes Eisenerz voranzutreiben.

Ich glaube, es ist in dem Bereich schon noch einiges möglich. Die Landesregierung ist aufgefordert, Maßnahmen für die Zukunft zu setzen. Es geht um unsere Steirer in der Region Eisenerz, rund um den Erzberg, eine ganz wichtige, historische Region. Es gibt dort trotzdem noch Einwohner, die wirklich gerne dort auch leben. Und ich glaube, so eine Region ist durchaus auch zukunftssträchtig, wenn man mit verschiedensten Spielern auf den verschiedensten Ebenen zusammenarbeitet, sei es mit Investoren, ist es beispielsweise mit der Industrie, ist es mit Bildungseinrichtungen, ist es mit Gesundheitseinrichtungen oder auch mit

anderen Ministerien. Auch das hätte man ja tun können, dass man Kooperationen im Bereich der SIM CAMPUS GmbH abschließt, beispielsweise mit den Vereinten Nationen oder auch mit Ministerien, beispielsweise auch das Landesverteidigungsministerium. Ich glaube, dann wäre auch das Projekt SIM CAMPUS erfolgreich gewesen, hätte da wahrscheinlich auch schwarze Zahlen schreiben können. Aber leider wurde das verabsäumt und in einer Nacht- und Nebelaktion dieses Gebäude auch veräußert. Vielen herzlichen Dank. *(Beifall bei der FPÖ – 11.21 Uhr)*

Erste Präsidentin Khom: Als Nächstes zu Wort gemeldet ist der Herr Kollege Albert Royer, bitte schön.

LTabg. Royer – FPÖ (11.21 Uhr): Danke Frau Präsidentin, Herr Landeshauptmann, werte Mitglieder der Landesregierung, Hoher Landtag!

Ja, ich als Ennstaler verfolge natürlich diese Debatte um die Krankenhausschließung und die Nachnutzung in Eisenerz, um die Gesundheitsversorgung in der Region mit großem Interesse, gleichzeitig aber auch mit großer Sorge, mit Bangen und auch mit einem gewissen Schauern. Weil letztlich ist es wieder eine weitere Pannen-, Pech- und Pleitenserie. Und diese Pannen-, Pech- und Pleitenserie, die kommt uns ja ziemlich bekannt vor im Ennstal, was die Planungsarbeiten angeht für das neu geplante Zentralkrankenhaus in Stainach. Ich persönlich – ich habe das in der Regionalpresse ja immer so geschrieben, ich stehe auch dazu – meine persönliche Meinung ist, ich glaube, dass dieses neue Krankenhaus in Stainach nie gebaut werden wird, weil es letztlich an der Finanzierung scheitern wird. Weil, nur noch, um es in Erinnerung zu rufen. es war geplant mit 261 Millionen Euro und damals ein Zinsniveau von ungefähr 2 %. Mittlerweile gehen die Schätzungen mit den Begleitprojekten locker von 500 Millionen Euro aus und ein Zinsniveau von 5 %. Wir haben momentan eine Zinspause, aber wahrscheinlich noch keine Zinswende. Das heißt, es kann auch auf 6 % gehen. Dann reden wir bei dieser Summe von 500 Millionen, wahrscheinlich von einem Mehraufwand an jährlichen Zinsen in der Anfangszeit von 20 Millionen Euro. Und ich glaube, an dieser Finanzierung wird es letztlich scheitern und dann wird am Ende des Tages Rottenmann ausgebaut werden und hoffentlich werden dann Schladming und Aussee spezialisiert und in einer Verbundlösung weitergeführt. Aber trotzdem macht man sich natürlich Gedanken. *(Erste Präsidentin Khom: „Herr Kollege, wir sprechen über den SIM CAMPUS. Falls es Ihnen entgangen ist, bitte ich Sie zum Thema zu kommen!“)* Ja, das Thema ist die

Nachnutzung. Wie gesagt, gehen wir einmal fiktiv davon aus, dass dieses Krankenhaus umgebaut wird, was ich nicht glaube und diese Krankenhäuser in Schladming, Bad Aussee und Rottenmann werden ... (*KO LTabg. Riener: „Jetzt sind wir wieder im Ennstal.“ - Erste Präsidentin Khom: „Noch einmal, Herr Kollege Royer: Ich kann den Zusammenhang zwischen Krankenhäusern in einer anderen Region mit der Nachnutzung in Eisenerz nicht erkennen. Also, ich bitte dich, den Bezug herzustellen!“*) Ja, es verwundert mich, also aus meiner Sicht ist der Zusammenhang ganz klar, weil es eben um die Nachnutzung geht. Ein großer Baukörper, das hätten wir dann in Rottenmann auch, dann kommt im großen Baukörper ein kleines Gesundheitszentrum rein, was nicht gar so viel Kubatur und Quadratmeter braucht. Da bleibt das große Fragezeichen, wie man den Rest von dem Gebäude komplett dann nachnutzen möchte. Schladming, selbiges Thema in Aussee, wäre wahrscheinlich die Nachnutzung etwas einfacher. Aber wie gesagt, da sind wir anderer Meinung, Frau Präsidentin. (*Erste Präsidentin Khom: „Herr Kollege, ich bitte dich noch einmal über die Nachnutzung in Eisenerz zu sprechen und nicht über Möglichkeiten von Nachnutzungen in anderen Standorten.“*) Ja, ich werde das Ganze damit abkürzen: Jeder im Raum und jeder im Livestream weiß, was gemeint ist. Wir oben sind in großer Sorge, weil wir die gleiche Thematik aufgeschlagen haben in naher Zukunft.

Ich darf damit den Entschließungsantrag einbringen:

Es wird der Antrag gestellt: Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, angesichts der Erfahrungen rund um die gescheiterte Nachnutzung des ehemaligen Spitals in Eisenerz von sämtlichen Plänen hinsichtlich der Schließung von Krankenhausstandorten in der Steiermark abzugehen. (*Beifall bei der FPÖ – 11.25 Uhr*)

Erste Präsidentin Khom: Als Nächstes zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Armin Forstner. Bitte schön, Herr Kollege.

LTabg. Forstner, MPA – ÖVP (11.26 Uhr): Geschätzte Frau Präsidentin, geschätzter Herr Landeshauptmann, Herr Landeshauptmannstellvertreter, geschätzte Landesregierung, aber vor allem liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren!

Zuerst ein herzliches Danke an den Rechnungshof für diesen ausführlichen Bericht zum SIM CAMPUS Eisenerz. Nach der Schließung des LKH Eisenerz im Jahr 2018 hat das Land intensive Überlegungen zur sinnvollen Nachnutzung des Standortes angestellt. Die Stärkung

der Region, die Vernetzung der Institutionen und die Schaffung von Arbeitsplätzen war natürlich vorrangig das Ziel. Gerade eine Stadt wie Eisenerz, die seit Jahrzehnten vom industriellen Wandel und vom mitteinhergehenden Niedergang der gesamten Region stark betroffen ist, muss um jeden einzelnen Arbeitsplatz und darüber hinaus mit einem massiven Leerstand kämpfen. Die Region ist ohnehin mit vielen Problemen konfrontiert. Abwanderung, wenig Arbeitsplätze, ältere Personen müssen teilweise in Pflegeheime und werden dann von ihren Kindern, die auswärts wohnen, bereits in die Wohnortnähe der Kinder gebracht. Es ist immer gut und wichtig, Ideen für die Region zu haben, die gegen die gesellschaftlichen Trends der Abwanderung gehen. Die Idee, in Eisenerz ein Simulationszentrum zu etablieren, um so auch einen ehemaligen Spitalstandort einer Nachnutzung zuzuführen, ist prinzipiell eine sehr gute. Aber – und das haben wir heute auch schon ein paar Mal erwähnt – die Corona-Pandemie hatte natürlich auch dort ungeahnte Ausmaße angenommen und nicht abschätzbare Konsequenzen für die Region und im Speziellen für dieses Vorhaben. Dennoch muss betont werden, dass die Koalition für die Region arbeitet und nicht wie die Opposition nur gegen etwas ist, ohne selber Ideen zu haben und für diese auch zu stehen. Bei diesen Fragen könnte man das Gefühl bekommen, ein prinzipiell gutes Vorhaben soll eigentlich nur schlecht geredet werden. Das ist eine Art der Politik, die wir eigentlich gemeinsam leben sollten. Unsere Gesellschaft ist mit nie dagewesenen Herausforderungen konfrontiert: Pandemie, Ukraine-Krieg, Nahostkonflikt, Völkerwanderung etc. Es liegt an uns, dass wir für den Zusammenhalt und für ein gutes Miteinander sorgen. Durch das Schlechtrennen der Politik wird uns nur das Gegenteil gelingen. Eine gut aufgebaute Verwaltung, die sich nach bestem Wissen und Gewissen bemüht, alle rechtlichen Vorgaben einzuhalten, kann doch nicht dafür verantwortlich gemacht werden, dass ein potenzieller Käufer nicht zahlt. Es ist nicht immer leicht, mit allen rechtlichen Vorschriften konform zu gehen. Gerade wir als regionale Abgeordnete wissen nur zu gut, was es heißt, wenn wieder einmal eine EU-Bundes- oder Landesvorschrift zu verteidigen ist. Also versuchen wir gemeinsam eine Lösung für Eisenerz, für den SIM CAMPUS, aber vor allem für die Bevölkerung in der gesamten Region zu finden. Abschließend möchte ich allen gratulieren, die es schon immer besser gewusst haben – besser wissen ist gut, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, vorher sagen und sich aktiv einbringen, bevor Maßnahmen gesetzt werden, das wäre konstruktiv. Und abschließend: Unser Land braucht Menschen, die an sich glauben und nicht solche, die alle schlechttreden und selbst keine Ideen haben. In diesem Sinne danke ich für die Aufmerksamkeit und hoffe,

dass wir gemeinsam für Eisenerz in Zukunft einiges bewegen können. Danke schön. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 11.29 Uhr)*

Erste Präsidentin Khom: Als Nächstes noch einmal zu Wort gemeldet, Kollege Lambert Schönleitner. Bitte schön, Herr Abgeordneter. Ich verweise auf die Redezeit von zehn Minuten, bitte schön.

LTabg. Schönleitner – Grüne (10.30 Uhr): Die werde ich nicht brauchen, Frau Präsidentin. Frau Präsidentin, werte Mitglieder der Landesregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen! Armin, danke für deinen Vortrag, den du uns gehalten hast hier heraußen. Aber es war ein bisschen neben dem Thema. Und Frau Präsidentin, ich erlaube mir etwas – ich würde die Präsidentinnen nie korrigieren –, aber ich bin schon ein bisschen verwundert: Wenn der Kollege Forstner vom Ukraine-Krieg redet, ist es egal. *(Beifall bei den Grünen, der KPÖ und der FPÖ)* Wenn der Landeshauptmann eine breite Gesundheitsdebatte aufmacht, dann wird nicht zwischengerufen. *(KO LTabg. Riener: „Er hat vom Spitalsbudget gesprochen!“)* Und ich würde mir – ich schätze dich als Präsidentin sehr, aber ich würde mir wünschen von einer Präsidentin, dass sie auf der Seite der Abgeordneten steht, wenn beraten wird, wenn es einen Rechnungshofbericht gibt. Und noch dazu in der Dringlichen Anfrage und im Bericht Begriffe vorkommen, die durchaus eine breite Gesundheitsdebatte möglich machen. Weil das war ja nicht komplett fern der Sache, sondern das waren Dinge, die der Landeshauptmann angesprochen hat. Und ich glaube, es ist gut, regional, gesamt über die Dinge zu diskutieren, die wir zum Thema gemacht haben. *(Beifall bei den Grünen, der KPÖ und der FPÖ)* Und das muss unterstützt werden. Das soll auch in Zukunft möglich sein. Ja, ich glaube, es war eine gute Debatte. Wichtig wäre noch vielleicht, einen leichten Einblick zu bekommen, wohin es jetzt in Eisenerz geht, das wäre mir noch wichtig, vielleicht auch vom zuständigen neuen Gesundheitslandesrat. Weil, Herr Landeshauptmann, du hast ja eingangs gesagt in Richtung des Gesundheitsministers auf Bundesebene, und aus den Medien habe ich es auch vernommen: „Er braucht uns ja nichts über Reformen sagen, was wir in der Steiermark schon alles an Reformen gemacht haben.“ Da muss ich ehrlich sagen: So vollmundig würde ich nicht argumentieren, wenn ich erst vor wenigen Wochen meine Gesundheitslandesrätin hier ausgetauscht habe und das eigentlich ein Beleg dafür war, dass es in letzter Zeit nicht ganz gut gelaufen ist, wollte ich nur sagen. Also das muss man schon an der Stelle auch noch einmal festhalten. *(Landeshauptmann Mag. Drexler: „Jetzt wird es langsam unfassbar bei*

euch.“ – LTAvg. Eisel-Eiselsberg: „Deine Interpretation.“) Und zur SIM CAMPUS-Geschichte noch: Es hat heute Antworten gegeben, das erkenne ich auch an, in Bezug auf diese strafrechtlichen Relevanzen, die in einer steirischen Tageszeitung gestanden sind. Es hat ja niemand behauptet, das wäre so, aber von dort her sind die Begriffe gekommen, weil das Verfahren in Leoben unterbrochen wurde, weil eben Unklarheiten aufgetaucht sind. Und darum glaube ich, ist es auch richtig, diesbezügliche Fragen zu stellen, weil eines ist schon auch wichtig: Es ist immer gut, wenn man einen besseren Preis bekommt, als den, den man eigentlich will. Das wird ja keiner irgendwie kritisieren oder hinterfragen. Aber jeder weiß natürlich auch, wenn es um Geschäfte geht, dann haben beide Verantwortungen, der Verkäufer und der Käufer. Und die Frage ist schon, es gibt da eine Grenze, wo ein Verkäufer einen Käufer unter Umständen nicht ganz das sagt, was eigentlich Sache ist, was den Wert eines Objektes, einer Liegenschaft anlangt. Und da wird es natürlich relevant, in rechtlicher Natur: Wie weit ist das gegangen? War das im Bereich des normalen, geschäftlich üblichen, oder war das unter Umständen so, dass ich ein glänzendes Auto verkauft habe, außen wunderbar poliert, man hat zwar ein paar Kratzer gesehen, und wenn ich die Kühlerhaube aufmache, war kein Motor drinnen. Das sind die Dinge, die muss man, glaube ich, schon auch sehen, und darum glaube ich, muss man das ernst nehmen. Aber, was ich positiv mitnehme: Der Landeshauptmann hat uns ja zugesagt, er wird alle Empfehlungen des Rechnungshofes umsetzen, und zusätzlich – was ich sehr positiv gefunden habe – wird er auch die interne Revision beauftragen, um zu schauen, ob dem auch so ist und das gemacht wird. Das ist positiv, das haben wir in dieser Form nie, das ist gut, und daran sieht man auch, wie wichtig diese Dringliche Anfrage heute war und dass dieses Thema hier im Haus war, weil somit haben wir wieder eine gewisse Kontrollqualität auch sichergestellt.

Ich darf hinsichtlich des Entschließungsantrags der FPÖ mit der Einlagezahl 3557/3 eine getrennte Abstimmung der Punkte beantragen. Danke für die Aufmerksamkeit. (*Beifall bei den Grünen – 11.34 Uhr*)

Erste Präsidentin Khom: Geschätzter Herr Abgeordneter, ich bin immer auf der Seite aller Abgeordneten in diesem Hause. Und ich lasse auch durchaus zu, wenn man von dort und da Themen heranzuführt, um zu einer Argumentation zu kommen. Aber wenn nach vierminütiger Redezeit nur von anderen Standorten gesprochen wird und nicht von dem, worum es in dieser Dringlichen Anfrage geht, dann erlaube ich mir, darauf hinzuweisen. Das möchte ich bitte

auch von dir zur Kenntnis genommen haben. Vielen Dank. Nächster Redner, Kollege Robert Reif. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

LTabg. Reif – NEOS (11.34 Uhr): Geschätzte Frau Präsidentin, Herr Landeshauptmann, Landeshauptmannsstellvertreter, verehrte Regierungspolitiker, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuseherinnen und Zuseher!

„Wir müssen heute die richtigen Schritte setzen, um auf die Katastrophen von morgen vorbereitet zu sein.“ Diese Worte hat der ehemalige Landeshauptmannsstellvertreter Michael Schickhofer bei der Eröffnung des SIM CAMPUS verwendet. Und ich muss sagen, danke an den Rechnungshof für den Bericht, weil da wissen wir, dass nicht die richtigen Schritte gesetzt worden sind damals. Und ich glaube, es ist auch falsch, wenn man als Landesregierung hergeht und sagt, das sei auf gut Deutsch eine Verkettung unglücklicher Umstände. Ich glaube es ist schon auch die Pflicht der Landesregierung, hier wirklich darauf zu schauen und hier wirklich Konsequenzen daraus zu ziehen, dass da etwas passiert ist, was nicht passieren darf. Es ist halt schon mehrfach von meinen Vorrednern im Detail erklärt worden, wie die Verkaufsprozesse – oder auch Nichtverkaufsprozesse – vonstattengegangen sind und welche Probleme beim SIM CAMPUS aufgetreten sind. Für mich gibt es aber schon auch drei Punkte, die relevant sind bei diesem gesamten Thema. Und es ist einerseits, hat es damals – es ist heute schon kurz aufgegriffen worden – auch scheinbar eine gute Mediengeschichte gebraucht, um auch in dieser Region punkten zu können. Eine Mediengeschichte, die, wie wir jetzt wissen, nach hinten losgegangen ist. Ich glaube es ist wichtig, wenn man einen solchen Simulationscampus aufzieht, mit den Beteiligten spricht, mit Einsatzorganisationen spricht und einmal schaut: Brauche ich so etwas überhaupt? Wie ziehe ich so etwas auf? Welcher Standort ist ideal? Gibt es Partner, gibt es Kooperationspartner und so weiter? Das fehlt. Das Zweite: Sind Beratungsunternehmen eingeschaltet worden, um zu überprüfen, um eine Kosten-Nutzen-Rechnung für den SIM CAMPUS oder eine volkswirtschaftliche Nutzen-Rechnung durchzuführen? Und das ist etwas, wie ich auch glaube, dass wirklich viel fehlinterpretiert wurde und wo auch wirklich de facto nichts gemacht worden ist. Es ist zum Beispiel ein Gutachten für 20.000 Euro in Auftrag gegeben worden, das extrem verspätet zurückgekommen ist und wo im Endeffekt rausgekommen ist, dass es keinen Mehrwert hat. Und das Dritte ist schon auch die fragwürdige Geschichte, die damals war mit dem Geschäftsführer, der auch ohne Ausschreibung für diesen SIM CAMPUS eingesetzt worden ist. Und ich glaube, das sind

schon drei Punkte, die man hier thematisieren sollte, die auch teilweise schon thematisiert worden sind und da sehe ich schon die Landesregierung in der Verantwortung, hier auch Rede und Antwort zu stehen. Positiv – und das hat auch der Herr Kollege Schönleitner schon gesagt – ist zu vernehmen gewesen von Ihnen, Herr Landeshauptmann, dass die interne Revision jetzt eingesetzt wird und dass es Aufarbeitungen geben sollte. Aber es ist trotzdem ein bitterer Nachgeschmack, der von einem unüberlegten Wahlzuckerl übrigbleibt und es halt auch zu bedenken gilt, dass diese 2,5 Millionen in der Region Eisenerz vermutlich in anderen Projekten definitiv besser investiert gewesen wären und definitiv nachhaltiger gewesen wären, damit auch die Bevölkerung heute noch etwas davon hätte, als jetzt einen Scherbenhaufen, mit dem wir uns da herinnen beschäftigen. Und um das Ganze abzuschließen, möchte ich noch auf einen Punkt eingehen und bringe dann auch unseren Entschließungsantrag dazu ein und das ist, dass wir in Zukunft die richtigen Schritte setzen und sollten nicht die richtigen Schritte gesetzt werden, dass auch Verantwortung übernommen wird. Bei Gemeinden sind der Gemeinderat und die Gemeinderäte verantwortlich, wenn falsche Schritte gesetzt werden, aber in der Landespolitik und Bundespolitik ist das leider nach wie vor nicht der Fall. Deshalb glaube ich, sollte es auch ein wichtiges Zeichen sein, unseren Wählerinnen und Wählern gegenüber, dass wir bei uns selbst auch ansetzen, wenn falsche Schritte gesetzt werden, dass dann auch Konsequenzen gezogen werden.

Ich bringe daher auch den Antrag ein:

Es wird der Antrag gestellt: Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, sich gegenüber der Bundesregierung für eine Gesetzesreform einzusetzen, mit dem Ziel, dem Landesrechnungshof entsprechende Kompetenzen zu verleihen und für das Land Steiermark Regressansprüche und Organhaftungsansprüche bei Rechtsverletzungen von obersten Organen gemäß Art. 19 B-VG effektiv geltend zu machen.

Ich bitte um Annahme dieses Antrages und ich hoffe, dass durch die interne Revision, wie Sie ja gesagt haben, Herr Landeshauptmann, hier wirklich noch Licht ins Dunkeln kommt und dass diese Geschichte mit dem SIM CAMPUS noch irgendwie plausibel draußen erklärbar wird. Herzlichen Dank. *(Beifall bei den NEOS – 11.39 Uhr)*

Erste Präsidentin Khom: Als Nächstes zu Wort gemeldet ist Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler. Bitte schön, Frau Klubobfrau.

KO LTAbg. **Klimt-Weithaler** – **KPÖ** (11.40 Uhr): Geschätzte Frau Präsidentin, werte Mitglieder der Landesregierung, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, werte Zuhörende hier und via Livestream!

Inhaltlich hat mein Kollege Dr. Murgg eigentlich alles gesagt zu dem Thema. Was mich jetzt aber noch einmal dazu verleitet hat herauszugehen, war dein Redebeitrag, lieber Herr Kollege Aschenbrenner. Und vor allem ... Entschuldigung, Herr Forstner – Entschuldigung Herr Kollege Forstner (*LTA*bg. Forstner, MPA: „Die gleiche Frisur haben wir schon!“) Ja, ein bisschen ähnlich schaut ihr euch schon. Entschuldige, Kollege Forstner. (*Landeshauptmann Mag. Drexler*: „Das ist jetzt die Frage, für wen das ein Kompliment ist.“) Das sind beide sehr charmante Herren. Also, was ich aber inhaltlich gar nicht charmant finde, ist – und man hat manchmal wirklich den Eindruck, wenn man hier als Abgeordnete sitzt, egal welches Thema, egal welcher Vorschlag, es gibt so einen Zettel, den nehmen sich dann die Abgeordneten von ÖVP und SPÖ und den tun sie dann jeweils nur nach dem Thema richten, aber inhaltlich sagt ihr uns dann immer das Gleiche. Kurz zusammengefasst: Die Landesregierung macht alles richtig, alles was dabei herauskommt, ist voll super und die Opposition hat keine Ideen. Jetzt werde ich dir einmal was sagen, lieber Herr Kollege Forstner: Alle Ideen, die hier genannt werden, interessieren euch offensichtlich nicht. (*Beifall bei der KPÖ, den Grünen und der FPÖ*) Gerade vorhin hat mein Kollege Dr. Murgg erzählt, was in Eisenerz auch diskutiert wurde, Kollegin Skender – ehemalige Bürgermeisterin, jetzt Stadträtin – hat dieses Thema Reha-Zentrum auf und ab diskutiert, auch mit den Kollegen und Kolleginnen im Gemeinderat diskutiert, und wenn das keine Idee ist, dann weiß ich nicht, was du uns da vorwirfst. Es gibt auch andere Ideen zum Gesundheitsplan ... wie heißt er jetzt? RSG, (*KO LTA*bg. Riener: „Regionaler Strukturplan Gesundheit.“) Regionaler Strukturplan Gesundheit, danke Frau Kollegin Riener. Die Opposition hat immer wieder was eingebracht, dass man vielleicht nicht immer der gleichen Meinung ist, liegt ja wohl im Sinn der Sache, ja, dass wir hier unterschiedliche Parteien sind, die von unterschiedlichen Menschen gewählt werden, aber wir haben hier alle das Mandat zu diskutieren und Ideen einzubringen. Und dann lass ich mir nicht ständig vorwerfen, wir hätten keine Ideen. Weißt du, was mit unseren Ideen passiert? Die verschwinden dann in irgendwelchen Unterausschüssen, wir haben tonnenweise Ideen der Opposition in Unterausschüssen, die nicht besprochen werden. Unterausschüsse finden in diesem Haus nur dann statt, wenn die ÖVP-Abgeordneten und die SPÖ-Abgeordneten irgendetwas ihrer Landesregierung zuarbeiten möchten, dann haben wir sehr schnell einen Unterausschuss, dann kriegen wir oft um 23.00 Uhr eine Einladung für einen Unterausschuss

am nächsten Tag, oder noch ein neues Stück für den Unterausschuss am nächsten Tag. Und das möchte ich hier so nicht stehen lassen. *(Beifall bei den Grünen, der KPÖ und der FPÖ)* Du kannst gern sagen, dass du die Ideen nicht gut findest, die die Opposition einbringen, das gilt übrigens für alle, aber nicht sagen, es gäbe keine. Denn das würde ja auch voraussetzen, dass wir nichts arbeiten. Und eines muss ich schon sagen, von der Anzahl der Anträge und Initiativen sind die Oppositionsparteien weit voran gegenüber denjenigen Parteien, die hier auch die Regierungsfractionen vertreten, was Initiativen anbelangt. Und abschließend möchte ich nur sagen, auch ich bedanke mich beim Herrn Direktor für den Landesrechnungshofbericht. Wir werden hier noch einiges zu debattieren haben und ich würde allen Abgeordneten nahelegen, auch der Frau Klubobfrau und dem Herrn Klubobmann von SPÖ und ÖVP: Halten Sie es doch so, wie der Herr Landeshauptmann gemeint hat, nämlich einen Bericht ernst zu nehmen und zu versuchen, die Maßnahme dann auch umzusetzen, egal ob es mir gerade in den Kram passt oder nicht. Aber nicht immer nur hergehen und sagen: „Die Opposition redet immer alles schlecht“, so werden wir nicht weiterkommen. Vielen Dank. *(Beifall bei der KPÖ, den Grünen und der FPÖ – 11.44 Uhr)*

Erste Präsidentin Khom: Als Nächstes zu Wort gemeldet, Klubobfrau Barbara Riener. Bitte schön, Frau Klubobfrau.

LTAbg. Riener - ÖVP (11:44 Uhr): Danke, sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Landeshauptmann, Herr Landeshauptmannstellvertreter, werte Mitglieder der Landesregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer!

Ja, wir haben heute eine Dringliche zum Thema SIMCAMPUS eines Landesrechnungshofberichtes. Ich bedanke mich auch für diesen Bericht, Herr Direktor. Diesen Bericht haben wir am nächsten Dienstag auf unserer regulären Ausschusstagesordnung und wir werden den voraussichtlich des Beschlusses am Dienstag im Ausschuss auch am 12. Dezember im Landtag debattieren. Ich möchte auf ein paar Dinge jedoch auch eingehen, weil in der Dringlichen, die sehr gut von unserem Herrn Landeshauptmann auch beantwortet wurde, vieles angesprochen wurde. In der Chronologie wurde auch anerkannt bereits vom Lambert Schönleitner und anderen, um nachvollziehbar zu machen, was, wann, wie geschehen ist. Was entlarvend ist durch einige Wortmeldungen ist jedoch, dass eigentlich, warum jetzt die Dringliche wieder einmal das Thema Spitalschließung war. Und ich darf Ihnen sagen, wenn so immer wieder in den Mund

genommen wird und zu Recht auch der Landesrechnungshof auf Wirtschaftlichkeit, Sparsamkeit und Zweckmäßigkeit hinweist, dann darf ich darauf hinweisen, dass wir zu dem Zeitpunkt in Eisenerz, wo es zu einer Schließung kam, 15 Patienten pro Tag hatten. Das heißt, wenn ich den Maßstab für alle Krankenhäuser hernehmen würde, würden wir das nicht mehr wirtschaftlich, sparsam und zweckmäßig nennen. Zumal wir ja das Riesenproblem haben und verzeihe mir, Frau Präsidentin, dass ich das anbringen muss, ich muss es wiederholen, was Herr Landeshauptmann gesagt hat: Wir sind auch verpflichtet die beste Gesundheitsqualität und das ist, und das hat uns die Patientenombudsfrau immer wieder gesagt, auch mit einer entsprechenden Fallzahl verbunden. Das heißt, wenn ich nicht genug Patienten und Patientinnen habe, die ich im Spital betreue, geht das Know-how verloren und das sagen die Ärztinnen und Ärzte auch. Das ist einfach Tatsache. Deswegen war es richtig diese Schließung durchzuführen. Dass man dann um eine Nachnutzung schaut, hat sogar und auch der – ich habe jetzt das liegen lassen, Entschuldigung – hat auch der Landesrechnungshof in seinem Bericht festgestellt. Der Landesrechnungshof, ich zitiere: „Der Landesrechnungshof stellt fest, dass zwar laut der Fachabteilung Katastrophenschutz kein gesetzlicher Auftrag für die Errichtung und den Betrieb eines Simulationskrankenhauses besteht, die einschlägige Rechtsordnung sieht jedoch in einzelnen Bestimmungen, Simulationen und Evakuierungsübungen vor. Die Errichtung und der Betrieb der SIMCAMPUS GmbH mit dem Simulationskrankenhaus waren für die Erfüllung der gesetzlichen Bestimmungen zweckdienlich.“ Soweit dazu. Ich möchte nun auch dazu kommen, was du lieber Kollege Lambert Schönleiter gesagt hast im Sinne von Verkauf, der Käufer und die Verkäuferin, die müssen ja voneinander wissen. Ich darf nur hinweisen, wenn ich das richtig durchgelesen habe, hat sowohl der Verkäufer als auch die Käuferin oder der Käufer ein Gutachten erstellt und es obliegt doch jedem selber dann einzuschätzen, was bietet er an Verkaufssumme an. Und für das Land Steiermark war es entweder, wir bekommen ein Geld zu diesem Zeitpunkt ersichtlich, entweder wir bekommen ein Geld, wir verkaufen oder wir zahlen in Liquidationsmaßnahmen etliche Beträge noch mit ein. Also das war jetzt die Frage der Abwägung. Und wenn die Grünen jetzt der Meinung sind: „Na lieber zahlen wir es und gehen wir in Liquidation“, okay, das ist ihre oder eure Meinung. Auch eine Meinung, aber das war nicht die Haltung der Landesregierung und deswegen glaube ich auch, dass die Zuseherinnen und Zuseher richtig sehen, wenn ich versuche ein Geld zu bekommen, dann werde ich das auch durchführen. Frau Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler, wenn du so pauschal in den Raum stellst, eigentlich die Reden der Abgeordneten der ÖVP und der SPÖ sind so quasi

austauschbar oder es wird eh immer das Gleiche gesagt, denke ich mir jetzt, habe ich da jetzt eine Projektion gehört, weil irgendwie komme ich mir manchmal auf dieser Seite auch so vor. Aber ich darf vielleicht für alle zur Kenntnis bringen, wir haben fixe Ausschusstage vereinbart und ob dann und welcher Ausschuss dann stattfindet, wird im Endeffekt aufgrund gewisser Dringlichkeiten auch dargelegt. Aber jeder Klub, kriegt vorab – es geht um die Einladung – jeder Klub kriegt vorab die Informationen, bitte. (KO LTAvg. Swatek, MSc: „Aber was ist mit dem Unterausschuss?“) Also das heißt, die Informationen sind für die Unterausschüsse, sind vorab die Informationen da, Unterausschusstage sind vorab fixiert, weil ich mich jetzt versprochen habe, Unterausschusstage sind vorab fixiert. (KO LTAvg. Swatek, MSc: „Ihr ladet ein, aber sie tagen nicht.“ – LTAvg. Schönleitner: „Können wir jetzt zum Thema zurückkommen.“) Darf ich jetzt bitte das gleiche Recht in Anspruch nehmen wie Frau Klubobfrau Klimt-Weithaler, danke sehr. Also ich denke mir, ich darf jetzt vielleicht antworten. (KO LTAvg. Klimt-Weithaler: „Gerne, sie tagen nicht.“) Gewisse Unterausschüsse tagen nicht, das wäre vielleicht präziser gewesen. Danke dafür, weil wenn ich meine anschau, habe ich durchaus einiges beim Pflegeunterausschuss, habe ich klar gesagt auch schon zu Sandra Krautwaschl, dass wir eben hoffen, dass wir die mit dem Pflege- und Betreuungsgesetz alle dann auch debattieren können. (Erste Präsidentin Khom: „Können wir bitte tatsächlich wieder zur Dringlichen zurückkommen.“) Aber ich darf jetzt auch noch zu einem Vorschlag kommen, der gemacht wurde, eine Nachnutzung Eisenerz mit Reha-Zentrum, darf ich vielleicht auch darauf hinweisen, Reha-Zentrum bestimmt nicht das Land Steiermark, sondern bestimmt der Bund. Das heißt, es sind manchmal auch die Vorschläge, man kann unterschiedlicher Sichtweise sein, aber wir sind auch verantwortlich dann in der Umsetzung, ob es überhaupt möglich ist, es umzusetzen, rechtlich möglich ist und das Zweite ist, auch sinnvoll ist, umzusetzen. Ich habe das dem Kollegen Triller schon einmal gesagt, mit dem: „Wir haben so und so viele Anträge gestellt.“ Stimmt, erkenne ich an, viel Arbeit dahinter, aber wir müssen das Gesamtsystem Gesundheit betrachten, wir müssen das Gesamtsystem Pflege betrachten und einzelne Maßnahmen diesbezüglich müssen dann in das Gesamtsystem passen. Das ist unsere Sicht der Dinge, unsere Verantwortung im Handeln und bis jetzt, glaube ich, sind wir nicht wirklich schlecht mit unserem Handeln gewesen, sondern wir haben gut die Steiermark durch die Pandemie geführt, auch bei der Teuerung gut die Steiermark durchgeführt und insofern freue ich mich auf die Debatte, (KO LTAvg. Klimt-Weithaler: „Alles super!“) freue ich mich auf die Debatte zum SIMCAMPUS im Ausschuss

und freue ich mich auf die Debatte im Landtag am 12. Dezember zu diesem Thema. Danke sehr. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 11.53 Uhr)*

Erste Präsidentin Khom: Abschließend zu Wort gemeldet Landeshauptmann Mag. Christopher Drexler. Bitte schön, Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Mag. Drexler - ÖVP (11.53 Uhr): Geschätzte Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen aus der Landesregierung, meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete, werte Zuseherinnen und Zuseher!

Bedanke mich für die Debatte. Das ist ja eigentlich mein Glück, ich kenne die Position da unten sehr gut. Ich glaube Lambert, ich werde wahrscheinlich in der ewigen Bestenliste der Einbringerinnen und Einbringer von Dringlichen Anfragen noch immer unter den Top 10 sein, schätze ich, und habe daher viel Verständnis für alles, was bei solchen notwendigen Debatten stattfindet. Auch für das eine oder andere rhetorische Instrument und dergleichen mehr möchte ich aber insgesamt festhalten, dass ich glaube, es war eine recht konstruktive Debatte. Weil, es wird ja niemand hier im Raum sagen: „Super ist das gelaufen“, sondern es geht darum, die Lehren für die Zukunft zu ziehen, aus einem konkreten Projekt Lehren für die Zukunft zu ziehen. Und da, verehrter Herr Abgeordneter Schönleitner, vielleicht folgender Hinweis, deswegen habe ich gesagt, ich habe eh für alles Rhetorisches Verständnis, aber, wenn man jetzt kritisiert, wenn ich den Landesrechnungshof würdige, man würde es aber wahrscheinlich auch kritisieren, wenn ich den Landesrechnungshof kritisiere. Also ich muss jetzt offensichtlich in eine Haltung zum Landesrechnungshof eintreten, damit es den Grünen passt, die ich nur, ich weiß nicht, als friedliche Koexistenz oder sonst irgendetwas wahrscheinlich bezeichnen könnte. Also das ist halt dann langsam schwierig, weil du bei der zweiten Wortmeldung nämlich plötzlich eingefordert hast, wir sollen den Landesrechnungshof und seine Argumente würdigen. Bei der ersten Wortmeldung hast du gesagt: „Gottes Willen, wenn die Regierung den Landesrechnungshof lobt, dann ist es noch gefährlicher als umgekehrt.“ Anyway, die von dir eingeforderte Würdigung des Landesrechnungshofs war ja meiner Antwort zu entnehmen, weil wenn ich gesagt habe, dass wir den Empfehlungen des Landesrechnungshofs aus diesem Bericht jedenfalls folgen wollen und wenn wir sogar die interne Revision damit beauftragen, die Implementierung dieser Empfehlungen dann zu überwachen, dann kann ich sagen, das ist das höchste Maß an Würdigung und Respekt vor dem Landesrechnungshof das wir zum Ausdruck bringen

können. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)* Zum Zweiten wollte ich sagen, ich glaube auch, dass wir uns sehr gut Gedanken machen müssen über Nachnutzung, wenn tatsächlich irgendwo ein Standort geschlossen wird. Ich bitte aber auch, dass wir die positiven Beispiele nennen. Mariazell, in Mariazell ist das Gesundheitszentrum genau im ehemaligen Krankenhaus. In Mariazell herrscht große Zufriedenheit mit dem Gesundheitszentrum, dort funktioniert das, was der Bundesgesetzgeber leider furchtbar technokratisch eine Primärversorgungseinheit nennt. Ich würde mir wirklich einmal einen Bauchaufschwung in der österreichischen Logistik wünschen, dass man nicht immer das möglichst technokratischste Wort findet, um wohlwollende und gute Beispiele ... *(KO LTAbg. Krautwaschl: „Das ist ein Fachbegriff.“)* Fachbegriff. *(LTAbg. Schönleitner: „Sagen wir Gesundheitszentrum. Wichtig ist was drinnen ist.“)* Sage ich ja. Lambert, wir haben ja immer Gesundheitszentrum gesagt und der Hinweis der Frau Klubobfrau ist eben leider, genau deswegen schauen die Gesetze dann ja so aus, weil man glaubt, man muss alles mit irgendwelchen mühsam konstruierten Fachbegriffen erklären. Zumindest, wenn es darum geht, den Bürgerinnen und Bürgern, den Patientinnen und Patienten einen ganz neuen Weg in der ersten Versorgungsstufe zu präsentieren, dann muss ich nicht einen Namen finden, der die Leute schon mit Namen vertreibt. Das ist einfach der Punkt. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)* Aber also, Gesundheitszentrum in Mariazell funktioniert wirklich sehr, sehr gut. Das heißt, dort haben wir diesen Übergang und auch eine Nachnutzung gefunden, die gut funktioniert hat. Ich hoffe, dass auch das Gesundheitszentrum in Eisenerz künftig gut funktioniert. Es ist jetzt auch gelungen, in Admont doch eine Konstruktion zu finden, die in die Zukunft weist. Schauen wir nach Vorau, auch dort ein Nachnutzungsthema. Dort ist das Gesundheitszentrum in einem Gemeindeamt, das nach der Gemeindestrukturreform nach zu nutzen war. Funktioniert auch exzellent. Das heißt, wir müssen schon auch die Geschichten erzählen, wo Dinge gut funktionieren, weil es auch darum geht, Beiträge zum Vertrauen in unsere Versorgungssysteme zu leisten und nicht nur Beiträge zum Misstrauen zu setzen. Das, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist mir außerordentlich wichtig. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)* Und wie gesagt, wir werden all diese Anregungen und Empfehlungen berücksichtigen. Und natürlich will ich nach größter Möglichkeit nicht mehr einen solchen Verkaufsprozess erleben. Das ist ja wohl überhaupt gar keine Frage. Und dass wir uns das sehr, sehr genau anschauen werden, was Prozesse und Abläufe betrifft, darauf können Sie sich verlassen. Weil, mein Ansinnen und meine Verantwortung als Landeshauptmann ist es natürlich, Prozesse und Abläufe im Amt, in den Bezirksverwaltungsbehörden, in der gesamten steirischen Verwaltung so zu gestalten, dass

der Landesrechnungshof und der Rechnungshof möglichst wenig zu tun haben. Das, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist natürlich mein Ziel und genau deswegen bin ich auch über solche Debatten, über solche Rechnungshofberichte, über solche Landesrechnungshofberichte im Grunde glücklich, weil Fehler passieren immer und überall, das gehört ganz normal dazu, aber aus ihnen lernen, Abläufe und Prozesse optimieren und stets das Ziel vor Augen haben, noch besser zu werden. Herzlichen Dank. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 12.00 Uhr)*

Zweite Präsidentin Kolar: Vielen Dank, geschätzter Herr Landeshauptmann. Es liegen mir jetzt keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Ich komme nun zur Abstimmung.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der FPÖ, Einl.Zahl 3557/2, betreffend Skandal rund um ehemaliges Spital in Eisenerz erfordert Konsequenzen – Landesregierung muss von weiteren Krankenhausschließungsplänen abrücken! ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Gegenprobe.

Dieser Antrag hat mit den Stimmen der Freiheitlichen Partei, der Grünen und der KPÖ nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Seitens des Landtagsklub der Grünen wurde eine getrennte Abstimmung zum Entschließungsantrag der Freiheitlichen Partei mit der Einl.Zahl 3557/3, betreffend Sicherstellung der Nachnutzung des ehemaligen Krankenhausstandortes Eisenerz als Einrichtung im Pflege- bzw. Gesundheitsbereich gestellt.

Ich ersuche die Damen und Herren, die den Punkt 1 des Entschließungsantrages ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag hat mit den Stimmen der Freiheitlichen Partei und der KPÖ nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Ich ersuche die Damen und Herren, die den Punkt 2 des Entschließungsantrags ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag hat mit den Stimmen der Freiheitlichen Partei, der Grünen, der KPÖ und der NEOS nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der NEOS, Einl.Zahl 3557/4, betreffend Haftung für die Mitglieder der Landesregierung umsetzen! ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag hat mit den Stimmen der NEOS nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Schließlich rufe ich die Dringliche Anfrage von Abgeordneten der Grünen, Einl.Zahl 3558/1, an Frau Landesrätin Mag. Ursula Lackner betreffend „A9: Verkehrslösungen mit Weitsicht statt altes Denken!“ auf.

Ich erteile Frau KO LTAbg. Sandra Krautwaschl das Wort zur Begründung dieser Dringlichen Anfrage und verweise darauf, dass für die Begründung eine Redezeitbegrenzung von 20 Minuten gilt. Bitte, geschätzte Frau Klubobfrau.

KO LTAbg. Krautwaschl – Grüne (12:03 Uhr): Danke, Frau Präsidentin! Werte Frau Landesrätin, liebe Regierungsmitglieder, Kolleginnen und Zuhörende hier und im Livestream!

Nach dieser sehr ausführlichen Debatte über Missstände in der Vergangenheit wird es jetzt um die Zukunft gehen und vor allem darum, dass wir mit Entscheidungen, die jetzt anstehen, mit Forderungen, die wir jetzt stellen, nicht gleich wieder die gleichen Fehler machen, die wir in der Vergangenheit gemacht haben und die wir in Zukunft bitter bereuen werden, die aber vor allem unsere Kinder und weitere Generationen ausbaden müssen. Insofern richten wir heute unsere Dringliche Anfrage an die für Umwelt, Naturschutz, Klimaschutz, Artenschutz, Bodenschutz zuständige Landesrätin Ursula Lackner, weil es für uns völlig unverständlich ist, dass Sie sich aufgrund all dieser Ressortzuständigkeiten und letztlich, weil Sie ja für den Erhalt unserer Lebensgrundlagen in der Zukunft zuständig ist, noch kein einziges Mal öffentlich zu Wort gemeldet hat, oder – du wirst mich korrigieren, wenn ich etwas überhört habe – wie Sie eigentlich dazu steht, dass in der nun doch mittlerweile vorliegenden Studie des Landes Steiermark, es ist offensichtlich so, die Lebensgrundlagen unserer Zukunft sind nicht so interessant wie der SIMCAMPUS. Ich finde sie aber doch sehr, sehr relevant. (LTAbg. Mag. Hermann, MBL: „Das ist eine Autobahn, da geht die Welt nicht unter.“) Ich finde sie sehr relevant und ihr werdet euch dann auch alle zu Wort melden und deswegen würde ich auch gern, ein bisschen Aufmerksamkeit für dieses Thema haben. Da geht es nämlich wirklich um unsere Zukunft. Es hat also kein Wort bis jetzt von dir dazu gegeben, liebe Ursula Lackner. Mir kommt es ein bisschen vor wie ein Todstellreflex. Ein

Todstellreflex im Hinblick auf ein Projekt, das in unserer Sicht der Dinge einer Verkehrspolitik aus den 1970er Jahren gleicht. (*Beifall bei den Grünen*) Dazu fehlen von deiner Seite bis jetzt sämtliche Hinweise darauf, was man in dieser Studie einfach schlichtweg ignoriert hat. Und ich kann es eigentlich gar nicht glauben, dass dir das wirklich so egal ist. Berührt dich das nicht im Geringsten, dass der Landeshauptmann und der Landeshauptmannstellvertreter offenbar oder möglicherweise, du wirst es uns dann beantworten, ohne in irgendeiner Weise das mit dir abzustimmen, eine Studie in Auftrag geben, die hoch relevante Infrastrukturprojekte fordert letztlich oder untersucht, die all deine Bereiche berühren. Ist dir das wirklich bisher völlig egal gewesen? Ich verstehe es einfach nicht. Und zum Glück gibt es in diesem Land aber Wissenschaftler, die sehr klar benennen können, jetzt wo die Studie doch endlich vorliegt, woran es da hakt. Und es haben alle Landtagsklubs diese Stellungnahme von Karl Steininger, im Übrigen vom Wegener Center, nicht nur einer der renommiertesten Klimawissenschaftler unserer Zeit, sondern auch Ökonom, weil ja auch hier mit vielen ökonomischen Argumenten immer gearbeitet wird. Er ist auch Ökonom und er hat sehr, sehr klar Stellung bezogen und hat an alle Landtagsklubs und auch an die mediale Öffentlichkeit diese Stellungnahme geschickt und zur Verfügung gestellt. Und daraus wird ganz klar ersichtlich, wo überall Fragen offen sind bzw. welche Fragen eben in dieser Studie, die vom Land in Auftrag gegeben wurde, überhaupt nicht berücksichtigt worden sind, die einfach gar nicht gestellt wurden, weil man offenbar die Antworten darauf einfach nicht hören wollte. Und ich erlaube mir an dieser Stelle kurz ein Zitat aus dem Schreiben vom Klimawissenschaftler und Ökonomen Karl Steininger vorzulesen: „Sie haben es vielleicht selbst schon erlebt. Sie fahren auf einem neuen oder ausgebauten Straßenstück zunächst einmal und dann später wieder und beobachten immer deutlicher, wie neue Unternehmensansiedlungen entlang der Straße entstehen, Logistikzentren aus dem Boden schießen und wie sich die zunächst vergleichsweise leere Straße auch dadurch füllt. Eine Erfahrung, die viele von uns an unterschiedlichsten Orten auch in der Steiermark unzählige Male schon gemacht haben. In der vom Land Steiermark beauftragten Verkehrsuntersuchung zum Ausbau der A9 gibt es einen solchen Effekt übrigens nicht. Es wird einfach angenommen, dass er gleich null ist.“ Das muss man sich einfach einmal vorstellen. Es wird ein Effekt, der wissenschaftlich nachgewiesen ist, der auch in weiterer Folge von Karl Steininger sehr genau erklärt wird, nämlich als dynamische Rückwirkung, die eben erzeugt wird, wenn ich Straßen baue, wenn ich Straßen größer und breiter mache, wird in dieser Studie einfach ausgeblendet. Es wird in keiner Weise darauf Rücksicht genommen,

dass genau dadurch dieses immer wieder von Verkehrsexpertinnen und da kannst du noch zu viel den Kopf schütteln, lieber Stefan, der ganz, ganz klar von Verkehrsexpert_innen immer wieder auf den Tisch gelegte Effekt, mehr Straßen führen zu mehr Verkehr, (*LTA*bg. Mag. Hermann, *MBL*: „Fahr mit offenen Augen in den Süden. Da ist ja die Ansiedelung schon passiert, Sandra.“) wird hier einfach ausgeblendet. Und was mich einfach besonders daran stört, deswegen ist das ja auch heute ein Teil unserer Anfrage, dass laut Karl Steininger und bitte, ich zitiere ihn hier, damit es dann nicht wieder umgedreht wird und heißt die Grünen richten sich die Wissenschaft wie sie passt. Nein, laut Karl Steininger ist diese Herangehensweise, diesen Effekt einfach auszublenden, einfach nicht mit dem wissenschaftlichen Standard vereinbar. (*Beifall bei den Grünen*) Und jetzt wissen wir natürlich alle, es gibt Studien, es gibt dann andere Studien, es gibt Wissenschaftler mit unterschiedlichen Fachgebieten, es gibt ganz bestimmt unterschiedliche Meinungen, aber die gehören auf den Tisch, die gehören diskutiert und es kann nicht sein, dass die zuständige Landesrätin für den Erhalt unserer Lebensgrundlagen sich kein einziges Mal dazu zu Wort meldet und so tut, als gäbe es das alles überhaupt gar nicht. (*Beifall bei den Grünen*) Wir wissen das alle hier, wir haben bereits jetzt das dichteste Straßennetz von Europa. Wir sind bereits jetzt Europameister im Boden verschwenden und jetzt wollen wir mit einem Rezept, wie gesagt aus den 70er, 80er Jahren, mit einem mehr an Straßen auf ein Problem reagieren, dass wir alle wissen, dass wir so nicht in den Griff bekommen können. Und ich bin einfach so überrascht davon, dass du, liebe Uschi Lackner, wo ich dich doch in vielen Settings immer wieder erlebe, als eine, die sich den Kampf für Umwelt, für Klimaschutz, für Natur- und Atemschutz sehr an die Fahnen heftet, keinerlei Wortmeldungen bis jetzt dazu gemacht hast und vor allem auch einen Aspekt, der mir besonders weh tut, komplett unbeleuchtet lässt, dass nämlich offensichtlich davon ausgegangen wird, dass der gesamte Süden, nicht Süden von Graz, sondern das gesamte Gebiet südlich von Graz, da spreche ich auch dich an, liebe Simone, dass ja doch sehr viel Ackerland, sehr viel fruchtbaren Boden noch hat, der zu unserer Ernährungssicherheit beiträgt, dass dieses gesamte Gebiet offensichtlich laut Plänen der Landesregierung oder zumindest wird es akzeptiert, dass das alles zugebaut werden soll. Dass dadurch immer noch mehr von dem wertvollen Boden, der immer wieder ins Treffen geführt wird von manchen, wenn es ihnen halt passt, aber in dem Fall offensichtlich ist es wurscht, dass ganz viel von diesem Boden einfach zubetoniert werden soll und dann natürlich eine Rechtfertigung besteht, dass man noch die Autobahn noch ein Stück breiter machen muss. Dieser fruchtbare Boden ist im Übrigen für immer verloren und das in einem Jahr, und

ihr wisst es alle, ich hoffe, das wissen wirklich alle, wir sind im wärmsten Jahr der Messgeschichte der Menschheit, das wärmste Jahr, wir sind mitten in einem riesigen menschenverursachten Artensterben, das uns alle treffen wird und wir tun so, als könnten wir all diese Aspekte oder jedenfalls die Landesregierung tut so, als könnte sie all diese Aspekte einfach ausblenden. Wir machen einfach die Autobahn ein Stück breiter, der Verkehr wird fließen, egal was rundherum passiert. So geht die Landesregierung an dieses Thema heran und das kann man so einfach nicht im Raum stehen lassen. *(Beifall bei den Grünen)* All die Dinge, die hier immer wieder in diesem Raum mit Lippenbekenntnissen beschworen werden, also gerade diese viel zitierte Ernährungssicherheit, der Klimaschutz, der Schutz unserer Böden, all das spielt in dieser Studie keine Rolle. Es ist eine völlige Fehlanzeige anscheinend gewesen zu erwarten, dass du, liebe Uschi Lackner, dich hier in irgendeiner Weise einbringst und schon in der Auftraggebung dieser Studie genau diese Aspekte einfordern würdest. Nichts davon ist passiert und jetzt, wo sie endlich mit vielen Wochen und Monaten Verzögerung auf dem Tisch liegt, hast du dich bis jetzt komplett versteckt und in keiner Weise dazu geäußert. Und das können wir so nicht auf sich beruhen lassen, deswegen haben wir heute diese Dringliche Anfrage gestellt an dich und deswegen ist es mir auch gleichzeitig nochmal ganz besonders wichtig zu betonen, dass wir nicht nur die jetzt vorliegende Studie kritisieren wollen, sondern vor allem von dir auch verlangen, dass du in deiner Ressortzuständigkeit jetzt all diese fehlenden Faktoren auch erheben lässt, dass du jetzt das in die Hand nimmst, was zu Beginn der in Auftraggebung verabsäumt wurde, nämlich all diese Faktoren, die nicht bis jetzt beleuchtet wurden. All diese Faktoren, die uns erst eine wirklich redliche Beurteilung dieses Projekts erlauben würden, dass die jetzt endlich wissenschaftlich angegangen werden, dass die in Auftrag gegeben werden und dass wir uns dann mit all dem was vorliegt an einen Tisch setzen und das wirklich ernsthaft diskutieren und vor allem auch, und das kritisiert ja auch Karl Steininger in seinem Schreiben, vor allem auch damit aufräumen, dass das was jetzt vorliegt hier alternativlos sei, dass diese Forderung der Landesregierung alternativlos sei, wenn man alle Alternativen, die möglich wären, überhaupt gar nicht beleuchtet hat in dieser Studie. Das ist einfach unerhört und so kann das ... *(Landeshauptmannstellvertreter Lang: „Das stimmt ja alles nicht.“)* Bitte, lieber Anton Lang, dann lies bitte was Karl Steininger geschrieben hat. Der SPÖ-Klub wird dir das sicher gerne zukommen lassen und ich glaube, ... *(Landeshauptmannstellvertreter Lang: „Ja, das ist seine Privatmeinung. Er hat halt auch eine Privatmeinung.“)* Ich glaube, dass er seine private Meinung aber nicht dann so öffentlich gemacht hätte, wenn er nicht glauben würde, dass er

als Wissenschaftler, der sonst nämlich auch sehr anerkannt ist, hier was Wichtiges mitzureden hat. (*Landeshauptmannstellvertreter Lang*: „Die TU Graz sind keine Wissenschaftler?“) Natürlich, aber deswegen gehört das eben alles an einem Tisch diskutiert und es gehören eben genau die Faktoren, die bis jetzt nicht beleuchtet wurden, beleuchtet. Das ist unsere Forderung. (*Beifall bei den Grünen*) Und bitte, lieber Toni Lang, du wirst wohl auch nicht behaupten, dass man damit wie man eine Studie beauftragt, welche Fragen man stellt oder auch nicht stellt, nicht auch Ergebnisse beeinflusst. Und das kommt hier ganz deutlich zum Ausdruck und nichts anderes, sagt Karl Steininger und gerne bitte, setzen wir uns gemeinsam an einen Tisch. Reden wir mit denen, die die Studie erstellt haben, reden wir mit Karl Steininger, nehmen wir Expert_innen für Ernährungssicherheit dazu, die Hagelversicherung. Genau das ist der Vorschlag, den wir im Übrigen auch schon gemacht haben, indem wir eine Enquete zu diesem Thema gefordert haben, die, ob Wunder in irgendeinem Unterausschuss liegt, wo sie nicht behandelt wird.

Also deswegen stelle ich jetzt einmal folgende Dringliche Anfrage an dich und hoffe, dass wir dann wirklich auch in dem Prozess der Bearbeitung dieses Themas einen Schritt weiterkommen, in dem hier wirklich von deiner Seite klare Schritte gesetzt werden.

Es wird daher folgende Dringliche Anfrage gestellt:

1. Waren Sie als Landesrätin für Raumordnung und Umweltschutz in die Entscheidung zur Beauftragung der A9-Studie eingebunden?
2. Wenn ja, welche Schritte haben Sie gesetzt, um Aspekte des Bodenschutzes, der Raumordnung und des Umweltschutzes in die Aufgabenstellung einzubringen?
3. Wenn nein, wann haben Sie von der Beauftragung der Studie erfahren?
4. Welche Schritte haben Sie daraufhin gesetzt, um Aspekte des Bodenschutzes, der Raumordnung und des Umweltschutzes in die Beauftragung einzubringen?
5. Wie beurteilen Sie als für Raumordnung und Bodenschutz zuständige Landesrätin den Inhalt des Ergebnisberichtes vom 20.11.2023?
6. Werden Sie eine umfassende Prüfung des Ergebnisberichtes vom 20.11.2023 aus Sicht des Bodenschutzes, der Raumordnung und des Umweltschutzes in Auftrag geben?
7. Welche Auswirkungen hätte der Ausbau der A9 auf sechs Fahrspuren auf den Bodenschutz?
8. Wie viele Grundstücke mit welcher derzeitigen Nutzung wären durch den Ausbau der A9 auf sechs Spuren betroffen?

9. Welche Auswirkungen hätten Verbauungen entlang der Ausbaustrecke auf den Bodenschutz?
10. Welche Auswirkungen hätten Verbauungen entlang der Ausbaustrecke auf Ihre Planungen als verantwortliche Landesrätin für Raumordnung?
11. Stimmt die im Ergebnisbericht vom 20.11.2023 angenommene zukünftige Raumentwicklung im Prognoseszenario 2040, die eine massive Bebauung der Region südlich von Graz vorsieht, mit den Planungen des Landes überein? – Das ist im Übrigen das, was eine Annahme dieser Studie ist, was ich versucht habe in meiner Rede klarzulegen, dass diese Annahme offensichtlich widerspruchlos von der Landesregierung hingenommen wird.
12. Wenn nein, was werden Sie tun, um den raumplanerischen Entwicklungen des Prognoseszenarios entgegenzusteuern? – Dass eben genau das nicht passiert, dass all das zugebaut wird und noch vielmehr dadurch natürlich Bodenverbrauch und Bodenverschwendung und Straßenverkehr entsteht.
13. Sind Sie mit Landesrätin Simone Schmiedtbauer in Kontakt getreten, um die Auswirkungen des Ausbaus und des beschriebenen Prognoseszenarios auf die Ernährungssicherheit zu beurteilen? Wenn ja, mit welchem Ergebnis? Wenn nein, warum nicht?

Liebe Ursula, ich bitte dich um die Beantwortung unserer Fragen. Ich denke, es ist deine Aufgabe als Umweltlandesrätin hier klar Stellung zu beziehen und den Prozess, der jetzt das gesamte Projekt mit all seinen Folgen, eben nicht nur den verkehrlichen, sondern mit all seinen Folgen ordentlich beleuchtet, in diesem Prozess das auch einzubringen, was sich nächste Generationen hier in diesem Lande verdient haben. Ich bitte um Beantwortung.
(Beifall bei den Grünen – 12.20 Uhr)

Zweite Präsidentin Kolar: Vielen Dank, Frau Klubobfrau. Bevor wir nun zur Beantwortung der Anfrage kommen, darf ich wieder sehr liebe Gäste hier im Haus begrüßen. Ich begrüße sehr herzlich die Damen und Herren Gemeinderatsmitglieder aus oststeirischen Gemeinden in Begleitung von Frau Geschäftsführerin der SPÖ Oststeiermark, Frau Dipl.-Ing. Amela Hirzberger sehr herzlich. Herzlich Willkommen. *(Allgemeiner Beifall)*

Ich erteile nun Frau Landesrätin Mag. Ursula Lackner das Wort zur Beantwortung dieser Dringlichen Anfrage und verweise darauf, dass für die Beantwortung eine Redezeitbegrenzung von 30 Minuten gilt. Bitte, geschätzte Frau Landesrätin.

Landesrätin Mag. Lackner – SPÖ (12:20 Uhr): Geschätzte Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Landeshauptmannstellvertreter, geschätzte Regierungskolleginnen und Regierungskollege, Hohes Haus, sehr geehrte Besucherinnen und Besucher, auch die, die interessiert am Livestream sind!

Ich bedanke mich für die Anfrage, Frau Klubobfrau, weil sie im Zuge der Diskussionen um den Ausbau der A9 die Möglichkeit gibt, zu einer vertiefenden Betrachtung und zu einer vertiefenden Auseinandersetzung. Als Verantwortliche und als verantwortungsvolle Politikerinnen und Politiker ist es unsere Aufgabe, uns mit den zukünftigen Entwicklungen unseres Landes auseinanderzusetzen, um rechtzeitig notwendige Weichenstellungen auch vornehmen zu können. Und als Landesregierung haben wir uns nie als Verwalter des Bestehenden, sondern als Gestalter des Zukünftigen verstanden und genau bei diesem Punkt gilt es, viele Dimensionen auch mit zu berücksichtigen. Wie entwickeln wir unsere Regionen in der Steiermark demografisch bzw. wie sie sich demografisch auch entwickeln in ihrer Vielfalt und Unterschiedlichkeit? Welche Chancen bieten sich für den Standort? Vor welchen Herausforderungen stellt uns der Klimawandel oder auch die Biodiversitätskrise? Wie können wir den Grad der Eigenversorgung erhalten und stärken? Und all das wird laufend und noch vieles andere, laufend bearbeitet und ist in den Strategien beispielsweise wie in der Landesentwicklungsstrategie oder auch in der Klima- und Energiestrategie sichtbar. Die Entwicklung unserer Infrastruktur steht dabei häufig im Fokus, gerade was die wachstumsstarken Regionen betrifft und daher ist es richtig und wichtig, wenn die Landesregierung verkehrstechnische Studien in Auftrag gibt, um zukünftige Entwicklungen unserer Mobilität gut abschätzen zu können. Die verkehrstechnische Studie zur A9 zeigt dabei klar auf, dass der Ausbau notwendig ist, um der Verkehrsentwicklung im Grazer Süden gerecht zu werden. Hier geht es einerseits um die Entlastung der Ausweichrouten und damit um den Schutz der Bevölkerung im Hinblick auf Lärm, auf Luft und Sicherheit in den betroffenen Gemeinden und andererseits braucht es auch infrastrukturelle Antworten auf die Dynamik des Grazer Südens in den kommenden Jahren. Eine strategische Bodenpolitik und eine nachhaltige Raumplanung blicken dabei immer über die Grenzen eines jeweiligen einzelnen Projektes hinweg, weil es gilt, das große Ganze im Blick zu halten. Wir nutzen unseren Boden zum Wohnen, wir nutzen ihn für die Lebensmittelproduktion, wir nutzen ihn für die Energiewende, wir nutzen ihn als Ressource insgesamt, als Frei- und als Erholungsraum, als Wirtschaftsraum und wir nutzen ihn auch, wenn wir Infrastruktur errichten und besonders wertvolle Räume aus Sicht der Natur schützen. Und ja, wenn wir alle

diese Funktionen und Parameter betrachten, dann gibt es auch eine Reihe, eine lange Reihe an Zielkonflikten und diese Zielkonflikte werden nicht gelöst, indem wir sie gegenseitig ausspielen oder indem wir sie blockieren, sondern sie werden dann gelöst, wenn sie proaktiv bearbeitet werden und dazu stehen wir zum Letzteren, zum proaktiven Bearbeiten. Im Sinne einer strategischen Bodenpolitik, die wir an der Steiermark verfolgen, halten wir dabei alle Herausforderungen im Blick. Wir lösen keine Probleme mit Stillstand oder mit Wegducken, insbesondere nicht in den wachstumsstarken Regionen der Steiermark. Und das trifft insbesondere für den Grazer Süden zu. Die Koralmbahn schafft die Möglichkeit, die Warenströme insgesamt von der Straße auf die Schiene zu verlagern und sie wird eine echte Lebensader im Zentrum Mitteleuropas sein. Das wird grundsätzlich als ein wichtiger Beitrag für den Klimaschutz erkannt, eh logisch. Diese Waren müssen aber auch an einer Stelle umgeschlagen werden. Und folglich braucht es auch die letzte Meile, die sichergestellt werden muss. Und diese braucht bekanntlich sehr oft die Straße. Ansonsten kann diese so wichtige Verlagerung von der Straße auf die Schiene insgesamt nicht im Sinne des Güterverkehrs stattfinden. Und ebenso der öffentliche Verkehr in der Steiermark, der intensiv ausgebaut wird. Das wurde auch in der verkehrstechnischen Studie berücksichtigt und dargestellt. Und was auch berücksichtigt wurde, ist, dass der Grazer Süden nach allen Prognosen weiter stark wachsen wird. Dem gilt es zu begegnen, nicht stillstehend zuzusehen, wie die Sicherheit auf der bestehenden Autobahn leidet und der Verkehr stattdessen die angrenzenden Gemeinden belastet und damit auch den Bürgerinnen und Bürgern in den betroffenen Gemeinden Lebensqualität nimmt. Wir in der Landesregierung nehmen unsere Verantwortung wahr, eine nachhaltige und erfolgreiche Entwicklung unseres Bundeslandes zu ermöglichen. Immer unter der Prämisse, dabei mit den vorhandenen Ressourcen effizient und sorgsam umzugehen und zeitgleich mit Augenmaß abzuwägen.

Ich komme zu den Fragen 1 bis 3:

Ich halte eine verkehrstechnische Untersuchung der Entwicklung des Grazer Südens für notwendig und vorausschauend und natürlich war ich im Rahmen der Regierungsarbeit darüber informiert und lassen Sie mich auch klarstellen, die Landesregierung arbeitet bei solchen Projekten Schulter an Schulter.

Zur Frage 4:

Die Studie zeigt die Verkehrsentwicklung in den kommenden Jahren in verschiedenen Szenarien auf. Sowohl die Stehzeiten als auch die Verlagerung des Verkehrs auf die umliegenden Gemeinden werden für die nächsten Jahre anschaulich dargestellt, wobei der

massive Ausbau des öffentlichen Verkehrs natürlich auch berücksichtigt wird. Der strategische Bodenschutz in der Steiermark wird über andere Instrumente gesteuert als über eine verkehrstechnische Untersuchung. Wir haben regionale Entwicklungsprogramme, in denen Vorrangzonen für Grünräume und Landwirtschaft festgelegt sind, wir schützen unsere wertvollen Naturräume, wir definieren Flächen für die Energiewende, Zonierungen. Hier gilt es, wie eingangs formuliert, das große Ganze im Blick zu halten. Und übrigens die Daten, die die österreichische Raumordnungskonferenz heute präsentiert hat oder zur Stunde präsentiert, die zeigen auf, wo wir in der Steiermark im Österreichvergleich stehen und ich darf an dieser Stelle bereits sagen, wir stehen um einiges besser da, als das manchmal gerade in diesem Haus auch diskutiert wird bzw. für Diskussionen sorgt.

Zur Frage 5 und 6:

Natürlich habe ich mir die Ergebnisse angesehen und beurteile die Inhalte gleich wie meine Regierungskolleginnen und -kollegen. Die Frage der Umweltauswirkungen wird bei einer Umsetzung im Rahmen der Verfahren betrachtet und bewertet werden.

Der Ausbau einer Straße, zu den Fragen 7 bis 10,

nimmt zunächst einmal Flächen in Anspruch. Um wie viele Flächen und um welche Grundstücke es sich handelt, das kann ja erst beurteilt werden, wenn Detailplanungen vorliegen. Umweltrelevante Auswirkungen werden im Rahmen der Verfahren geprüft und bewertet. Und an dieser Stelle sage ich auch noch einmal, weil es für einen qualitätsvollen politischen Diskurs so bedeutend ist, strategische Bodenpolitik bedeutet einerseits klare Kante bei nicht notwendigen Bodenverbrauch zu zeigen und andererseits Spielraum für die positive Entwicklung unseres Landes zuzulassen, Spielraum für die Errichtung wichtiger Infrastruktur, wie es das heute besprochene Projekt definitiv ist. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP)*

Zu den Fragen 11 und 12:

Der Grazer Süden entwickelt sich steiermarkweit am dynamischsten. In unserer Landesentwicklungsstrategie wird dieser Raum als der herausragende Entwicklungsmotor der Steiermark bezeichnet. Die Bevölkerungsprognosen gehen von einem weiteren Wachstum dieser Region aus, durch die Koralmbahn bieten sich auch wirtschaftlich viele neue Chancen. In konkrete Zahlen gegossen bedeutet das Folgendes: Graz-Umgebung und Leibnitz sind in den letzten 20 Jahren, von 2002 bis 2022, um 35.800 Einwohnerinnen und Einwohner gewachsen. Für die nächsten 20 Jahre werden weitere 18.300 zusätzliche Einwohnerinnen und Einwohner erwartet. Das bedeutet für Leibnitz ein erwartetes Wachstum von 4,4 %, für

Graz-Umgebung sogar 10,8 %. Zum Vergleich, für die gesamte Steiermark wird ein moderates Wachstum von 1,7 % prognostiziert.

Zur Frage 13. Ich bin mit meiner Kollegin Simone Schmiedtbauer, und das war ich auch mit Ihrem Vorgänger, im laufenden Austausch und wir sind uns einig darin, dass wir einen Gesamtblick brauchen, der Flächen für die Lebensmittelproduktion, die Flächen für den Naturschutz, die Flächen für Infrastruktur, für Wohnen und Entwicklung, alles das muss mitberücksichtigt werden und es ist nicht sinnvoll diese Themen gegeneinander auszuspielen oder eindimensional zu betrachten. Sie müssen vielmehr gemeinsam genau in dieser Zusammenschau, in der wir uns auch dieser Verantwortung stellen, in der Bedeutung für die Steiermark erkannt und bearbeitet werden.

Daher danke ich noch einmal für die Anfrage, weil sie Platz lässt für Diskussionen und Betrachtungen tiefergehend und ich bedanke mich auch für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 12.32 Uhr)*

Zweite Präsidentin Kolar: Ich darf nun noch eine Begrüßung vornehmen. Ich begrüße sehr herzlich Herrn Gemeinderat Jakob Maceko aus Leoben. *(Allgemeiner Beifall)*

Ich eröffne nunmehr die Wechselrede zu dieser Dringlichen Anfrage und weise auf die Bestimmungen der GeoLT hin wonach Regierungsmitglieder sowie Abgeordnete nicht länger als zehn Minuten sprechen dürfen.

Zu Wort gemeldet hat sich Frau Klubobfrau Sandra Krautwaschl. Bitte, Frau Klubobfrau.

KO LTAbg. Krautwaschl – Grüne (12.33 Uhr): Danke sehr, Frau Präsidentin!

Danke für die Beantwortung und die Ausführungen zu den Fragen, wobei ich da schon jetzt eigentlich noch mehr Fragezeichen habe, als vor dieser Anfrage, muss ich ehrlich sagen. Ich möchte gleich mal beginnen mit dem, was du ganz zum Schluss gesagt hast, liebe Ursula. Eine eindimensionale Betrachtung ist dir also nicht angenehm beim Thema Bodenschutz. Ich kann genau das Gleiche nur noch einmal wiederholen. Das ist der Hauptkritikpunkt, den wir versucht haben, in unserer heutigen Dringlichen Anfrage zu formulieren, dass diese Betrachtung des Projekts, dieses geplanten Ausbaus der A9 komplett eindimensional nur verkehrliche Aspekte betrachtet, und eben nicht die von mir vielfach genannten und in unseren Fragen vielfach wiederholten Aspekte des Umwelt-, des Bodenschutzes, des Artenschutzes, des Klimaschutzes, der Ernährungssicherheit. Eine völlig eindimensionale verkehrliche Betrachtung, und das habe ich mehrfach gesagt, und ich möchte noch einmal

wiederholen, das ist aus meiner Sicht im Jahr 2023, wo diese Landesregierung sich sehr oft an die Fahnen heftet, ganz stark für Klima-, Umwelt- und Lebensgrundlagen einzutreten, ein skandalöser Zugang. *(Beifall bei den Grünen)* So kann man das im Jahr 2023 nicht machen. Wenn du sagst, du willst keine eindimensionale Betrachtung, dann bitte fordere das doch auch von deinen Regierungsmitgliedern ein. Genau das wollen wir ja schließlich. Ich werde es jetzt in unserem Entschließungsantrag auch gleich noch einmal formulieren. Und wenn man einen wissenschaftlichen Diskurs führen will, wo man ernsthaft diese Aspekte einbeziehen möchte, weil man sagt, als steirische Landesregierung, ja das ist uns wirklich wichtig, dann alle Dimensionen, dann laden wir ein, das ist unser Vorschlag, auch das wiederhole ich gerne noch einmal, weil es vorher vielleicht ein bisschen untergegangen ist, unser Vorschlag, der in einem Unterausschuss irgendwo jetzt verstaubt, wäre eine Enquete, wo wir wirklich Wissenschaftler_innen aus den verschiedensten Sparten, natürlich diejenigen, die die Studie erstellt haben, aber eben auch zu allen anderen Bereichen, die da relevant sind, einladen, um genau diese Dinge auch wissenschaftlich zu diskutieren. *(Beifall bei den Grünen)* Und davor scheut ihr euch anscheinend. Also, wir werden ja sehen, wie dann mit unseren Forderungen aus dem Entschließungsantrag umgegangen wird, aber mir scheint, davor scheut ihr euch. Du hast in deiner Einleitung auch genannt, der Schutz der Bevölkerung ist so wichtig. Ja, ich glaube auch, dass der Schutz der Bevölkerung ganz, ganz wichtig ist, und vor allem der Schutz der Bevölkerung vor einer zukunftsvergessenen Politik, die ganz viel ausblendet, was uns in Zukunft aber unglaublich berühren wird. Ja, du brauchst nicht den Kopf schütteln, lieber Franz. Du redest genauso, wie viele hier herinnen, ganz, ganz gerne davon, wie wichtig das alles ist. Eine gute, gut prosperierende Landwirtschaft, die Ernährungssicherheit sicherstellen kann. Auch in einer stark wachsenden Region werden wir das brauchen. Davon gehe ich aus, da wird mir Simone Schmiedtbauer recht geben. Also, man kann das eben nicht so eindimensional betrachten, wie ihr das tut, oder wie es bisher passiert ist. Und jetzt nochmal, weil es ja um eine dynamische Entwicklung geht, zu diesem Phänomen, das Karl Steininger anspricht, die dynamische Rückwirkung von solchen Projekten. Du hast jetzt gerade erklärt, ja im Verfahren werden dann Umwelt-, und so weiter, -aspekte betrachtet. Ja, aber diese dynamischen Rückwirkungen, von denen Karl Steininger spricht, dass man sozusagen mit dem Bau von neuen Straßen, mit dem breiter machen von Straßen, einfach genau das produziert, was wir nicht haben wollen, nämlich, noch mehr Zersiedelung, noch mehr Verkehr/Individualverkehr, weniger Platz für den so wichtigen Ausbau von noch innovativeren ÖV-Projekten. Der Mikro-ÖV, wo bleibt denn der, der wirklich strukturiert in

der ganzen Steiermark hilft, dass die Leute wirklich (*Beifall bei den Grünen*) mit dem Klimaticket bis zur Haustür fahren können. Das ist ja auch nicht Teil dieser Betrachtung gewesen. All diese Dinge fehlen in einer ganzheitlichen Sicht. Und ich will ja eigentlich heute gar nicht mehr, als dass das zumindest einmal anerkannt wird, dass diese Betrachtungsaspekte noch fehlen und dass es in unserer, aber primär auch in eurer Verantwortung als Landesregierung liegt, diese Aspekte jetzt hereinzuholen. Und da hätte ich mir ehrlich gesagt auch von dir, liebe Uschi, mehr erwartet, als zu sagen, ja, wenn das Projekt dann geprüft wird, dann gibt es im Verfahren eh alle möglichen Umweltprüfungen. Ja, aber da fehlt dann vorher schon so viel, da ist so viel nicht betrachtet worden, wie genau diese Aspekte eben, die von wissenschaftlicher Seite ja jetzt zumindest einmal in den Diskurs gebracht worden sind. Ein proaktives Herangehen an das Thema, auch an das Thema Stau, und wie können wir wirklich zukunftsfähige Lösungen da erwirken? Das wünschen wir uns alle, jeder von uns. Mein Kollege Lambert Schönleitner wird dann sicher auch noch einiges dazu beitragen können, wo es da Chancen gäbe, um genau die Menschen zu entlasten, die einerseits hier im Stau stehen, und andererseits deren Lebensqualität da am Spiel steht, wenn man einfach so weitertut wie bisher und nicht kapiert hat, dass die Zeiten sich ändern und man nicht mehr dauerhaft mit alten Rezepten immer das gleiche Problem noch weiter hervorbringen kann. Das geht sich einfach nicht mehr aus. (*Beifall bei den Grünen*) Und die Landesregierung möchte, glaube ich, ja auch gern dieses Image des Modernen oder zumindest erlebe ich das immer beim Herrn Landeshauptmann, des Innovativen, pflegen. Ja, dann bitte, macht doch das, gebt doch unserem Vorschlag in dem Fall einmal nach, holen wir die Expert_innen aus unterschiedlichen Bereichen an einen Tisch, und dann wird wirklich ernsthaft ganzheitlich mehrdimensional diskutiert. Ich erlaube mir daher jetzt, dahingehend auch unseren Entschließungsantrag einzubringen.

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag bekennt sich dazu, dass beim von der Landesregierung geforderten Ausbau der A9 Aspekte des Bodenschutzes, der Ernährungssicherheit und des Klimaschutzes nicht länger ignoriert werden dürfen;
2. Der Landtag bekennt sich weiters dazu, dass Verkehrsuntersuchungen, die das Land Steiermark beauftragt,
 - a) in der Herangehensweise dem aktuellen Stand der Wissenschaft entsprechen müssen, das stellt eben Karl Steininger in Frage, und
 - b) nicht von vornherein auf die Prüfung von Alternativen zum Straßenausbau verzichten;

3. Die Landesregierung wird aufgefordert, eine Studie zum von der Landesregierung geforderten Ausbau der A9 in Auftrag zu geben, die über die "verkehrlichen Wirkungen" hinaus folgende Auswirkungen untersucht:

- auf den Bodenschutz,
- auf die Umwelt,
- auf die Ernährungssicherheit und
- auf den Klimaschutz.

Also mehrdimensional, liebe Uschi.

4. Die Landesregierung wird aufgefordert, die Bedeutung der Region südlich von Graz für die Aufrechterhaltung der Ernährungssicherheit in der Steiermark anzuerkennen und zu diesem Zwecke strenge Maßnahmen zu ergreifen, um die Flächen entlang der A9 vor exzessiver Bebauung zu schützen.

Und da vielleicht abschließend noch eine Bemerkung, weil du immer wieder das Wort „strategischen Bodenschutz“ benutzt hast, da sind wir uns halt leider auch uneins, dass die Strategien, die das Land Steiermark hat, die sich letztlich im Raumordnungsgesetz und in der Bauordnung widerspiegeln, ausreichen, um einen strategischen Bodenschutz zu gewährleisten in diesem Land. Und auch das ist eine schon sehr oft wiederholte Forderung von uns hier, die Vorgaben für diesen strategischen Bodenschutz zu verschärfen. Und das fordern wir auch noch einmal in unserem Entschließungsantrag. Ich bitte um Annahme. *(Beifall bei den Grünen – 12.41 Uhr)*

Zweite Präsidentin Kolar: Vielen Dank, Frau Klubobfrau. Als Nächstes zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Stefan Hermann. Bitte, Herr Kollege Hermann.

LTAbg. Mag. Hermann, MBL - FPÖ (12:41 Uhr): Ja, vielen Dank, Frau Präsidentin, geschätzte Mitglieder der Landesregierung, werte Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Zuseher hier im Auditorium und im Livestream!

Ich bin sicher kein Verteidiger der Landesregierung, ich glaube, über diesen Verdacht bin ich hier in diesem Haus erhaben, aber ich bin durchaus ein Verteidiger von sinnvollen Projekten und wichtigen Maßnahmen, und eingangs seien mir ein paar Worte zur Frau Kollegin Krautwaschl gestattet. Liebe Sandra, ich habe Verständnis für das Agieren von politischen Parteien hier im Haus, ich habe auch Verständnis dafür, dass man gewisse Dinge überzeichnet oder einseitig darstellt, aber die Art und Weise, wie du hier an die Sache herangehst, und wie

die Grünen an diese Sache herangehen, ist der Holzweg, meine liebe Frau Kollegin Krautwaschl. (*Beifall bei der FPÖ*) Wenn du davon sprichst, dass du die Dringliche begründet hast, und es war ein bisschen Unruhe im Saal, hast du gemeint, ja, den Herrschaften hier herinnen, sind die Zukunftsgrundlagen völlig egal, und das Artensterben ist egal, man muss schon bei den Tatsachen bleiben. Es geht um 26 Kilometer Autobahn, zwei Fahrstreifen, 26 Kilometer Autobahn, davon wird die Welt nicht untergehen Frau Kollegin Krautwaschl. Und dann hast du Wissenschaftler bemüht, du hast den Herrn Professor Steininger, sicher ein hervorragender Wissenschaftler, der ist Ökonom und Klimaforscher, was ist er nicht? Er ist kein Verkehrsplaner und kein Verkehrsforscher, da wirst du nicht widersprechen, oder Frau Kollegin Krautwaschl? (*KO Krautwaschl: „Lies das durch, was er geschrieben hat!“*) Und wir können gerne eine breite Diskussion führen, wir können gerne Philosophen einladen, Historiker, Germanisten, vielleicht einen Theologen, können alle ihren Senf dazugeben, aber es wird uns nicht weiterbringen, und wir brauchen keine Studien mehr, wir brauchen keine Enqueten mehr, man muss aber auch mit offenen Augen in den Süden von Graz fahren, das kannst du mit dem Zug machen, oder mit dem Fahrrad, oder halt mit dem Auto, man muss mit der Bevölkerung sprechen, man muss die Zahlen ernst nehmen, die am Tisch liegen, auch wenn sie nicht in das ideologische Bild hineinpassen, und dann wird man zu dem Schluss kommen, dass alles, was die Experten sagen, die damit vertraut sind, unumgänglich ist, nämlich der Ausbau der A9 um weitere Fahrspuren, meine sehr geehrten Damen und Herren. (*Beifall bei der FPÖ*) Du hast auch gemeint, man würde mit Rezepten der 70er-Jahre an die aktuellen Probleme herangehen. Würde man jetzt mit dem Wissensstand von jetzt, im Jahr 2023, den Siedlungsraum und den Gewerberaum im Süden von Graz gleich planen, wie er jetzt gewachsen ist? Nein, definitiv nicht. Aber es gibt sowas wie die Kraft des Faktischen, und du hast auch Steininger zitiert, der meint, durch die neuen Autobahnspuren würden die ökonomischen Effekte, dass da mehr Gewerbebetriebe ansiedeln, das würde ja nicht passieren, hast du gesagt. Ja, warum passiert das nicht? Weil die Gewerbeansiedlungen ja schon passiert sind, um Gottes willen. Der Verkehr ist da. Ihr blendet auch aus, dass es eine Transitroute ist, und ihr blendet auch aus, die Chronologie, wie es eigentlich dazu gekommen ist, dass wir heute hier diskutieren. Im Februar 2019 hat die ASFINAG gemeinsam mit Experten und Wissenschaftlern des Verkehrsministeriums eine Studie, eine Machbarkeitsstudie, in Auftrag gegeben und da sind verschiedene Alternativen geprüft worden, und man ist zu dem Schluss gekommen, und ich darf da den Geschäftsführer Kienreich zitieren, dass der Ausbau der A9 der eindeutig beste und nachhaltigste Weg ist von

den Varianten, die man miteinander verglichen hat. November 21, grüne Ministerin Gewessler, ideologische Brille auf, abgesagt. Projekt abgesagt, Eindämmung des Bodenverbrauchs, stattdessen Ausbau des öffentlichen Verkehrs. Wir haben hier im Landtag als Freiheitliche Partei mehrere Initiativen dazu gestellt, die sind schubladisiert worden und wurden zu Anfang nicht behandelt. Im Februar 2022 dann die Studie des Landes, die feststellt, was eh alle wissen, nämlich, dass am Ausbau kein Weg vorbeiführt. Und selbstverständlich war der öffentliche Verkehr auch Teil dieser Studie, wo nämlich ganz klar festgehalten wird, dass der Ausbau kein Konkurrenzverhältnis zum ÖV auch darstellt. Und da ist herausgekommen, dass der A9-Ausbau, wie gesagt, alternativlos ist. Und es ist schon spannend, wenn du immer von einer mehrdimensionalen Betrachtungsweise sprichst, und davon, dass man alle Expertenmeinungen hören will. Ja bitte, warum akzeptierst du dann nicht diese Expertenmeinungen, die hier auf dem Tisch liegen, liebe Kollegin Krautwaschl, das kann ich nicht verstehen. Die Landesregierung hat dann eben diese Studie präsentiert, und dann haben wir als Freiheitliche Partei, nämlich der Bundesrat Leinfellner, eine parlamentarische Anfrage an die Frau Minister Gewessler gestellt, und da ist das Ergebnis schon spannend. Die ist am 7. November gekommen, die gemeint hat, es wurde nicht die Studie an das Ministerium übermittelt, sondern lediglich die Präsentationsunterlagen. Es gab offenbar auch bloß ein Schreiben von Seiten des Landeshauptmanns Drexler und seinem Stellvertreter Lang, in dem sich die Ministerin, wir uns für das Projekt aussprechen, von einem ernst gemeinten Einsatz für die leidgeplagten Pendler war da nichts zu hören. Zumindest beantwortet es die Ministerin Gewessler auch so. Nun, vor einigen Tagen, der Endbericht der gesamten Studie wurde entsprechend an Gewessler übermittelt, und wir hoffen, dass da auch entsprechend Bewegung in die Sache kommt. Was komplett ausgeblendet wird von euch, von den Grünen, ist der Aspekt der Verkehrssicherheit. Verkehrssicherheit, nicht nur auf dem untergeordneten Straßennetz in den Gemeinden, wo die Straßen überlastet sind, sondern auch auf der Autobahn selbst. Wir haben im Jahr 2020 auf diesen 26 Kilometern Autobahn beispielsweise, 16 Personenschäden gehabt und 94 Sachschäden, 110 Unfälle. Da war noch Corona. 2021 haben wir 113 Sachschäden, 32 Personenschäden gehabt, 145 Unfälle. Wir haben dort auch den ganzen Transitverkehr, der vom Süden durch Österreich rollt auf dieser Verkehrsrouten. Meine Frage an die Grünen, kritisiert ist bald einmal was, was ist denn die Alternative? Ja bitte, was ist die Alternative in diesem Gebiet? Was ist die Alternative? Der S-Bahn-Takt ist so dicht wie noch nie. Die Park-&-Ride-Plätze sind voll. Die Steiermark ist halt nun mal ein Flächenbundesland, wo die

Menschen immer auf ihr Auto angewiesen sind. Und ich finde die Vorgangsweise der Grünen insgesamt, auch der Stadtgrünen mit kommunistischer Unterstützung frech, ich finde es wirklich frech und kühn und eigentlich schon verurteilenswert, wo jetzt die Stadt Graz hergeht und sagt, sie machen eine Studie, was für Auswirkungen hat dieser A9-Ausbau auf den Verkehr in der Stadt Graz. Mit dem Ziel, das irgendwie zu skandalisieren und hoch zu pushen. Was ist herausgekommen? Nichts. Kein Messwert da, keine nennenswerten Auswirkungen, außer am Verteilerkreis Webling haben wir vier Prozent mehr Verkehr. Ja, um Gottes Willen. Jetzt gibt es zwei Möglichkeiten einer verantwortlichen Kommunalpolitik in der Landeshauptstadt, wo ihr hoffentlich möchtet, dass die Menschen zu mir kommen mit dem Auto, mit dem Zug oder sonst wo. Entweder, ich kritisiere Projekte, die für das ganze Land, nicht nur für die Bewohner südlich von Graz, sondern für das gesamte Land, wichtig sind, oder ich mache meine Hausaufgaben und Sorge dafür, dass der innerstädtische Verkehr funktioniert. Das funktioniert aber dann nicht, wenn ich reihenweise Parkplätze wegstreiche, wenn ich Radhighways auf der St.-Peter-Hauptstraße mache, (*Unverständliche Zwischenrufe KO Krautwaschl*) wo noch nie ein Radlfahrer gefahren ist. Der einzige, der dort etwas gemacht hat, ist der Alexis Pascuttini, der sich festgeklebt hat, dann sind wir schon fertig. Also, verantwortungsvolle Verkehrspolitik schaut anders aus, und das wäre die Aufgabe der Stadt Graz. Und das Argument der Ernährungssicherheit, da habe ich auch schmunzeln müssen, unter dem Blickwinkel der Ernährungssicherheit darf dieser Ausbau nicht stattfinden. Noch einmal, es sind dort Freihaltezonen für diesen Ausbau bereits jetzt entsprechend vorgesehen. Das sind jetzt bereits Feldwege, die dort sind. Da wird nichts angebaut, da wird nichts wachsen. Aber offensichtlich ist das bei 26 Kilometern Autobahn Verbauung ein Problem. Wenn in der Steiermark flächenweise, hektarweise PV-Anlagen wie die Schwammerl aus dem Boden schießen, da ist die Verbauung egal, da ist die Ernährungssicherheit auch egal, weil vielleicht lernen die Menschen irgendwann einmal Strom und Kilowattstunden zu essen, Frau Kollegin Krautwaschl. So denkt ihr offensichtlich. (*Beifall bei der FPÖ*) Also, ich glaube, dass die grüne Ideologie, die von der Bundesregierung und offensichtlich auch hier, hier haben sie zum Glück nicht so viel zu melden, auch betrieben wird, ein massiver Schaden für die gesamte Steiermark ist, ein massiver Schaden für all jene, die aufs Auto angewiesen sind und kommt aus dieser negativen Stimmung heraus, aus dieser Hysterie, dass die Welt untergeht, wenn man 20 Kilometer Autobahnen baut. So funktioniert die Welt einfach nicht, und für das Problem sind wir hier herinnen auch nicht verantwortlich. Klimaschutz, und die großen Entscheidungen, müssen auf anderen Ebenen

getroffen werden. Wir können unterstützen und Maßnahmen setzen, und da passiert sehr, sehr viel. Aber wir sind für die Interessen der eigenen Bevölkerung zuständig, und das sollte man sich immer wieder auch in Erinnerung rufen, meine sehr geehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der FPÖ)* Ich darf deshalb sozusagen als Unterstützung der Landesregierung, die sich in Wien hoffentlich für den Ausbau der A9 einsetzt, folgenden Antrag stellen.

Die Landesregierung wird aufgefordert, ohne weitere Verzögerung die Umsetzung des geplanten Ausbaus der A9 Pyhrnautobahn auf drei Fahrspuren und die umgehende Wiederaufnahme der diesbezüglichen Vorbereitungsmaßnahmen bei der Bundesregierung mit Nachdruck einzufordern.

Ich danke für die Aufmerksamkeit und bitte um Zustimmung. *(Beifall bei der FPÖ – 12.51 Uhr)*

Zweite Präsidentin Kolar: Vielen Dank. Als Nächstes zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Lambert Schönleitner. Bitte, Herr Kollege Schönleitner.

LTAbg. Schönleitner - Grüne (12.51 Uhr): Geschätzte Frau Präsidentin, Frau Umweltlandesrätin, werte Mitglieder der Landesregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer!

Verkehrsdebatten sind ja immer emotional, polarisierend, das ist auch gut so, ist auch gut, dass wir diskutieren, aber es war schon, und ich möchte das noch einmal verstärken, was die Kollegin Krautwaschl eingangs gesagt hat, geschätzte Frau Landesrätin, zu dir, etwas eigenartig. Du hast gesagt, du kämpfst Schulter an Schulter mit deinen Regierungskollegen, quasi, damit da alles in Ordnung ist, und das Projekt richtig ausgelegt wird, also ich muss dir ehrlich sagen, von dem hat man weder intern noch medial irgendwas vernommen. Nicht die leisesten Klopfzeichen waren aus dem SPÖ Umweltressort zu vernehmen, wenn es darum gegangen ist, um eines der größten Ausbauprojekte auf der A9 auch kritisch zu hinterleuchten. Mir ist ja völlig klar, es gibt natürlich auch Interessen auf der einen Seite, die sagen, das ist die einzige Lösung. Aber was wir bei dir schon einfordern, und bitte versteh das, dass du als zuständige Umweltlandesrätin der Steiermark, Leiterin des Umweltressorts der grünen Mark, des grünen Herzens, nicht hergehst und sagst, ich habe mich eh eingebracht und nichts war wahrnehmbar. Es war ja überhaupt nichts wahrnehmbar. Weil natürlich wäre es genau deine Aufgabe, zu sagen, wenn wir ein Projekt machen, du brauchst dich ja noch gar nicht dafür oder dagegen deklarieren, das ist ja eine andere Sache, das kann auch später

passieren, dann wäre es das Normalste der Welt, dass du Anwältin der Umwelt bist, und dass du dich dafür einsetzt, dass wir eine breite wissenschaftliche Betrachtung des Projektes haben. *(Beifall bei den Grünen)* Und das ist nicht erfolgt. Es war nicht wahrnehmbar. Jetzt ist eh schon die ganze Problematik im Umweltressort, der Rechnungshof berichtet, es soll ja jetzt besser sein, hat ja quasi manifestiert oder festgehalten, das ist der Lost Place der steirischen Verwaltung, man hat nicht einmal gewusst, wie viel UVP-Verfahren es gibt. Das alles soll jetzt besser sein, das mag auch so sein, das möchte ich gar nicht kritisieren. Aber wenn dann etwas daherkommt, dann ist das Wichtigste für uns, und das musst du verstehen, vor allem von grüner und ökologischer Seite, wir haben immer wieder große Debatten in der Steiermark über Straßenbauprojekte gehabt, dass wir dem Stand der Technik und der Wissenschaft entsprechend breit auf ein Projekt schauen. Und insofern, und jetzt muss ich sogar den Martin Fellendorf, den Professor, verteidigen, nämlich nicht vor uns, wie ihr das dargestellt habt, sondern vor euch, in diesem jetzt vorgelegten Endbericht, der sich ja offenbar doch noch etwas weiterentwickelt hat in manchen Punkten, steht sogar ganz klar drinnen auf der Seite 105, du kannst dir das anschauen, das ist nur eine verkehrliche Betrachtung und kein Umweltbericht. Warum schreibt der das rein? Weil er ein guter Wissenschaftler ist. Und wenn ihn die Landesregierung nur fragt, wie schaut es aus, wenn wir bauen oder nicht bauen, dann gibt er Antworten, und da wäre es schon super, wenn du heute gesagt hättest, wir müssen das breit anschauen, es geht um Graz, es geht um die Emissionssituation und es geht vor allem um den Bodenverbrauch in der Steiermark, das ist ja absurd, *(Beifall bei den Grünen)* dass das heute wieder in eine andere Richtung geht. Eigentlich, ich habe eh oft das Gefühl, wir legen dir viele Bälle auf und du bräuchtest sie nur hineinschießen ins Tor, weil du hättest dich heute mal hinter die Umwelt stellen können, aber das passiert dann nicht, und das ist aus meiner Sicht schon etwas, was grundsätzlich sehr, sehr bedauerlich ist. Weil wie arbeitet die Wissenschaft? Die Wissenschaft arbeitet immer breit, manche Wissenschaftler kommen zu den Erkenntnissen, wir haben das immer wieder, andere zu anderen, aber die Aufgabe der Politik ist, die unterschiedlichen Disziplinen nebeneinander zu legen und auch Dinge zu kontrollieren. Ich darf euch daran erinnern, nur ein Beispiel, was wir auch kritisiert haben vor einiger Zeit, wobei auch nicht der Wissenschaftler in dem Fall schuld war, sondern auch die Fragesteller, in dem Fall von der Seilbahnindustrie, ein Forscher und Wissenschaftler, ein sehr bekannter eines steirischen Forschungsinstitutes, ich glaube im anteilmäßigen in der Haupteigentümerschaft des Landes, Joanneum Research, hat gesagt, eigentlich, also das war das Erkenntnis, sinngemäß zusammengefasst, wirkt es gegen den Klimawandel, wenn wir

möglichst viel Beschneigung haben, weil dann die Schneedecke dicht ist, und das Licht reflektiert wird und das wirkt gegen den Klimawandel. Da habe ich mir dann gedacht, das ist eigenartig, und ich habe mir dann gedacht, jetzt muss man nachschauen. Wir haben es aber gar nicht tun müssen, weil Gott sei Dank die Universität Innsbruck ist hergegangen, und hat sich das angeschaut, was der gesagt hat, auf Fragen der Seilbahnwirtschaft, weil er nur sehr eingeschränkt befragt wurde, dann hat er gesagt, Schneekanonen sind super gegen den Klimawandel, vereinfacht gesagt. Hat natürlich überhaupt nicht gestimmt, wenn man es breit betrachtet, weil man muss breit drauf schauen, wie viel Energie brauche ich, wie viel Wasser brauche ich, wie schaut das aus, wie wirkt das. Und genau das wollen wir, Frau Landesrätin, das ist unser Ziel. Es ist ja schade, dass der Herr Verkehrslandesrat nicht da ist, ich habe das letzte Mal schon gesagt, was wir schon tun, Stefan Hermann, jetzt hör mir zu, weil das ist wichtig. Ich glaube, das verstehst du wahrscheinlich auch, niemand wird sagen, man kann den Pendlerinnen und Pendlern eine Dauerstausituation zumuten. Da bin ich ganz bei dir, das wird niemand sagen, weil da wäre ja jeder politisch unvernünftig, wenn ich sehe, es gibt derartig viel Stau, *(KO LTAvg. Riener: „Na Gott sei Dank seht ihr das ein!“)*, ja hör mal kurz zu, Barbara, *(KO LTAvg Riener: „Ich höre sehr gut zu!“)* du kannst dich dann melden, an der A9, und man tut nichts dagegen. Aber ich sage euch jetzt auch eines, wenn man sagt, die einzige Möglichkeit wäre dieser Ausbau, die dritte Spur, dann ist man auch nicht ehrlich, *(KO LTAvg Riener: „Neben dem Ausbau von öffentlichen Verkehrsmitteln!“)* man kann natürlich viel tun. Und jetzt kommt was Wichtiges, jetzt hör einmal zu. Mein Wunsch wäre, dass man die Pendlerinnen und Pendlern, jene Menschen, die nicht mit dem öffentlichen Verkehr derzeit noch dort fahren können, oder keine Alternativen haben, dass man Schritte setzt in einem Sofortmaßnahmenpaket, um sie zu entlasten, weil eines muss uns da klar sein, und da werdet ihr mir recht geben, *(KO LTAvg Riener: „Ok, ich fahre sie dann mit dem Taxi? Dann brauche ich wieder eine Straße!“)* im frühestmöglichen Zeitpunkt, wenn es keine Enteignungen brauchen würde, bei Landwirten etc., wenn es keine Einsprüche gibt, wäre diese dritte Spur, das kann man ablesen, glaube ich, auch in dieser Studie drinnen, 2032 fertig. Ja, wir sind jetzt 2023, ja können wir den Menschen zumuten, das kann doch die ÖVP und die FPÖ gar nicht ernst meinen, dass wir so lang warten können und die Leute im Stau stehen lassen, da braucht es Sofortmaßnahmen. *(Beifall bei den Grünen)* Und jetzt kommen ein paar, ja, jetzt kommen ein paar, ja, werdet ihr wieder sagen, alles unsinnig, aber ich weiß, auch die ASFINAG denkt schon in diese Richtung, und ich glaube, auch der Verkehrslandesrat ist schon informiert diesbezüglich, man kann auch schnell etwas tun, es geht nämlich an diesen Stautagen,

meistens sind es Freitage, ich habe mir das alles ganz genau angeschaut, im Übrigen, in letzter Zeit ist es wieder ein bisschen besser, wirklich schlimm war es im Sommer, da wirst du mir recht geben, Stefan, ich schaue immer auf diese Geschichten, wie sie ausschauen, da kann man dadurch, dass man schaut, wo diese Verkehrsspitzen sind, zum Beispiel ein Schnellbusangebot machen, von der slowenischen Grenze herauf, ja, bei Leibnitz vielleicht, eine große vorübergehende Park&Ride-Anlage einrichtet, dann können wir was wegbringen, wenn wir mit Magna und Andritz, das sind die großen, *(KO LTAvg Riener: „Park&Ride braucht auch einen Platz, braucht auch Boden. Du schlägst dich mit deinen eigenen Argumenten!“)*, das sind die großen Unternehmungen in der Stadt Graz, wenn wir mit denen kooperieren und reden, ja, dann kann man was erreichen, dass wir diese Spitzen, diese Verkehrsspitzen, abflachen und das ist entscheidend, dass wir dann die Stausituationen nicht haben. Aber Frau Landesrätin, jetzt noch einmal in deine Richtung, du wirst doch nicht allen Ernstes sagen, es ist unerheblich für die Landeshauptstadt Graz, ob wir die dritte Spur machen oder nicht. Der gleiche Wissenschaftler war, glaube ich, meines Wissens auch dabei, Martin Fellendorf, ja, den ich gerade zuerst verteidigt habe, *(Landeshauptmannstellvertreter Lang: „Das ist aber nachweisbar, dass mehr Verkehr ist!“)* wie es um die Luftqualität, bitte nicht aufregen, Herr Landeshauptmannstellvertreter, *(Landeshauptmannstellvertreter Lang: „Ich rege mich nicht auf!“)* du kannst dich dann gerne melden, weil ich war jetzt auch sehr sachlich, dass es diesbezüglich wichtig ist, die Schadstoffsituation in der Stadt Graz anzuschauen, zu schauen, wie stark verändert sich der Individualverkehr, und wenn wir natürlich die Tore, ja, die Frequenz, ja, die Durchgängigkeit, ja, wenn wir die verstärken, dann ist klar, dann haben wir in Graz ein Verkehrsproblem, und der gleiche Wissenschaftler, das wollte ich jetzt noch sagen, Martin Fellendorf hat seinerzeit, wie es um die Luftqualität der Stadt Graz gegangen ist und um Einzelmaßnahmen, da wurden gemeinsam, das Umweltbundesamt, war, glaube ich, auch dabei, Maßnahmen vorgeschlagen, was können wir tun, damit die Belastung in Graz heruntergeht. Und drum ist es so wichtig, dass wir es gemeinsam betrachten, bevor wir eine Fehlentscheidung machen, weil, wenn die Fehlentscheidung da ist und die Konsequenz ist, wir haben immer noch Stau, weil der Verkehr sogar zugenommen hat, wir haben die Anrainergebiete, Feldkirchen etc., alle, die jetzt belastet sind, nicht entlastet, weil Karl Steininger zurecht sagt, da braucht es Beschränkungen natürlich, damit man dort nicht reinfährt, dann haben wir nicht gewonnen, dann haben wir wieder viel Geld ausgegeben, in dem Fall zwar auf der Bundesebene, könnte man sagen, soll uns mehr egal sein, würde ich nie so sagen, aber es wird wichtig sein, wie

investieren wir, in welche Richtung gehen wir, und wenn wir das mit dem Bodenverbrauch ernst nehmen, Frau Landesrätin, dann würde ich mir von dir erwarten, Unterstützung für die Umwelt, Unterstützung bei jenen Gruppen, das sind auch die Landwirte, ich schaue zu dir Franz Fartek, die sagen, der Bodenverbrauch kann so nicht weitergehen, wir können unserer Produktionsgrundlage nicht erhalten, haben wir ja bei der B70 draußen auch, da erwarte ich mir von dir Unterstützung und auch von der Agrarlandesrätin, aber nicht einfach sagen, wir bauen, die Bauern enteignen wir, und wir tun weiter, wie im letzten Jahrhundert, das ist keine Zukunftspolitik für die Steiermark, das ist zukunftsvergessen. Wenn wir enkelfit werden wollen, dann müssen wir was tun dafür, Frau Landesrätin, und deshalb verwundert mich das, dass du sagst, du warst eh eingebunden und eh dabei, und hast dich eingebracht. Wahrnehmbar war das in der Steiermark nicht. Danke. *(Beifall bei den Grünen – 13.01 Uhr)*

Zweite Präsidentin Kolar: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Schönleitner, auch für die Zeitdisziplin. Als Nächstes zu Wort gemeldet hat sich Abgeordneter Franz Fartek. Bitte, Herr Kollege Fartek.

LTAbg. Fartek - ÖVP (13.02 Uhr): Geschätzte Frau Präsidentin, Herr Landeshauptmannstellvertreter, Vertreter der Landesregierung, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer!

Ja, lieber Lambert, glaub uns eines, wir schauen auch genau hin, wir machen da nicht irgendeinen Schnellschluss, wir schauen ganz genau hin, und wenn du da über Schnelllösungen redest, ja natürlich wird es Zwischenlösungen brauchen, aber es wird eine Endlösung brauchen, aber, wenn du eine Zwischenlösung anstrebst, die wieder einen zusätzlichen Bodenverbrauch in den Raum stellt, mit Park&Ride, und dergleichen mehr, dann tun wir der Sache auch nichts Gutes. Und liebe Sandra Krautwaschl, nur für dein Verständnis, uns ist der Boden genauso ein großes Anliegen wie dir, uns ist auch die Ernährungssicherheit ein großes Anliegen, aber uns ist auch die Lebensqualität in diesem Land ein großes Anliegen, das möchte ich dir nur auch am Anfang so mitgeben. Geschätzte Damen und Herren, die heutige Dringliche ist natürlich wieder eine herausfordernde Sache, weil es um eine Zukunftslösung geht, und wenn ihr da herschreibt in der Dringlichen, Verkehrslösungen mit Weitsicht statt altes Denken, dann nehmen wir für uns Verkehrslösungen mit Weitsicht für uns in Anspruch, und das alte Denken lassen wir bei euch. Weil ihr wiederholt euch ständig mit euren Aussagen, und bringt auch nichts Neues

herein. Geschätzte Damen und Herren, die Landesrätin hat es ja eingangs auch ganz klar gesagt, wir sind nicht Verwalter des Bestehenden, sondern Gestalter des Zukünftigen. Und ich glaube, das sagt vieles aus, wie wir über die Zukunft denken, und dass wir eigentlich das in Anspruch nehmen, wenn wir von Weitsicht und zukünftigen Lösungen reden. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)* Liebe Kolleginnen und Kollegen von den Grünen, und es muss uns auch klar sein, dass der tagtägliche kilometerlange Stau auf der A9 und die Ausweichbelastung in den Gemeinden, auf den Gemeindestraßen, auf den Landesstraßen, auch kein Beitrag zum Umweltschutz und zum Klimaschutz sind. Ich glaube, das muss auch einmal klar gesagt sein. Geschätzte Damen und Herren, der Ausbau der dritten Spur auf der A9, das haben wir heute schon ein paar Mal gehört, auch vom Kollegen Hermann, der ist alternativlos. Der ist alternativlos, und mit der Studie liegt auch klar das Ergebnis vor, und dem Ergebnis kann man schon trauen, liebe Sandra, das ist ein Ergebnis, dass es diese A9 ganz dringend braucht. Wir brauchen Verkehrslösungen, die zum einen entlasten, und zum anderen auch diese Region, und damit den Standort der Steiermark stärken, und auch den Standort dort und diese Region auch zukunftsfit machen. Wir reden hier von einem sehr pulsierenden Wirtschaftsraum im Süden von Graz, bis hinunter nach Leibnitz, und darüber hinaus, und da muss man natürlich auch die Koralm erwähnen, da wird sich noch vieles tun in den nächsten Jahren. Da wird einiges auf uns zukommen, und wird es eine wirtschaftliche Entwicklung geben, das haben wir schon gehört, eine Weiterentwicklung geben, es wird weitere Arbeitsplätze geben, es wird Zuzug geben, und Leute, Menschen, die hier arbeiten, wollen auch hier wohnen. Und da braucht es natürlich auch dementsprechende Lösungen. Und die Zahlen sprechen für sich, es hat heute schon die Landesrätin angesprochen. Wir werden einen Bevölkerungszuwachs haben von 4,4 bis 10 % im Grazer Raum, wir werden aber auch Arbeitsplätze schaffen, da reden wir von einem Plus von 11 % bis 2040, und es ist schon wichtig, auch diese wirtschaftliche Entwicklung, weil das sichert uns auch Wohlstand und Zukunft. Geschätzte Damen und Herren, die vorliegende Studie sagt ja auch aus, dass wir derzeit eine Überlastung der Autobahn haben von 103 %. Da geht die Autobahn über, 103 %, Lambert, da geht die Autobahn über, und wenn wir so weiter das auf uns zukommen lassen, dann werden wir 2040 ein Aufkommen von 108 % haben an Überlastung. Ja, ich will es nur sagen, da werden wir eine Auslösung von 108 % haben, und das ist der Wirtschaft, das ist den Menschen in der Region dort, aber auch den Pendlerinnen und Pendlern nicht zumutbar. Da braucht es eben, wie vorhin schon gesagt, zukünftige Verkehrslösungen, und da steigen wir einfach auch nicht runter. Und mit der Errichtung einer dritten Spur reduziert sich aber diese

Verkehrsüberlastung. Wir reden dann, wenn der Ausbau fertig ist, von einer Auslastung von 80 %, und mit 80 %, kann man sagen, dass der Verkehrsfluss flüssig ist. Aber im gleichen Atemzug muss man mitbetonen, wir brauchen auch den Ausbau des öffentlichen Verkehrs, der Schiene, das ist ganz, ganz wichtig und essentiell. Da geschieht ja viel, Herr Landeshauptmannstellvertreter, da ist viel in Bewegung, und da wird es aber natürlich auch in Zukunft noch einiges brauchen. Und dann kann es funktionieren, wenn wir uns beides genau anschauen, wenn wir uns auf beides einlassen. Da geht es nicht darum, Autobahn oder Schiene, das hat der Landeshauptmann hier schon einmal ganz klar gesagt, da geht es um die Autobahn und um die Schiene. Da haben die Grünen vielleicht doch noch ein bisschen ein falsches Verständnis insgesamt, glaube ich, wenn ich das so sagen darf, Öffis und Straße schließen sich gegenseitig nicht aus, sondern sie brauchen sich gegenseitig. Und liebe Sandra, das möchte ich dir auch noch sagen, weil du den Mikro-ÖV genannt hast, das ist eine ganz wichtige Geschichte auch für uns draußen in den Regionen, aber mit deiner Wahrnehmung sollte das ja nicht sein, aber du erwähnst da trotzdem, dort willst du mit Mikro-ÖV die Menschen bis zur Haustüre führen, also da bist du in einem Widerspruch in deinem Denken, auch in deinem Tun. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)* Geschätzte Damen und Herren, und natürlich, und das möchte ich auch erwähnen, es ist der Ausbau der Koralmbahn, der ganz, ganz wichtig ist, aber mit einher geht der Ausbau des Cargo-Centers, da werden wir ganz viel vom Güterverkehr auf die Schiene verlagern können, und das tut gut, und lieber Lambert, das ist Klimaschutz, (*„LTAbg. Schönleitner: „Das sind 12, 13 %“*) den Güterverkehr von der Straße auf die Schiene, das ist Klimaschutz, und das forcieren wir, das unterstützen wir, da wird sich einiges tun. Geschätzte Damen und Herren, und es steht außer Zweifel, das möchte ich auch noch sagen, es steht außer Zweifel, dass die Ressource Boden begrenzt ist, dass dadurch der Boden umso wertvoller ist und es steht auch außer Zweifel, dass wir mit dem Boden sorgsam umgehen müssen, alle zusammen, das sind wir alle einer Meinung. Wir werden aber auch zukünftige Infrastrukturprojekte umsetzen müssen. Bodenverbrauch ist legitim, wo es sinnvoll ist, und wo es notwendig ist, geschätzte Damen und Herren. Und wenn wir von dem Ausbau der A9 reden, nein, liebe Sandra, du musst halt zuhören, du hast nur deinen Blick, du musst auch einen anderen Blick zulassen, und wenn wir vom Ausbau der A9 reden, da reden wir nicht entlang der Autobahn von einem hochwertigen Ackerland, das reden wir dort nicht, weil dort sind schon ungenützte Grundstücke, die schon abgelöst, und die dem Ausbau der A9 dienen werden. Also da reden wir nicht von hochwertigem Ackerland, das muss auch einmal gesagt sein. Ja, es braucht diesen weiteren Ausbau und den Ausbau des

öffentlichen Verkehrs, um hier in eine gute Zukunft zu kommen. Da gibt es kein entweder - oder, sondern einen ganzheitlichen Blick und einen ganzheitlichen Ansatz. Beides greift ineinander, das möchte ich auch erwähnen, beides greift ineinander und bildet ein integriertes System für diesen so wichtigen und wertvollen Zukunftsraum. Und noch eine Bemerkung zu den Grünen, geschätzte Damen und Herren, die A9 wurde ja von der Ministerin Gewessler gebremst, gestoppt, wenn man so sagen darf, mit der Begründung, dass es zuerst eine umfassende Prüfung der Verkehrsentwicklung braucht. Das Ergebnis dieser Prüfung liegt ja jetzt sozusagen auch vor, die TU Graz und ein renommiertes Büro haben das umfassend, wissenschaftlich ausgearbeitet, schwarz und weiß steht dort ganz klar drauf, wir brauchen diese dritte Spur. Und die Reaktionen der Grünen in Graz, und das ist ja schon angesprochen worden, ist ja wieder so, das darf nicht sein, wir brauchen da eine eigene Interpretation, wir brauchen eine eigene Darstellung. Geschätzte Damen und Herren, man darf ja gespannt sein, was da noch kommt, aber eines ist auch klar, und das muss auch klar gesagt werden, die Tatsachen liegen auf dem Tisch, jeder hat natürlich das Recht auf seine eigene Meinung, aber nicht auf das Recht, seine eigenen Fakten darzustellen. Geschätzte Damen und Herren, vielleicht eines auch noch, was uns als Regierungsparteien auch wichtig ist, wir werden auch diesen Unterausschuss, den wird es geben, da werden wir gemeinsam diskutieren, da werden auch die Autoren der Studie eingeladen sein, und da wird es die Möglichkeit geben, auch hier sehr breit, umfangreich und gut zu diskutieren. Und die eine Geschichte noch, wieso wir heute, und das ist auch wichtig, dass wir das erwähnen, wieso wir heute mit dem Entschließungsantrag der Freiheitlichen nicht mitgehen können, weil es das einfach nicht braucht, denn am 23.11. ist die Studie von der Regierung beschlossen worden, und an diesem Tag ist diese Studie noch an die Ministerin weitergeleitet worden mit einem Begleitschreiben vom Landeshauptmann und vom Landeshauptmannstellvertreter. Geschätzte Damen und Herren, wie gesagt, es gibt kein Wenn und Aber, es geht um diesen Ausbau der A9, es geht um diese wirtschaftliche Entwicklung, es geht um diese regionale Entwicklung, aber es geht auch um diese Weiterentwicklung unserer Steiermark. Und die Zukunftsentwicklung, Wohlstand und Klimaschutz geht sich auch miteinander aus. Herzlichen Dank. *(Beifall bei der ÖVP, SPÖ und FPÖ – 13.11 Uhr)*

Zweite Präsidentin Kolar: Vielen Dank. Als Nächstes zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Wolfgang Dolesch. Bitte, Herr Kollege Dolesch.

LTabg. Mag. Dr. Dolesch – SPÖ (13.11 Uhr): Meine sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Mitglieder der Landesregierung, meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten-Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuseherinnen und Zuseher, Zuhörerinnen und Zuhörer!

Nachdem das Haus ja von Emotionen jetzt geradezu bebt, darf ich in meiner mir eigenen Art wieder etwas mehr Trockenheit und Nüchternheit, wenn man so möchte, hier hereinbringen. Lassen Sie mich daher so beginnen, dass aus meiner Sicht die Raumplanung und Raumordnung in ihrer Gesamtheit, insbesondere im Zusammenhang natürlich mit dem sparsamen Umgang von Grund und Boden, welcher bekanntlich ja nicht vermehrbar ist, richtig umzugehen ist. Es ist unbestritten ein sensibles Thema, und ja, der Bodenverbrauch und auch der nötige Bodenschutz zählt, das habe ich schon x-mal in diesem Hohen Haus gesagt, zählt unbestritten zu den großen Herausforderungen der Zeit. Klar ist, und das wird auch jedem vernünftigen Menschen einleuchten, wird, wenn man so möchte, selbsterklärend sein, dass nichts, und das gilt damit natürlich auch für die Versiegelung von Flächen, dass nichts unendlich ist. Es gibt kein unendliches Wachstum, auch kein unendliches Versiegeln von Böden, zumal wir uns ja sonst die Lebensgrundlage entziehen würden. Soweit sind wir uns, glaube ich, einig. Wenn wir uns nun dem Thema A9-Ausbau, ja oder nein, wenn man so möchte, widmen, und im Abwägen der Fakten alles gegenüberstellt, dann ist aus meiner Sicht klar, dass wir einen ganzheitlichen Blick auf die Entwicklung des Südens und des Südwestens der Steiermark richten müssen. Mit anderen Worten, dass wir uns anschauen, wie sich dieser Raum entwickelt hat, voraussichtlich entwickeln wird und was man dazu dann entsprechend benötigt, welcher Handlungsbedarf daraus ableitbar ist. Und der schaut nüchtern betrachtet, wenn man die Fakten heranzieht, einfach folgendermaßen aus: Der Raum hat sich, das ist, glaube ich, auch unbestritten, in den letzten Jahren und Jahrzehnten äußerst dynamisch entwickelt, und diese Dynamik wird sich fortsetzen. Insbesondere mit dem Ausbau der Koralmbahn kann man davon ausgehen, dass das weiter zunehmen wird. Die Bevölkerung ist in dieser Zeit stark gewachsen, und wird das auch in Zukunft tun. Alle Studien deuten klar in diese Richtung. Eine steigende Bevölkerungszahl, meine sehr geehrten Damen und Herren, braucht natürlich mehr Wohnraum, ein Mehr an Infrastruktur, Kinderbildungs- und betreuungseinrichtungen, etc. Menschen, Wirtschaft und Warenverkehr, meine sehr geehrten Damen und Herren, sind heute ungleich mobiler als in früheren Jahrzehnten, und das bezieht sich nicht nur auf den regionalen Warenverkehr oder auf die regionalen Pendlerströme, nein, es ist insbesondere auch dieser internationale Warentransport, der hier sozusagen durch diesen

Raum führt, oder, wenn man es so möchte, durchaus auch der touristische Durchzugsverkehr sozusagen, schnell einmal ein Sprung an die Adria, oder weiter in den Südosten Europas. Die daraus resultierenden Ergebnisse bzw. Folgen sind uns allen bekannt, das ist heute schon diskutiert worden. Faktum ist jedenfalls, bereits jetzt, bereits jetzt, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist die A9 überlastet, das ist Faktum. Und wie haben, auch das ist schon erwähnt worden, und ist bekannt, die Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer reagiert? Nun, sie sind ausgewichen auf die Landesstraßen und auf die Gemeindestraßen, und unabhängig, dass insbesondere Letztere dafür nicht ausgerichtet sind, weder baulich, noch von der Kapazität her, und damit letztendlich im Übrigen auch die Gemeinden auf den Kosten dieser Instandhaltung dieser stärkeren Beanspruchung, wenn man so möchte, sitzen bleiben, leidet natürlich die örtliche Bevölkerung dort unter Lärm, unter Abgasen, ist sich oft nicht sicher, wenn man sozusagen vor die eigene Haustür geht, mit dem Rad fahren möchte vielleicht, oder zu Fuß gehen möchte, der Ausweichverkehr ist einfach zu stark. So, und was hat unsere Landesregierung daher unternommen in ihrer Verantwortung einerseits für die Bevölkerung, und andererseits natürlich, wenn es um die Entwicklung unseres Landes geht? Zum einen, und da bedanke ich mich stellvertretend bei der gesamten Landesregierung, insbesondere bei unserem Verkehrslandesrat und Landeshauptmannstellvertreter Anton Lang für den bewiesenen Weitblick, wurden enorme, wirklich enorme Kraftanstrengungen unternommen, damit der öffentliche Verkehr weiter ausgebaut wird. In diesem Zusammenhang darf ich beispielsweise an das S-Bahn-System verweisen, an die Verbesserungen im Busverkehr, und so weiter. Ich könnte hier noch einige Beispiele auflisten, die wurden, denke ich, oft genug auch hier im Hohen Haus schon längst erwähnt. Die Landesregierung hat aber auch andere Beiträge geleistet, beispielsweise zum Ausbau der Südbahn, der GKB, Stichwort Elektrifizierung und weitere Modernisierung, insbesondere auch der Koralmbahn. Denken wir daran, dass in diesem Zusammenhang auch weitere Infrastruktur geschaffen wurde, Stichwort Bahnhöfe, Neubau, Ausbau, Modernisierung, also Weststeiermark, beispielsweise die Schaffung von Arbeitsplätzen in Zukunft in kompakter Form. Hier wurde entsprechend Grundstücksbevorratung betrieben, in der Raumordnung entsprechend, und da gilt mein Dank insbesondere unserer Landesrätin Mag. Ursula Lackner, wurde hier in kompakter Form bereits sozusagen alles vorbereitet, und das ist zukunftsweisend. Da wird nicht irgendwo etwas sozusagen dem Zufall überlassen, oder man streut etwas. Und obwohl, und damit bin ich beim nächsten, aus meiner Sicht, wichtigen Punkt, meine sehr geehrten Damen und Herren, und obwohl diese umfassenden und

zukunftsweisenden Investitionen in den öffentlichen Verkehr getätigt wurden bzw. unverändert getätigt werden, es ist ja nicht zu Ende, es ist ja kein Stopp da, kommen, und das sind auch Fakten, die Verkehrsexperten der Technischen Universität Graz zum ganz eindeutigen Ergebnis, dass nur eine dritte Spur, eine zusätzliche Spur sozusagen auf der A9 zwischen Graz-West und Wildon den Durchgangsverkehr, den Durchzugsverkehr, wieder weg von den Landes- und Gemeindestraßen, und verstärkt zurück auf die Autobahn bringen wird. Ich gebe das jetzt einfach so wieder, und damit natürlich wird die leidgeplagte, lärmgeplagte Bevölkerung vor Ort entlastet. Man kann es zumindest annehmen. Und, meine sehr geehrten Damen und Herren, Hand aufs Herz, jetzt ganz ehrlich unter uns, wie man so schon sagt, wer möchte vor seiner eigenen privaten Haustür einen Dauer-Durchzugsverkehr haben? Wer von uns hier herinnen möchte der dort wohnenden Bevölkerung die Nichtverbesserung ihrer Lebensqualität wirklich zumuten? Ich lasse das jetzt einmal so im Raum stehen, das kann jeder und jede für sich entsprechend beantworten. Ich weise damit in aller Entschiedenheit zurück, dass diese Landesregierung in dieser Causa untätig gewesen wäre. Sie hat ja umfassend reagiert. Ich könnte noch eine Reihe von Beispielen nennen. Die Redezeit wird nur dafür nicht reichen. Und was auch wesentlich ist, sie macht, diese Landesregierung, keine Schnellaktionen, keine Hüftschussaktionen, wenn man es mal so sagen möchte, sondern sie stützt sich auf Studien, auf Fakten, auf Zahlen, die unwiderlegbar entsprechend sind. Und damit, meine sehr geehrten Damen und Herren, sind wir natürlich, weil es ja eigentlich keine Verkehrsdebatte sein sollte, sondern eine Raumordnungsdebatte, wie die Begründung ja war, sind wir beim Bodenverbrauch. Und ja, wir sind da bei einem Zielkonflikt, das ist unbestritten, zumindest bis zu einem gewissen Grad, weil eine etwaige dritte Spur natürlich Grund in Anspruch nimmt. Ich lasse jetzt einmal weg, ob der fruchtbar oder weniger fruchtbar ist. Es wird damit Boden in Anspruch genommen, logisch. Das ist sozusagen nicht wegzudiskutieren, das ist so. Und man kann jetzt, wie es Frau Landesrätin Mag. Ursula Lackner formuliert hat, das Ganze als strategische Bodenpolitik betrachten. Man kann natürlich auch der Meinung sein und diese vertreten, dass überhaupt keine Entwicklung mehr stattfinden soll. Man braucht nur zu sagen, wir wollen nicht, dass weiterer Grund und Boden in Anspruch genommen wird, um Wohnraum zu schaffen, Kinderbildungs- und -betreuungseinrichtungen zu schaffen, Kinderkrippen, Kindergärten, Schulen, Infrastruktur. Das kann man wollen. Man muss es einfach nur sagen, ist ja nichts dabei. Man tauscht sich ja entsprechend aus. Und damit sind wir abschließend betrachtet, meine sehr geehrten Damen und Herren, bei einem weiteren wichtigen Punkt. Zum einen, es wird immer Projekte geben,

die sinnvoll sind und die umgesetzt werden müssen. Und zum anderen, wer echte Verantwortung in diesem Land wahrnimmt, und das tut diese Landesregierung, wird einen ganzheitlichen Blick immer haben. Wir haben die Maßnahmen beschlossen und eingeleitet, damit wir zukünftig Wohnraum, die Energie, die Ernährung, die Lebensmittelproduktion, Infrastruktur, Natur, Freizeit- und Erholungsraum unter einen sprichwörtlichen Hut bringen werden. Wir werden auch schauen, dass bereits jetzt nicht genutzte versiegelte Flächen sozusagen recycelt werden, die brachliegen, damit hier wirklich der Bodenverbrauch hintangehalten, beziehungsweise ein unnötiger Bodenverbrauch überhaupt verhindert werden kann. Da bin ich zuversichtlich, dass wir das schaffen, denn diese Landesregierung handelt in tiefer Verantwortung für unser Land. Ich danke für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 13.21 Uhr)*

Zweite Präsidentin Kolar: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Dolesch. Als Nächstes zu Wort gemeldet hat sich Frau Klubobfrau Sandra Krautwaschl. Bitte, Frau Klubobfrau.

KO LTAbg. Krautwaschl – Grüne (13.22 Uhr): Danke, Frau Präsidentin!

Ich muss ehrlich sagen, ich bin jetzt zunehmend enttäuscht, dass anscheinend außer uns überhaupt niemand das gelesen hat, was der Karl Steininger an Expertise uns da zur Verfügung stellt. Also, ich kann es nicht anders interpretieren, weil die Wortmeldungen genau darauf hinweisen. Erstens noch einmal zu dir, lieber Stefan, ich lese dir das gern vor, wenn du das selber offensichtlich nicht gelesen hast oder nicht lesen willst. Karl Steininger ist auch Leiter der österreichischen Monitoringgruppe „Klimaübereinkommen und Verkehr“ an der Forschungsgesellschaft Straße, Schiene und Verkehr. Also, du wirst ihm schwer eine Verkehrsexpertise absprechen können. Das einmal dazu. Dann zu dir, Wolfgang, es ist ein netter Versuch, so zu tun, als wären die Effekte für Grund und Boden rein eine dritte Spur auf zwei Seiten. Wenn du aber gelesen hättest, was da drinnen steht, und deswegen ist ja mein Appell noch einmal, laden wir ihn doch ein in den Unterausschuss, den Karl Steininger, wenn du das gelesen hättest, dann wüsstest du, dass sogenannte, und das ist ein offensichtlich *(LTAbg. Mag. Dr. Dolesch: „Wie willst du das wissen, dass ich es nicht gelesen habe, liebe Sandra?“)* verkehrstechnischer Fachausdruck, dynamische Rückwirkungen zwei Folgen haben. Erstens, die eingangs in meiner Dringlichen, aber da habt ihr alle halt gerade nicht zugehört, das ist aber euer Problem, ja schon beschriebenen Effekte, dass, wenn ich wo Straßen baue, da rundherum, *(KO LTAbg. Schwarz: „Wir lesen nicht, wir hören nicht zu. Das*

ist ja dramatisch!“) sich rundherum auch weiter immer mehr automatisch Verkehr ergibt, und immer mehr Zersiedelung entsteht, ja. Es steht bitte da drin, und man kann es nachlesen, es ist relativ leicht erklärt. Und, was nämlich auch, und deswegen ist ja das auch so entlarvend, dass ihr offensichtlich nur den Studienautor und niemand anderen einladen wollt, ja, was nämlich Karl Steininger schreibt, ich lese wieder vor, und ihr könnt es alle selber gern dann nochmal nachlesen: „Im Kreis von Verkehrsplaner_innen hatten wir jüngst eine Größenordnung des sekundär induzierten Verkehrs durch einen dritten Fahrstreifen, der A9 diskutiert und diesen an der untersten Grenze mit mindestens 10 bis 15 % quantifiziert“. Ja, darauf geht keiner von euch ein. Nämlich genau darauf, was Karl Steininger euch allen auch geschrieben hat. Er sagt ganz deutlich, wir erzeugen viel mehr Autoverkehr durch diese Effekte, die er sicher im Unterausschuss super gut euch erklären könnte, weil er ist nämlich ein Experte dafür, ja. Dann zur wirtschaftlichen Entwicklung will ich noch etwas sagen, weil das auch in der Dringlichen Anfrage, die wir schon an den Landeshauptmann hatten, dann von ihm wieder so in schöne Worte gekleidet wurde, als würden wir, wenn wir aufhören, immer mehr Autobahnen zu bauen, und dafür andere Dinge tun, der Lambert Schönleitner hat ja einiges an Alternativen genannt in seiner Rede, ja, als würden wir dann die Wirtschaft vertreiben, weil die prosperiert ja nur auf Beton, oder so, ja. Also, auch dazu schreibt Karl Steininger sehr interessante Dinge. Und nämlich Folgendes: „Hervorzuheben ist aus den verkehrswissenschaftlichen Forschungsergebnissen auch, dass der Ausbau, insbesondere der Straßenverkehrsinfrastruktur, weder eine notwendige, noch eine hinreichende Bedingung für positive wirtschaftliche Entwicklung ist“. Und dann schreibt er noch, „eher das Gegenteil ist der Fall“. *(Beifall bei den Grünen)* Also, das kann man auch gerne dem Herrn Landeshauptmann ausrichten. Wenn wir wollen, dass es prosperiert in der Steiermark, dann brauchen wir nicht mehr Autobahnen bauen, weil eben das längerfristig wirtschaftlichen Erfolgen sogar entgegensteht, wenn wir immer mehr von unserem wertvollen Grund und Boden verbauen. Und jetzt komme ich nochmal zu dir, Wolfgang, weil du hast da auch wieder das gleiche Argument bedient, das wirklich, ich muss es leider so sagen, ein bisschen lächerlich langsam wirkt, ja, als würden wir sagen, man darf nichts mehr bauen, und vor allem speziell gerade keine Kindergärten, oder sowas. Das ist wirklich lächerlich. Ihr wisst nicht einmal, ihr könnt uns seit Jahr und Tag nicht einmal Daten zu irgendeinem Leerstand zur Verfügung stellen. Ihr habt einen Ortskern-, also die Landesregierung hat einen Ortskernkoordinator eingerichtet, der genauso ohne Daten da „herumschustern“ muss, auf Basis von einer gesetzlichen Grundlage, die aus unserer Sicht eben nicht ausreichend ist. Und

wir brauchen definitiv, wenn wir weiter, wenn wir ernsthaft über das Thema diskutieren wollen, wo noch was neu gebaut werden soll, und wo bestehende Flächen genutzt werden sollen, die schon verbaut sind, brauchen wir da einmal von euch Daten, auch von der Landesregierung Daten. Die werden uns seit Jahr und Tag verweigert, ja, und das ist ein unredliches Argument, das da immer wieder ins Treffen geführt wird. Also ich kann nur noch einmal appellieren an die anwesenden Abgeordneten, und an alle, die Diskussion ernsthaft führen wollen und auch auf einer wissenschaftlichen Basis, erstens, stimmt unserem Entschließungsantrag zu, zweitens, wenn der Unterausschuss stattfindet, dann würde ich mir erwarten, dass nicht nur die Studienautoren eingeladen werden, die selbst sagen, sie haben eine rein verkehrliche Betrachtung gemacht, sondern eben auch Experten, die dann auf einer wissenschaftlichen Basis diese Fragen stellen und auch diskutieren können, damit wir uns ein ernsthaftes Bild machen können über den Ist-Zustand und über mögliche Alternativen, um die Menschen in dieser Region schnellstmöglich zu entlasten. Lambert Schönleitner hat gesagt, 2032 wird ein bisschen lang sein, schnellstmöglich zu entlasten, Autoverkehr zu reduzieren und andere Möglichkeiten zu schaffen, damit wir hier in eine gute Zukunft steuern. Und das erwarte ich eigentlich von der steirischen Landesregierung, dass sie das unterstützt. Danke sehr. *(Beifall bei den Grünen – 13.28 Uhr)*

Zweite Präsidentin Kolar: Vielen Dank, Frau Klubobfrau. Es liegen mir keine weiteren Wortmeldungen vor. Ich komme nun zur Abstimmung:

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der FPÖ, Einl.Zahl 3558/2, betreffend Dreispuriger Ausbau der A9 Pyhrnautobahn mit Nachdruck einfordern! ihre Zustimmung geben um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag hat mit den Stimmen der Freiheitlichen Partei nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der Grünen, Einl.Zahl 3558/3, betreffend A9: Auswirkungen auf Bodenverbrauch, Ernährungssicherheit und Klimaschutz prüfen ihre Zustimmung geben um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag hat mit den Stimmen der Grünen, der KPÖ und der NEOS nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Aufgrund der Terminplanung in der laufenden Tagung des Landtages findet die nächste reguläre Sitzung voraussichtlich am 12. Dezember 2023 statt. Zu dieser Sitzung des Landtages wird verbindlich auf schriftlichem d.h. elektronischem Weg eingeladen.

Die Sitzung ist beendet.

Ich wünsche Ihnen eine gute Heimreise.

(Ende der Sitzung 13.30 Uhr)